Hanns Seidel Stiftung

Akademie für Politik und Zeitgeschehen

Josef Kraus/Hans Zehetmair (Hrsg.)

BILDUNG UND DEMOGRAPHIE

Deutscher Lehrerverband

www.hss.de

Josef Kraus / Hans Zehetmair (Hrsg.)

BILDUNG UND DEMOGRAPHIE

Impressum

ISBN	978-3-88795-437-6
Herausgeber	Copyright 2014, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. 089/1258-0 E-Mail: info@hss.de, Online: www.hss.de
Vorsitzender	Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair Staatsminister a.D., Senator E.h.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ / Publikationen	Hubertus Klingsbögl
Redaktion	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur, V.i.S.d.P.) Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Susanne Berke, Dipl. Bibl. (Redakteurin) Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin) Anne Schirrmacher (Redakteurin, Deutscher Lehrerverband) Marion Steib (Redaktionsassistentin)
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München
Umschlag	Formidee Designbüro, München

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

ZUM GELEIT

Dieser Veröffentlichung liegen die Beiträge einer gemeinsamen Expertentagung der Hanns-Seidel-Stiftung mit dem Deutschen Lehrerverband und der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrerverbände im Mai 2013 zugrunde. Thema der Fachtagung war nicht vordringlich das Schulsystem (differenziertes Schulwesen oder Gesamtschule), nicht die Dauer der Schulzeit oder die Lehrpläne, auch nicht Statusfragen, sondern ein Zukunftsthema unserer Gesellschaft, der demographische Wandel.

Die Hanns-Seidel-Stiftung hat in den letzten Jahren wiederholt auf die Auswirkungen des demographischen Wandels in Deutschland hingewiesen und diese auf vielen Veranstaltungen diskutiert. Im Mittelpunkt standen jedoch Szenarien der Bevölkerungsschrumpfung und -alterung, die Auswirkungen auf das Sozialsystem und die Frage, durch welche Maßnahmen wie z. B. Zuwanderung der Prozess abgemildert werden kann. Bei dieser Fachtagung diskutierten Expertinnen und Experten verschiedener Schularten, Vertreterinnen und Vertreter der Hochschulen und der Verwaltungen sowie der Arbeitswelt die Herausforderungen des demographischen Wandels für das deutsche Bildungs- und Berufsausbildungssystem. In diesem Zusammenhang wurde auch das Bildungssystem in Bayern und Österreich in den Blick genommen.

Viele Fragen wurden angerissen: Was bedeuten sinkende Schülerzahlen für die Schulstandorte und deren Angebote von Schultypen und Spezialangeboten? Welche Klassengrößen sind bezahlbar, welche Entfernungen zumutbar? Wird es eine Vielfalt von Angeboten nur noch in Ballungszentren geben? Welche Auswirkungen haben mangelnde Bewerberinnen und Bewerber um Ausbildungsplätze auf das zukünftige Fachkräfteangebot und die Berufsbilder?

Neben Fragen der zukünftigen Bildungs- und Ausbildungsinfrastruktur in den verschiedenen Landesteilen gilt es jedoch auch die sozio-kulturelle Herkunft der Schülerinnen und Schüler zu berücksichtigen. Die notwendige Zuwanderung spiegelt sich auch in der Zusammensetzung der Klassen wider. Daraus resultierende Sprach- und Verständigungsschwierigkeiten stellen immer neue Anforderungen an die Lehrerinnen und Lehrer. Wie ist mit kulturellen Unterschieden umzugehen, wie kann Integration gelingen? Nicht auszuweichen sind Fragen nach der Zusammensetzung der Klassen in einzelnen Stadtteilen oder auch nach dem Übertrittsverhalten der Kinder mit Migrationshintergrund. Wie sehen Schullaufbahnen der Zukunft aus? Gibt es große regionale, soziale oder ethnische Unterschiede, die zu neuen „Schichtunterschieden“ führen?

Die wachsende Überbehütung von Kindern, insbesondere bei Einzelkindern, im Elternhaus erfordert neue Antworten im Bereich schulischer Bildung und Integration. Die Anforderungen an die Lehrerinnen und Lehrer werden trotz sinkender Schülerzahlen nicht weniger, sondern eher größer.

Die Hanns-Seidel-Stiftung bot das Forum für offene Diskussionen mit den Beteiligten aus Schule, Wirtschaft und Politik. Viele drängende Fragen stellen sich bei

dieser Thematik, die jedoch nicht alle sofort gelöst werden können. Politische Entscheidungen können nicht immer populär sein, sie sind mitunter auch unbequem. Der demographische Wandel in seinen Auswirkungen auf alle Bereiche der Gesellschaft wird uns zunehmend beschäftigen.

PROF. URSULA MÄNNLE
Staatsministerin a. D. und stv. Vorsitzende der
Hanns-Seidel-Stiftung, München

INHALT

3 **ZUM GELEIT**
Ursula Männle

9 **EINFÜHRUNG**
Paula Bodensteiner / Josef Kraus / Susanne Schmid

13 **HERAUSFORDERUNGEN DES DEMOGRAPHISCHEN WANDELS IM SCHULISCHEN BEREICH**
Elfriede Ohrnberger

23 **HERAUSFORDERUNGEN DER ZUKÜNFTIGEN BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND**
Paul Gans

51 **BILDUNG IM NIEMANDSLAND**
Der Einfluss des demographischen Wandels auf die bayerische Bildungspolitik
Peter J. Brenner

73 **DER DEMOGRAPHISCHE WANDEL AUS DER PERSPEKTIVE DES BILDUNGSWESENS IN ÖSTERREICH**
Gerhard Riegler

85 **DIE REFORMDEBATTE IN DER NICHTAKADEMISCHEN BERUFSAUSBILDUNG**
Auf der Suche nach den Tugenden in der Not
Verena Eberhard / Joachim Gerd Ulrich

103 **PSYCHOSOZIALE FOLGEN DES DEMOGRAPHISCHEN WANDELS**
Rainer Dollase

EINFÜHRUNG

PAULA BODENSTEINER / JOSEF KRAUS / SUSANNE SCHMID ||| Die Hanns-Seidel-Stiftung veranstaltete im Jahre 2013 zusammen mit dem Deutschen Lehrerverband (DL) und der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrkräfte (ABL) eine Fachtagung zum Thema „Bildung und Demographie".

Es handelt sich dabei um ein Thema, das auf den ersten Blick über den aktuellen Streitthemen und ideologischen Auseinandersetzungen der Bildungspolitik zu stehen scheint – über Debatten um gegliedertes Schulwesen versus Gemeinschaftsschule, Nützlichkeit von Bildung versus Nützlichkeit von Qualifizierung, Freiheit versus Gleichheit bis hin zu Leistungsschule versus Wohlfühlschule. Viel zu oft wird die Diskussion um Bildung immer nur auf Talkshow-Formate reduziert und von Pseudo-Experten bestritten. Dabei wechseln sich in kurzatmiger Frequenz nicht selten bildungspolitischer Alarmismus und bildungspolitische Romantik ab.

Die drei Veranstalter wollten mit dieser Fachtagung über den Tag hinaus schauen und mit der demographischen Entwicklung ein Thema aufgreifen, das bislang bildungswissenschaftlich und bildungspolitisch eher ein Schattendasein führte, weil es ein Thema ist, das über die Begrenzungen einer Legislaturperiode hinaus angegangen werden muss. Wenn die Demographiefrage in den zurückliegenden Jahren tatsächlich thematisiert wurde, dann bedauerlicherweise oft

in hohem Maße ideologisiert, wenn beispielsweise eine Gemeinschafts- oder Gesamtschule quasi durch die demographische Hintertür als zukunftsfähige Schulform dargestellt wurde. Zu kurz greift es auch, wenn der demographische Wandel nur als Gelegenheit zum Sparen im Bildungsbereich betrachtet wird oder wenn von einer „demographischen Rendite" gesprochen wird, so als würde es einen Gewinn bringen, wenn die Zahl junger Leute zurückgeht.

Entscheidend und der Diskussion dringend bedürftig sind andere Fragen: Wie muss Bildung in Zukunft inhaltlich aussehen? Welche Qualifikationsprofile, welche beruflich und akademisch gebildeten Fachkräfte brauchen wir, wenn Deutschland im Wortsinne „in die Jahre" kommt? Welche Auswirkungen hat es auf die Sozialisation und das Verhalten Jugendlicher, wenn sie mit immer weniger Gleichaltrigen in ihrer Alterskohorte aufwachsen, im Verhältnis viel mehr Erwachsene um sich haben, keine Geschwister und in der nächsten Generation entsprechend auch keine Onkel, Tanten, Cousins und Cousinen mehr haben? Wie wirkt sich das Erziehungshandeln der beim ersten Kind immer älteren Eltern aus und was sind die Folgen, wenn sich „Jugend" bald vom 10. bis ins 35. Lebensjahr ausdehnt?

Umso wichtiger ist es, wie es die Referenten dieser Tagung getan haben, das Thema „Demographischer Wandel" von möglichst vielen Seiten her zu betrachten. Die Herausforderungen des demographischen Wandels im schulischen Bereich für Bayern erörterte Elfriede Ohrnberger, Ministerialdirigentin im Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst. Einen grundsätzlichen Überblick über den Themenbereich Bildung und Demographie verdanken wir Professor Dr. Paul Gans, Wirtschaftsgeograph an der Universität Mannheim. Professor Dr. Brenner von der TU München führte uns vor Augen, dass auch Prognosen und statistische Berechnungen fehleranfällig sein können und dass es – wie bei jedem von den Medien alarmistisch aufgeheizten Thema – gut ist, zu schauen, welche Interessen hinter bestimmten Meinungsmachern stehen. Wie Österreich mit dem demographischen Wandel und einer sich verändernden Schülerklientel umgeht und dass sinkende

Schülerzahlen nicht zwangsläufig zu Schulschließungen führen müssen, erfuhren wir vom Vorsitzenden der Österreichischen Professoren-Union (ÖPU), Magister Gerhard Riegler.

Dr. Joachim Gerd Ulrich und Dr. Verena Eberhard vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) sprachen darüber, welche stillen Reserven von Schulabgängern für die berufliche Bildung gewonnen werden können und wie die Protagonisten der beruflichen Bildung zu den unterschiedlichen Maßnahmen stehen. Professor Dr. Dollase aus Bielefeld ließ uns an seinem Wissen zu den psychosozialen Veränderungen teilhaben, die der demographische Wandel für das Bildungssystem und die Gesellschaft mit sich bringt.

Die Veranstalter freuen sich auf weitere konstruktive Zusammenarbeit bei zukünftigen Tagungen, etwa bei der kommenden Tagung im April 2014 zum Thema „Talente fördern – Eliten bilden".

||| **PAULA BODENSTEINER**
Referentin für Bildung und Erziehung,
Akademie für Politik und Zeitgeschehen der
Hanns-Seidel-Stiftung, München

||| **JOSEF KRAUS**
Präsident des Deutschen Lehrerverbandes,
Schulleiter am Maximilian-von-Montgelas-Gymnasium in
Vilsbiburg bei Landshut

||| **DR. SUSANNE SCHMID**
Referentin für Arbeit und Soziales,
Demographischen Wandel, Familie, Frauen und Senioren,
Akademie für Politik und Zeitgeschehen der
Hanns-Seidel-Stiftung, München

HERAUSFORDERUNGEN DES DEMOGRAPHISCHEN WANDELS IM SCHULISCHEN BEREICH

ELFRIEDE OHRNBERGER ||| Zur Verdeutlichung des demographischen Wandels in Bayern werden einige grundlegenden Ausführungen zu Aufgaben der Schule und zu den Herausforderungen und Antworten der Bayerischen Staatsregierung im schulischen Bereich dargestellt. Die größten Anforderungen liegen in der Berücksichtigung von ländlichen Räumen, den speziellen Erfordernissen in Ballungsräumen, in der Bereitstellung von Ganztagsangeboten und flächendeckenden schulischen Bildungsangeboten, in der Lehrerversorgung und in der Zusammenarbeit von Staat und Kommunen in den Bildungsregionen.

AUFGABEN DER SCHULE IM 21. JAHRHUNDERT

Junge Menschen wachsen in eine immer komplexer werdende, sich stetig beschleunigende globale Welt hinein. Es ist die grundlegende Aufgabe der Schulen, sie auf diese Welt vorzubereiten und sie dazu zu befähigen, ihr Leben selbstverantwortlich zu führen. Wie können die Schulen dies bewerkstelligen?

Zunächst braucht es Wissen: Auch in einer digitalisierten Welt, in der Wissen in Sekundenschnelle per Knopfdruck verfügbar ist, ist eine grundlegende Allgemeinbildung unersetzlich. Denn nur auf der Basis breiter Hintergrundkenntnisse können fundierte Entschei-

dungen getroffen werden. Dieses Wissen muss mit Fleiß und Einsatz über Jahre hinweg in der Schule erworben werden.

Aber Wissen alleine genügt nicht – es muss in ein Können münden oder, wie man heute sagt, in Kompetenzen. Wissen und Können alleine machen jedoch noch keinen mündigen Staatsbürger aus. Sie müssen auf festen Werten ruhen. Gerade in einer Welt, in der ein verbindlicher Wertekanon fehlt und Wertvorstellungen vielfach kritisch hinterfragt werden, müssen wir unseren Kindern ethisch-moralisches Urteilsvermögen mitgeben.

Denn gebildet ist jemand erst dann, wenn er nicht nur die grundlegende Kompetenz zu einer sachlich richtigen, sondern auch zu einer ethisch-moralisch vertretbaren Entscheidung hat. Wie die Ergebnisse aller nationalen und internationalen Studien bestätigt haben, wurde diese Aufgabe bislang offensichtlich gut bewältigt.

FAKTEN UND ZAHLEN

Der demographische Wandel wird unserer Gesellschaft insgesamt, insbesondere aber auch den Schulen, Veränderungen abverlangen. Anhand einiger Zahlen möchte ich verdeutlichen, was demographischer Wandel für die Schulen bedeutet:

Im Schuljahr 2011/12 besuchten 1.337.301 Kinder die allgemeinbildenden und 409.968 Jugendliche die beruflichen Schulen in Bayern. In Zukunft wird es deutlich weniger Kinder und Jugendliche geben. Bayernweit wird ein Minus von 12 % bis 2031 prognostiziert.

Dieser Durchschnittswert stellt sich jedoch innerhalb Bayerns unterschiedlich dar: Anziehungspunkte sind vor allem die Großräume München und Nürnberg, während Gegenden wie z. B. Unterfranken, Oberfranken und die Oberpfalz eher mit Abwanderungstendenzen zu kämpfen haben. In Prozentzahlen zeigt sich folgendes Bild: Während Oberbayern bis 2031 ein Bevölkerungswachstum von 6,5 % erwartet, kommt es in anderen Regierungsbezirken zu erheblichen Bevölkerungsrückgängen, beispielsweise in der Oberpfalz um 3,5 %, in Unterfranken um 6,0 % und in Oberfranken sogar um 9,3 %.

An den allgemeinbildenden Schulen werden sich die Schülerzahlen nach der aktuellen Prognose von 2012 wie folgt entwickeln: Nimmt man das Schuljahr 2011/12 als Basis, werden die Schülerzahlen bis 2030 an den Grundschulen um 6,6 % (von 431.497 auf 403.200), an den Mittelschulen um 22,3 % (von 213.958 auf 166.300), an den Realschulen um 14,3 % (von 242.682 auf 208.000) und an den Gymnasien um 16,6 % (von 355.552 auf 296.700) sinken. Diese Entwicklung bedeutet eine gewaltige Herausforderung für unser Schulsystem wie auch für die Gesellschaft insgesamt.

DER „AKTIONSPLAN DEMOGRAPHISCHER WANDEL"

Aus diesem Grund hat die Bayerische Staatsregierung einen „Aktionsplan Demographischer Wandel" ausgearbeitet. Dieser basiert auf folgenden Grundsätzen:

- Ältere Menschen müssen in ihrem Wert für die Gesellschaft geachtet werden.
- Auch bei schrumpfender Bevölkerung müssen Städte und Dörfer attraktiv und lebenswert bleiben.
- Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und moderne Infrastruktur sowie innovative Forschung müssen auch in den Regionen außerhalb der Ballungszentren verankert werden bzw. bleiben.
- Kinder und Jugendliche müssen individuell und wohnortnah gefördert werden.

Um dies zu erreichen, verfolgt die Staatsregierung vorrangig zwei Handlungsziele:

Erstens: Es müssen vor Ort Arbeitsplätze geschaffen werden, denn: ökonomisch erfolgreiche Regionen sind attraktiv. Dies gilt gerade auch für ländliche Regionen. Dadurch wird Abwanderung verhindert und Zuwanderung ermöglicht. Dass dies gelingt, zeigt das Umland von Städten wie beispielsweise Deggendorf, Hof oder Bamberg.

Und zweitens: Für schrumpfende Regionen müssen stabile und zukunftsfeste Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dazu gehört zum Beispiel eine breite Kulturförderung. Ebenso ist aber auch an eine Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit zu denken – ich denke hier beispielsweise an die Schulversorgung oder Infrastrukturmaßnahmen. Entscheidend wird sein, welche Maßnahmen insbesondere junge Menschen im ländlichen Raum halten oder sogar dorthin locken können.

An erster Stelle sind das Arbeitsplätze für hochqualifizierte Fachkräfte, die im Umfeld attraktiver Hochschulen und technisch-innovativer Unternehmen entstehen. Daher müssen auch außerhalb urbaner Zentren Hochschulstandorte und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen gezielt weiterentwickelt und mit technologiestarken Unternehmen vernetzt werden. Um Familien eine Perspektive zu eröffnen, bedarf es wohnortnaher Bildungsmöglichkeiten.

HERAUSFORDERUNGEN IM SCHULISCHEN BEREICH

Wohnortnahe Bildungsangebote im ländlichen Raum

Auch in Zeiten sinkender Schülerzahlen muss eine wohnortnahe Versorgung mit Bildungsmöglichkeiten gewährleistet sein. Jeder junge Mensch muss in allen Regionen Bayerns Zugang zu allen elementaren und weiterführenden Bildungsmöglichkeiten haben.

Bayern steht daher zur Aussage, dass gerade Grundschülerinnen und Grundschüler ihre Schule vor Ort brauchen: Kurze Beine – kurze Wege, das ist mehr als ein Motto! Es ist Grundsatz einer familiennahen Politik, die auch den ländlichen Raum stärkt und dort die notwendigen Strukturen sichert. Deshalb erhalten wir auch kleine Schulstandorte. Im Grundschulbereich gibt es bereits heute eine große Zahl von Schulen mit weniger als 100 Schülerinnen und Schülern. Um diese Schulen erhalten zu können, werden bereits jetzt jahrgangskombinierte Klassen gebildet.

Mindestens 26 Schülerinnen und Schüler in zwei jahrgangskombinierten Klassen sind notwendig, um den Erhalt einer selbstständ-

digen Kleinstschule zu ermöglichen. Zudem gilt für Regionen, die vom demographischen Wandel besonders betroffen sind, ein Demographie-Faktor bei der Lehrerversorgung (Zuweisung zusätzlicher Stunden). Auch an Kooperationsmodelle benachbarter Grundschulen, z. B. im Verwaltungsbereich und mit gemeinsamen Schulleitungen, ist zu denken. Die kommunalen Schulaufwandsträger kleiner Grundschulen müssen sich z. B. auch überlegen, ob sie in Zweckverbänden enger zusammenarbeiten wollen.

Im Bereich der Mittelschulen haben sich sowohl der demographisch bedingte Rückgang der Schülerzahlen wie auch das veränderte Bildungsverhalten massiv ausgewirkt. Durch die Weiterentwicklung der Mittelschule und das 2010 eingeführte Budgetmodell können aber auch kleinere Schulen möglichst lange erhalten werden. Ebenso tragen schulartübergreifende Kooperationsmodelle z. B. zwischen Real- und Mittelschulen zur Sicherung der Bildungsangebote vor Ort bei.

Unsere Berufsschulen sind ein Garant für gut ausgebildete Fachkräfte in ländlichen Regionen. Diese werden daher zu beruflichen Kompetenzzentren für Aus- und Weiterbildung ausgebaut. Ein besonders erfolgreicher Weg, leistungsstarke junge Menschen in der Region zu halten, ist auch die duale Berufsausbildung. Sie bietet die Möglichkeit, parallel zur Berufsausbildung auch die Fachhochschulreife oder einen Studienabschluss zu erlangen. Wir werden die duale Berufsausbildung daher durch weitere Angebote insbesondere im ländlichen Raum ausweiten. Außerdem werden wir Fachschulen in solchen Regionen stärken, in denen Innovationscluster mit einem spezifischen Fachkräftebedarf bestehen bzw. entstehen, wie es z. B. in Niederbayern und der Oberpfalz im Bereich der Elektromobilität der Fall ist.

Natürlich können wir den finanziellen Aspekt nicht ganz vernachlässigen. Kleine Einheiten sind teurer als größere. Hier gilt es, eine Balance zu finden. Bei sehr kleinen Schulstandorten stellen sich aber auch sehr schnell Fragen der Fachlichkeit und der Qualitätssicherung. Hier wird es sehr auf das Zusammenwirken bzw. die Kooperation von Nachbarschulen ankommen.

Unterstützung der Ballungsräume

Die Ballungsräume dürfen jedoch nicht die Lasten dieser Entwicklung tragen! Auch dort gibt es spezifische Herausforderungen, etwa die ungleich höhere Zahl an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, die neben den bereits von den Schulen erbrachten enormen Integrationsleistungen weitere Anstrengungen erfordern werden.

Beispiel: In den Großstädten beträgt der Anteil der Erstklässler mit Migrationshintergrund in der Regel 50 %, bisweilen ist er sogar noch höher. Sprachförderung als unabdingbare Voraussetzung für eine gelingende Schullaufbahn hat deshalb weiterhin hohe Priorität – z. B. Vorkurse, Klassenteilungen bei einem Anteil von 50 % und mehr Kindern mit Migrationshintergrund, Deutschförderklassen oder -kurse. Deshalb wurde über alle Schularten hinweg mit 200 Stellen ein Integrationszuschlag für die Ballungsräume gewährt, um die Sprachförderung weiter zu verbessern. Durch das erst vor kurzem vom Bayerischen Landtag beschlossene Bildungsfinanzierungsgesetz stehen noch einmal mehr Mittel für die Deutschförderung zur Verfügung.

Die Entwicklungen, die auf Bayern zukommen, haben die neuen Länder schon erlebt. Wir wissen daher, dass im Schulbereich bei notwendigen Änderungen größte Vorsicht und Umsicht angezeigt ist. Die Schule vor Ort ist von hoher bildungs-, sozial- und strukturpolitischer Bedeutung. Es ist deshalb das Ziel der Bayerischen Staatsregierung, ein möglichst wohnortnahes Schulnetz zu erhalten und, wo Bedarf besteht, auch neue Schulen noch zu gründen bzw. vorhandene Angebote auszubauen, wenn es darum geht, die Durchlässigkeit im Schulsystem zu stärken (Stichwort: Einführungsklassen an Gymnasien und Vorklassen an Fachoberschulen).

Ganztagsangebote ausbauen

Schulische Ganztagsangebote sind nicht nur eine Möglichkeit, die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler zu verbessern, sondern stellen auch einen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit

von Beruf und Familie dar. Die Bayerische Staatsregierung und die kommunalen Spitzenverbände haben im Jahr 2009 zum bedarfsgerechten und flächendeckenden Ausbau grundlegende Vereinbarungen getroffen.

Im Schuljahr 2012/2013 erweitern zusätzlich 509 gebundene Klassen (insgesamt 3.020) und 266 offene, jahrgangsübergreifende Gruppen (insgesamt 3.652) sowie 492 Gruppen der Mittagsbetreuung (insgesamt 5.995) das bestehende Angebot. Derzeit bestehen solche Angebote an etwa 78 % der allgemeinbildenden Schulen, bis Ende 2014 soll diese Quote auf bis zu 90 % steigen. Und die Anträge für diese Angebote, die ja von den Sachaufwandsträgern unterschrieben werden, kommen nicht nur aus den Ballungsräumen, sondern auch und gerade aus dem ländlichen Raum, weil Kommunen darin eine Chance sehen, für Familien attraktiv zu sein und bleiben.

Lehrerversorgung sicherstellen

Der demographische Wandel hat aber nicht nur Auswirkungen auf die Schulstandorte, sondern beispielsweise auch auf die Lehrerversorgung. Dies möchte ich anhand eines Beispiels aus dem Bereich der Grund- und Mittelschulen erläutern.

Regierungsbezirke wie die Oberpfalz oder Unter- und Oberfranken sind im bayernweiten Vergleich von einem höheren Schülerrückgang gekennzeichnet als beispielsweise Oberbayern. Vergleicht man die Zahlen der letzten 10 Jahre, bedeutet dies für Ober- und Unterfranken einen Rückgang von rund 33 % und für die Oberpfalz einen Rückgang um rund 30 %. Im Vergleich dazu sind es in Oberbayern nur 14 %. Hier gibt es in einigen Regionen auch deutliche Steigerungen der Schülerzahlen. Es versteht sich von selbst, dass die Lehrkräfte dort eingestellt werden müssen, wo die Schüler sind.

Rein rechnerisch wäre es sogar erforderlich, aus einigen Regierungsbezirken Stammpersonal herauszunehmen, um bayernweit eine gleichmäßige Versorgung mit Lehrerstunden und „Köpfen“ zu gewährleisten. Dies tun wir natürlich nicht, es gelingt uns noch wei-

testgehend, über die Einstellung regulierend einzugreifen. Aber dies müssen wir dann auch zwingend tun! Das bedeutet, dass auch im kommenden Schuljahr eine nicht unerhebliche Zahl an Junglehrern dort eingestellt wird, wo die Schüler sind – und Schülerzuwachs gibt es bayernweit derzeit nur im Großraum München. Bewerberinnen und Bewerber aus Franken oder der Oberpfalz müssen daher damit rechnen, dass sie Einstellungsangebote vor allem in Oberbayern erhalten werden. Umgekehrt sind Versetzungen aus Oberbayern in diese Regierungsbezirke nur in seltenen Fällen möglich.

Uns ist bewusst, dass diese Lage gerade bei jungen Menschen bisweilen zu schwierigen persönlichen Situationen führen kann. Und ich kann versichern: Das Staatsministerium tut sein Möglichstes, um Härtefälle zu vermeiden. Fakt ist aber auch: Eine ausgeglichene Unterrichtsversorgung muss in allen Regierungsbezirken gewährleistet werden.

INITIATIVE „BILDUNGSREGIONEN IN BAYERN“

Eines steht fest: Die Bayerische Staatsregierung schafft die Rahmenbedingungen. Konkretes Handeln findet aber vor Ort statt, in den Schulen und in den Kommunen. Die für Bildung Verantwortlichen in der jeweiligen Region kennen die spezifische Situation am besten. Daher lautet das Motto der Staatsregierung für die Bildungsregionen: „In der Region, aus der Region, für die Region“. Unser Ziel: beste Entwicklungsmöglichkeiten für alle Kinder und Jugendlichen – und zwar überall in Bayern! Dazu rücken 5 Säulen in den Blick: Übergänge organisieren und begleiten; schulische und außerschulische Bildungsangebote vernetzen und die Schulen in die Region öffnen; jungen Menschen in besonderen Lebenslagen helfen; die Bürgergesellschaft stärken und entwickeln; Herausforderungen des demographischen Wandels annehmen und Bildung als Standortfaktor begreifen, in z. Zt. rund 40 Landkreisen und kreisfreien Städten.

Zur Entwicklung eines Bildungskonzeptes vor Ort haben sich bereits bei der Einführung der Mittelschule die Dialogforen bewährt.

Schulpolitische Entscheidungen vor Ort zu treffen, bedarf eines intensiven Austauschs mit allen Bildungsverantwortlichen. In einem Dialogprozess können Schulen, Kommunen, Jugendhilfe, Arbeitsverwaltung sowie Wirtschaft und andere Partner gemeinsam ihre Region als Lern- und Lebensraum für junge Menschen gestalten. Eine solche Bildungsregion soll allen Kindern und Jugendlichen Angebote unterbreiten, damit sie sich entsprechend ihren Begabungen und Interessen entfalten können.

Ziel ist eine qualitative Verbesserung der Bildungsangebote. Die bestehenden Angebote sollen besser vernetzt und aufeinander abgestimmt werden. Dabei haben wir folgende pädagogische Ziele im Blick: Die Schülerinnen und Schüler werden nach ihrem Bedarf individuell gefördert. Die Schule hilft – zusammen mit ihren Partnern – den Kindern und Jugendlichen, die für sie geeignete Bildungslaufbahn einzuschlagen und erfolgreich abzuschließen. Eine Bildungsregion ist somit ein umfassender Lern- und Lebensraum.

Das Qualitätssiegel „Bildungsregion in Bayern“ wird als Auszeichnung durch das Kultusministerium vergeben, wenn die Konferenz der Schulaufsicht die Bewerbung geprüft und positiv bewertet hat. Das Siegel steht für das besondere Engagement der Region und die damit verbundene optimale Förderung der jungen Menschen. Und für diese bestmögliche individuelle Förderung bietet der demographische Wandel ja auch eine Chance!

||| **ELFRIEDE OHRNBERGER**
Ministerialdirigentin im Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, München

HERAUSFORDERUNGEN DER ZUKÜNFTIGEN BEVÖLKERUNGS-ENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND

PAUL GANS ||| „Weniger, grauer, vereinzelter und bunter“ beschreiben die Ausprägungen der vier Komponenten den demographischen Wandel. Der folgende Artikel betrachtet die räumliche Dimension, in der je nach Intensität der einzelnen Komponenten die spezifischen Kombinationen regionale Folgen für Arbeits- und Wohnungsmarkt, Daseinsvorsorge und Infrastruktur haben und zu räumlich differenzierten Herausforderungen führen.

EINLEITUNG

Demographischer Wandel bedeutet die Änderung der Bevölkerung nach Zahl und Struktur. Diese Dynamik ist nicht neu in Europa. So setzten mit Beginn des demographischen Übergangs im 19. Jahrhundert säkulare Trends ein, z. B. die steigende Zahl älterer Menschen bei gleichzeitig rückläufiger Bedeutung von Kindern und Jugendlichen. Warum also diese Aktualität des Themas „demographischer Wandel“? Bis Ende der 1960er-Jahre übertrafen z. B. in Deutschland die Geburtenzahlen – abgesehen von Krisen und Kriegen – stets die Sterbefälle, die natürliche Komponente der Bevölkerungsentwicklung war positiv. Der demographische Wandel hingegen wird mit Bevölkerungsrückgang und Geburtendefizit assoziiert, die Zunahme der Älteren geht mit einer Abnahme jüngerer Altersgruppen einher, die Lebensläufe sind oftmals durch Brüche gekennzeichnet, Internationalisierung und Heterogenisierung prägen die Bevölkerungsstruktur.

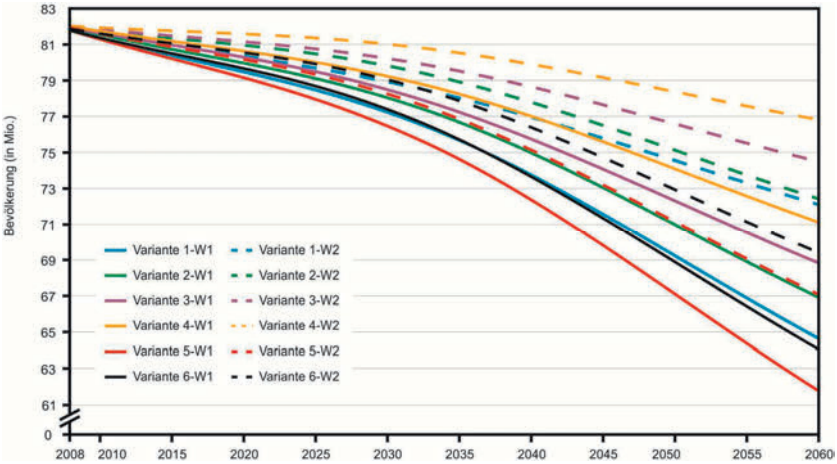
Im Folgenden gebe ich einen Überblick zu den Komponenten und Ursachen des demographischen Wandels. Abschließend gehe ich auf ausgewählte Herausforderungen ein, die sich für den Bereich schulische Bildung ergeben.

ZUKÜNFTIGE BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG DEUTSCHLANDS IN IHRER REGIONALEN DIFFERENZIERUNG

In Deutschland erstellt das Statistische Bundesamt in Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern der Länder seit den 1960er-Jahren Bevölkerungsprognosen. Die aktuelle, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung deckt mit ihren zwölf Varianten ein breites Spektrum möglicher Trends bis 2060 ab (Abb. 1). All diese Szenarien verweisen auf einen Bevölkerungsrückgang. Im günstigsten Fall verringert sich bis 2060 die Einwohnerzahl auf 77 Mio. oder um 6 %, im ungünstigsten auf 62 Mio. oder um 25 %. Unterschiede der Varianten liegen in den getroffenen Annahmen zur zukünftigen Entwicklung von Geburtenhäufigkeit, Sterblichkeit und Nettowanderung.

Bei Fortschreibung von Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit gemäß der Entwicklung in den vergangenen Jahren ergibt sich bei einem jährlichen Wanderungssaldo von +100.000 Personen (Variante 1-W1, Abb. 1) eine Einwohnerzahl von 65 Mio. Ende 2060 und von 72 Mio. bei einem jährlichen Wanderungsgewinn von +200.000 Personen (Variante 1-W2, Abb. 1). Das Ausmaß des Rückgangs wird entscheidend vom Außenwanderungssaldo beeinflusst, der jedoch von Jahr zu Jahr außerordentlich schwanken kann. 2009 zogen nach Deutschland 721.000 Personen zu und 733.000 verließen das Land. Der Außenwanderungsverlust von 18.000 kehrte sich jedoch bis 2012 in einen Gewinn von 369.000 Personen um. Die ausgesprochen positive Bilanz basierte auf der Zunahme der Zuzüge (1,081 Mio.), während sich die Fortzüge zahlenmäßig mit 712.000 Personen nur wenig veränderten. Als Folge der konjunkturellen Entwicklung glich 2012 der positive Saldo die Sterbeüberschüsse von fast 200.000 mehr

Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland nach den Varianten der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung[1]

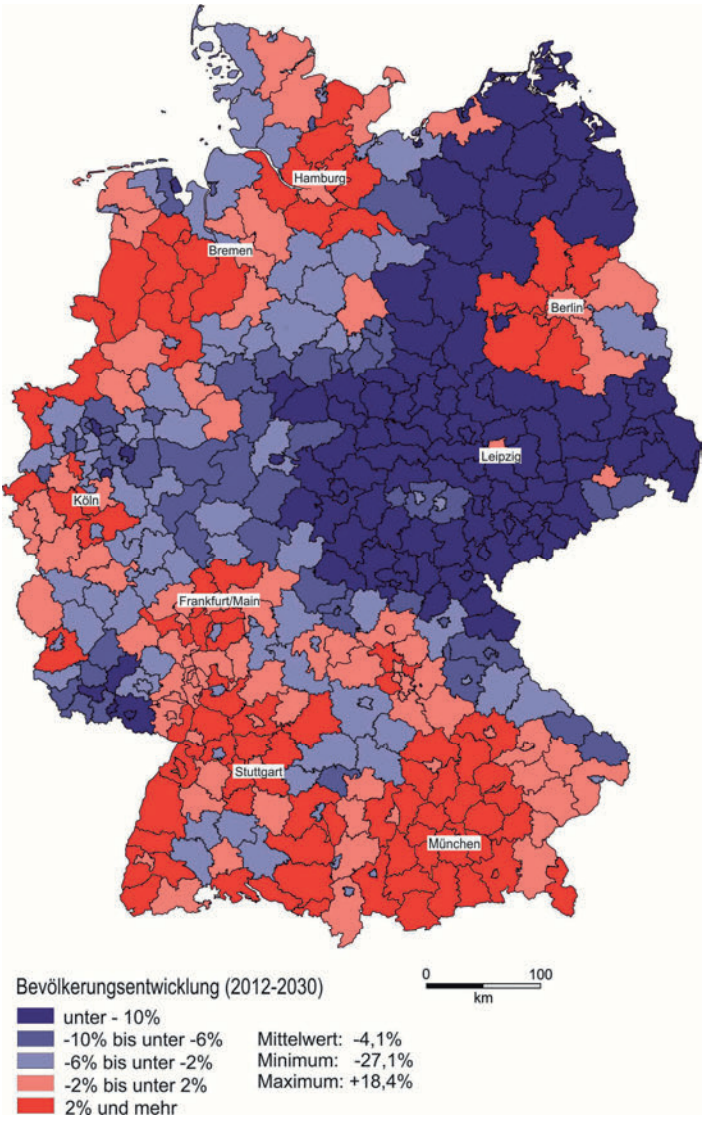


als aus und Deutschland verzeichnete zumindest vorübergehend eine Bevölkerungszunahme. Denn nach den Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes wird sich bis 2030 die Differenz aus Geburten und Sterbefällen auf ein Defizit von etwas über 400.000 Geburten erhöhen.[2] In Bezug auf die Bevölkerung beeinflussen exogene Faktoren wie konjunkturelle Schwankungen, politische Krisen oder Migrationspolitik den Strom von Zu- und Fortzügen, so dass Annahmen zu deren zukünftigen Größenordnungen mit relativ hoher Unsicherheit behaftet sind, wie auch die Zahlen der vergangenen Jahre belegen. Im Vergleich dazu ist die Entwicklung von Geburten und Sterbefällen relativ sicher zu prognostizieren, da die jeweils maßgeblichen Jahrgänge Teil der Bevölkerung zum Stichtag der Vorausberechnung sind und zudem Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit – abgesehen von Extremereignissen wie Kriege oder politische Umbrüche – über längere Zeiträume relativ stabil sind.

Von diesem Trend auf nationaler Ebene weicht die zukünftige regionale Bevölkerungsentwicklung zum Teil beträchtlich ab. In Abbildung 2 sind die Ergebnisse der neuesten regionalen Bevölkerungsvorausberechnung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung für den Zeitraum von Ende 2012 bis Ende 2030 dargestellt. Rückgänge von über 10 % sind für Ostdeutschland flächenhaft zu erwarten. Nur wenige „Inseln" wie der Großraum Berlin – wo das Gebiet mit Zunahme aufgrund der Verwaltungsgrenzen im Umland der Hauptstadt größer erscheint, als es ist –, Leipzig oder Dresden ragen mit einem günstigeren Trend heraus. Im früheren Bundesgebiet kommen dagegen Verluste von mehr als 10 % nur vereinzelt z. B. in Niedersachsen, im Ruhrgebiet, in der Westpfalz oder in Bayern vor. Eine positive Entwicklung wird z. B. für die Agglomerationen Hamburg, Rhein-Main, Stuttgart oder München prognostiziert, und auch ländlich geprägte Regionen wie der Bodenseeraum oder im Westen Niedersachsens können bis 2030 von einem Wachstum ausgehen. Zu- wie Abnahmen sind unabhängig von der Siedlungsstruktur. So sind die Agglomerationen München und das Ruhrgebiet von gegenläufigen Trends geprägt, bei ländlichen Regionen ist dies z. B. für das Alpenvorland und Oberfranken der Fall.

Diese Unterschiede in der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung auf Kreisebene hängen von den Ausprägungen der natürlichen und räumlichen Komponente der Bevölkerungsentwicklung ab. So ist die Differenz zwischen Geburten und Sterbefällen bei einer geringen Schwankungsbreite fast durchweg negativ. Nur in wenigen Kreisen ist die Bilanz aus Geburten und Sterbefällen etwa ausgeglichen. Diese Situation basiert auf der jeweils vorliegenden Altersstruktur, also auf einem relativ hohen Anteil junger Erwachsener an der Bevölkerung, wie die Kreise Jena, Bonn, Mainz, Heidelberg, Freiburg im Breisgau, Tübingen oder Eichstätt mit ihren Universitäten belegen. Erst unter Berücksichtigung der Wanderungsbilanzen treten die in Abbildung 2 markanten regionalen Unterschiede in der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung hervor. Positive oder negative

Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland nach Kreisen (2012-2030)[3]



Wanderungssalden hängen insbesondere von der regionalen Wirtschaftsstruktur, der Situation auf dem Arbeitsmarkt, von überregional bedeutenden Bildungseinrichtungen, aber auch von „weichen" Standortfaktoren wie landschaftliche Attraktivität oder Freizeitwert ab. Nicht zu vergessen sind Aufnahmeeinrichtungen für Spätaussiedler wie z. B. der ehemalige Standort in Osnabrück-Bramsche im Westen Niedersachsens oder die Wirksamkeit von Migrantennetzwerken, die vor allem die Entwicklung der Einwohnerzahl in den Großstädten beeinflussen.

Allerdings haben Migrationsgewinne in den Kreisen nicht in jedem Falle eine Zunahme der Einwohnerzahlen zur Folge. Vielmehr gibt es nach Bucher / Mai[4] einen neuen Typ des Bevölkerungsrückgangs, bei dem das Geburtendefizit größer als der Wanderungsgewinn ist. Die Zahl der Kreise mit dieser Eigenschaft erhöht sich in Zukunft. „Diese Schrumpfung über die niedrigen Geburtenzahlen ist ein sich selbstverstärkender, exponentieller Prozess, der von Generation zu Generation die Geburtenlücke vergrößert. Mit fortschreitender Dauer wird es immer weniger wahrscheinlich, dass die Bevölkerungszahl über Wanderungsgewinne stabilisiert werden kann."[5]

Die Alterung als weitere Komponente des demographischen Wandels wird durch die absolute wie relative Zunahme älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung charakterisiert. Die Altersgrenze von 60 oder 65 Jahren, die zur Kategorisierung von Älteren verwendet wird, ist weitgehend sozialpolitisch vorgegeben und nur ein grober Indikator dafür, „wie alt man ist, wenn man ‚alt' ist"[6]. Dabei spielen individuelle Einstellungen und Bedingungen sowie der jeweilige gesellschaftliche Kontext eine Rolle. Die in jüngster Zeit häufig vorgenommene Unterscheidung zwischen „jungen Alten" und „alten Alten" kommt der Kontinuität des Alterns – symbolisiert durch die Lebenstreppe[7] – unabhängig von Zäsuren des Lebensverlaufs wie zwischen Erwerbstätigkeit und Ruhestand näher.

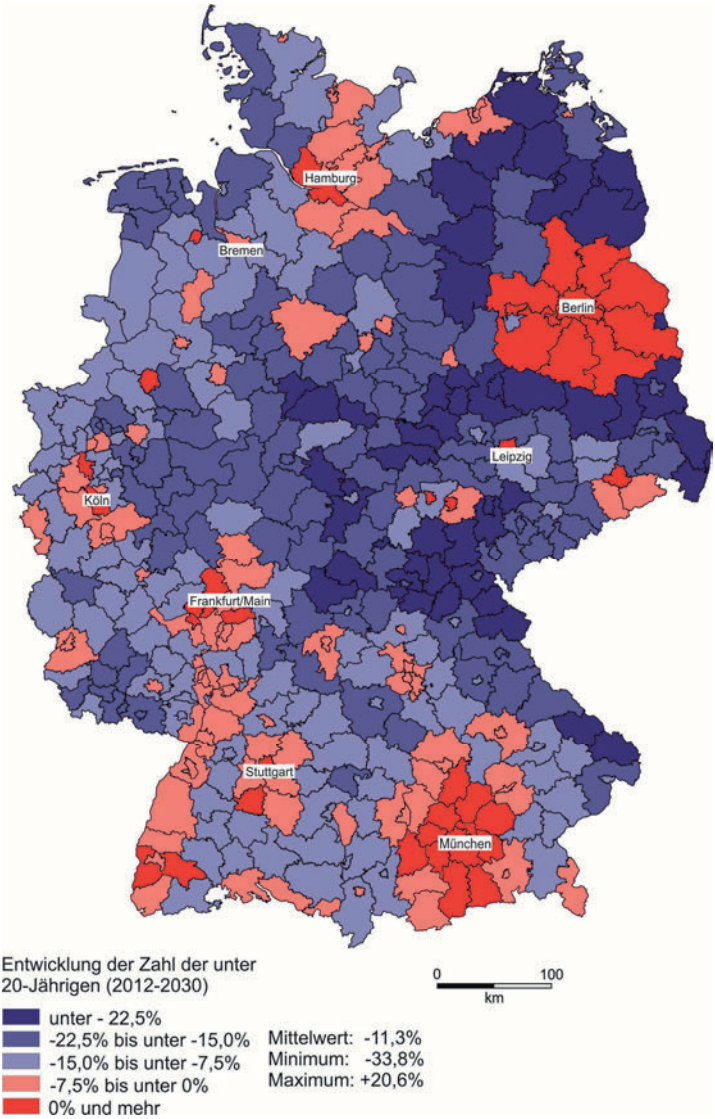
Zwei Trends treiben die Alterung der Bevölkerung an (Tab. 1). Zum einen geht man von einem weiteren Anstieg der Lebenserwartung aus, von dem bei einer Säuglingssterblichkeit von gegenwärtig

unter 4 % vor allem ältere Menschen profitieren. Dadurch erhöht sich die Zahl der mindestens 60-Jährigen bis 2030 beträchtlich, vor allem die Zahl der Hochaltrigen mit mindestens 80 Jahren steigt kräftig an (Tab. 1). Zudem erreichen bis 2030 stark besetzte Jahrgänge, die in den 1960er-Jahren geboren wurden (Abb. 6), ein Alter von über 60 Jahren. Zum andern verringert sich die Zahl der Einwohner, die jünger als 60 Jahre sind, und der Anteil dieser jüngeren Jahrgänge sinkt bis 2030 (Tab. 1). Die rückläufige Bedeutung jüngerer Menschen resultiert aus der niedrigen Geburtenhäufigkeit, die seit Mitte der 1970er-Jahre bei zwei Dritteln des für die natürliche Bestandserhaltung notwendigen Niveaus von 2,1 Geburten je Frau liegt.[8] Die überdurchschnittliche Abnahme der 40- bis unter 60-Jährigen geht darauf zurück, dass in den 2020er-Jahren jene Personen die Altersgrenze von 60 Jahren erreichen, die während der 1960er-Jahre zu Zeiten des „Geburtensegens" geboren wurden.

Tabelle 1: Entwicklung ausgewählter Altersgruppen in Deutschland (2012-2030)[9]

Altersgruppe (in Jahren)	Veränderung in % (2012-2030)	Anteil an der Gesamtbevölkerung in %	
		2012	2030
unter 20	-8,2	18,0	17,0
20 bis unter 40	-10,4	23,9	22,0
40 bis unter 60	-19,7	31,0	25,5
60 bis unter 80	+23,4	21,6	27,4
80 und älter	+45,7	5,4	8,1
Insgesamt	-2,5	100	100

Abbildung 3: Entwicklung der Zahl der unter 20-Jährigen nach Kreisen (2012-2030)[10]

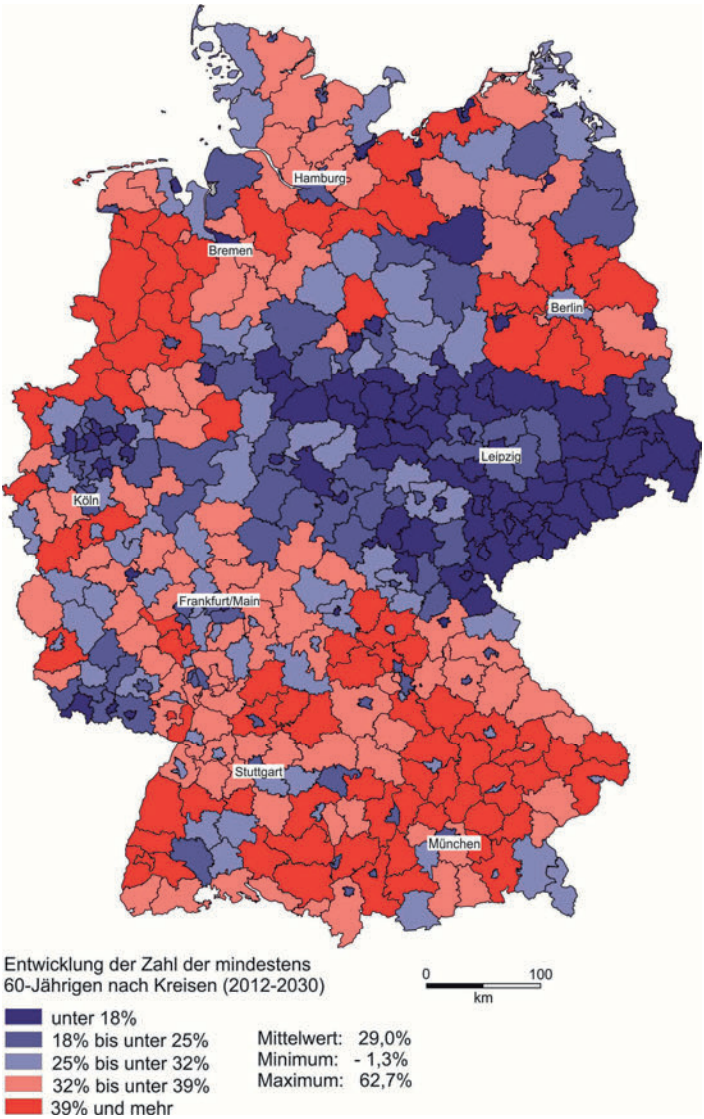


Auch die Bevölkerungsalterung verläuft regional sehr unterschiedlich, deren Intensität von der jeweiligen Entwicklung der jüngeren und der älteren Jahrgänge abhängig ist. Zunahmen der unter 20-Jährigen liegen für Kreise in prosperierende Agglomerationen mit einer günstigen Situation bei Arbeits- und / oder Ausbildungsplätzen (Berlin, München, Rhein-Main-Raum oder das Rheinland) sowie auch aus altersstrukturellen Gründen in Kreisen mit Universitäten vor (Abb. 3). Eine hohe prozentuale Abnahme bei den unter 20-Jährigen registrieren ländlich geprägte Kreise in peripherer Lage und niedriger Bevölkerungsdichte. Das dort unzureichende Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebot führte seit etlichen Jahren zu Nettowanderungsverlusten bei jungen Erwachsenen, so dass die Auswirkungen des demographischen Wandels und des niedrigen Geburtenniveaus noch verstärkt werden.

Überdurchschnittliche Zunahmen der mindestens 60-Jährigen sind vor allem in jenen Kreisen zu finden, die auch durch eine positive Entwicklung der Gesamtbevölkerung charakterisierbar sind. Vor allem Kreise in prosperierenden Agglomerationen, in landschaftlich attraktiven Räumen wie dem Alpenvorland oder entlang der Ostseeküste können von einem deutlich über dem Durchschnitt liegenden Trend ausgehen, der von der Zuwanderung älterer Menschen getragen wird. In den ländlichen Gebieten im Westen Niedersachsens spielt dagegen die Zuwanderung von Spätaussiedlern nach 1992 eine Rolle (Abb. 4).

Am Beispiel der westdeutschen Agglomerationen werden neben diesen interregionalen Unterschieden auch intraregionale Differenzierungen des Alterungsprozesses ersichtlich. So erhöht sich die Zahl der mindestens 60-Jährigen in den Umlandkreisen deutlich stärker als in den Kernstädten. In diesem intraregionalen Trend dokumentieren sich die Konsequenzen der Suburbanisierung in den 1960er- und 1970er-Jahren, die von damals jungen Paaren mit Kindern getragen wurde. Diese Haushalte verließen die Mietwohnungen in den Kernstädten und erwarben Eigentum im Umland als Folge eines anhaltenden Siedlungsdrucks mit hohen Grundstückspreisen in den

Abbildung 4: Entwicklung der Zahl der mindestens 60-Jährigen nach Kreisen (2012-2030)[11]



städtischen Zentren. In vielen Gemeinden in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Kernstädten erfolgten zu jener Zeit großflächige Baulandausweisungen, die – meist mit Ein- und Zweifamilienhäuser bebaut – von einer weitgehend homogenen Altersstruktur geprägt waren und sind. Heute haben die damaligen Kinder den elterlichen Haushalt längst verlassen, und das mit dem Einzug in das eigene Haus einsetzende *ageing in place* als Folge einer hohen Immobilität der Elterngeneration führt zu einer beschleunigten Alterung der Bevölkerung in den Umlandkreisen bis 2030. Demgegenüber fällt die Alterung in den kreisfreien Städten geringer aus, da sie Wanderungsgewinne aus dem Ausland sowie auch junger Erwachsener aus dem Inland verzeichnen. Die Nähe zum Ausbildungs- oder Arbeitsplatz, das spezifische Angebot auf dem Wohnungsmarkt sowie Migrantennetzwerke spielen dabei eine entscheidende Rolle.

Eine weitere Komponente des demographischen Wandels ist die Vereinzelung oder Singularisierung, d. h. der Trend, dass immer mehr Haushalte nur eine Person umfassen. So erhöhte sich der Anteil der Einpersonenhaushalte in Deutschland von einem Drittel 1991 auf gut 40 % im Jahr 2011, und diese Entwicklung wird sich in Zukunft – wenn auch weniger intensiv – fortsetzen (Tab. 2). Gleichzeitig verringerte sich die durchschnittliche Haushaltsgröße deutlich von deutlich über zwei auf heute zwei Personen. Die Gründe liegen zum einen im zukünftig höheren Anteil älterer Menschen bei einer längeren Lebenserwartung von Frauen, zum anderen im fortschreitenden Bedeutungsverlust der Normbiographie mit Partnerschaft und Familiengründung sowie einem wachsenden Anteil von Personen, die in ihrem Lebenslauf ledig bleiben.[12]

Seit Anfang der 1970er-Jahre übertrifft in Deutschland die Zahl der Sterbefälle die der Geburten. Bevölkerungswachstum liegt seitdem nur dann vor, wenn die Außenwanderungsgewinne die Sterbeüberschüsse – 2012 erreichten sie gut 196.000[13] – mehr als ausgleichen können. Folge der Außenwanderungsgewinne ist eine fortschreitende Internationalisierung. So hat sich seit 1975 die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer von knapp 4,1 Mio. auf fast 7 Mio.

Tabelle 2: Entwicklung der Privathaushalte nach Zahl und Größe (1991-2011)[14]

Jahr	Zahl der privaten Haushalte in 1.000	Anteil der Einpersonen-haushalte	Mittlere Haushalts-größe
1991	35.256	33,6 %	2,27
2001	38.456	36,6 %	2,15
2011	40.439	40,4 %	2,02
2030	41.531	42,6 %	1,91

im Jahr 2011 erhöht (Tab. 3). Im gleichen Zeitraum hat sich die Struktur der Migranten nach ihrer Herkunft und damit nach ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder Sprache ausdifferenziert. 1975 gehörten fast drei Viertel aller Ausländerinnen und Ausländer den fünf größten in Deutschland vertretenen Nationalitäten an, deren Anteil bis 2011 auf gut 50 % zurückgegangen ist.

Zugleich ist eine fortschreitende Konzentration der Ausländerinnen und Ausländer vor allem in den Agglomerationen Westdeutschlands und Berlin festzuhalten. Denn das Außenwanderungsvolumen, die Zahl der Zu- plus die der Fortgezogenen auf 1.000 Einwohner in der Dekade von 2000 bis 2009 ist dort besonders hoch, wo bereits vor 2000 der Anteil der ausländischen Bürgerinnen und Bürger besonders hoch war. Diese räumlichen Konzentrationsprozesse sind mit der Wirksamkeit von Netzwerken zu erklären, die zwischen Personen mit Migrationshintergrund und Zurückgebliebenen in den jeweiligen Heimatländern bestehen.

Tabelle 3: Entwicklung der Bevölkerung mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit in Deutschland, 1975 und 2011[15]

1975		
Land der Staatsangehörigkeit	in 1.000	in %
Türkei	1.077	26,3
Jugoslawien	678	16,6
Italien	601	14,7
Griechenland	391	9,6
Spanien	247	6,1
	2.994	**73,3**
Insgesamt	**4.085**	**100**

2011		
Land der Staatsangehörigkeit	in 1.000	in %
Türkei	1.607	23,2
Ex-Jugoslawien	717	10,3
Italien	520	7,5
Polen	468	6,8
Griechenland	284	4,1
	3.596	**51,9**
Insgesamt	**6.931**	**100**

Die wesentlichen Charakteristika der zukünftigen räumlichen Bevölkerungsentwicklung bis 2030 können wie folgt zusammengefasst werden:

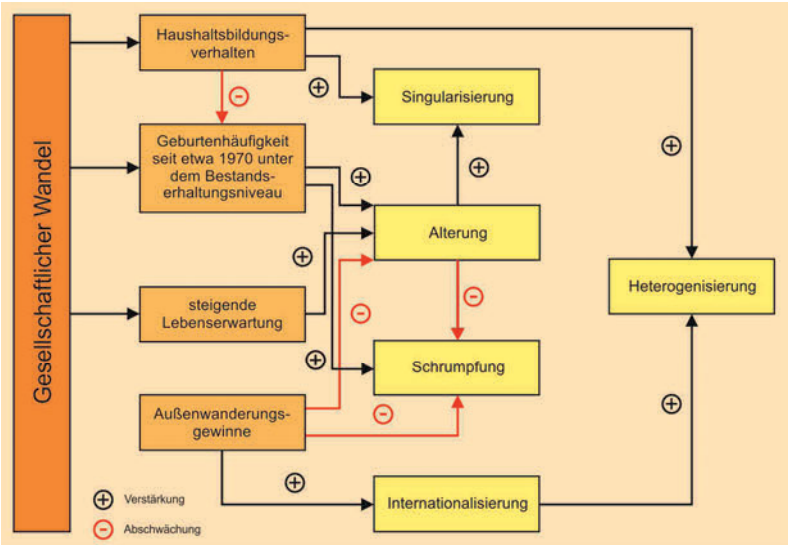
- Es gibt Regionen und Kreise mit rückläufigen, aber auch mit wachsenden Einwohnerzahlen.
- Die regional unterschiedliche Intensität der Bevölkerungsalterung hängt nur bedingt mit zukünftigen Zu- oder Abnahmen der Einwohnerzahlen zusammen.
- Ein starker Rückgang der Schulpflichtigen ist in Regionen mit positivem Trend seltener als in Regionen mit Abnahmen zu beobachten.
- Die Zunahme der Hochbetagten ist sowohl in Schrumpfungs- als auch in Wachstumsräumen anzutreffen.
- Die Intensität der Internationalisierung ist besonders in Agglomerationen und hier in Groß- und Mittelstädten fortgeschritten.

URSACHEN DES DEMOGRAPHISCHEN WANDELS

Abbildung 5 stellt die Auswirkungen der niedrigen Geburtenhäufigkeit, der steigenden Lebenserwartungen, der Außenwanderungsgewinne sowie das Haushaltsbildungsverhalten auf die vier Komponenten des demographischen Wandels – Schrumpfung, Alterung, Singularisierung und Internationalisierung – zusammenfassend dar.[16] Eine Zunahme der Einwohnerzahl liegt in Regionen nur vor, wenn Wanderungsgewinne den negativen natürlichen Saldo mehr als ausgleichen. Zuwanderungsüberschüsse verlangsamen zudem die Bevölkerungsalterung. Die Zunahme der Lebenserwartung führt aber zu einer „Alterung von oben", von der Spitze einer Alterspyramide und wirkt einer negativen Bevölkerungsentwicklung entgegen. Eine Geburtenhäufigkeit, die über einen längeren Zeitraum unter dem natürlichen Reproduktionsniveau liegt, treibt die Schrumpfung der Einwohnerzahlen voran und beschleunigt zugleich den Prozess der Alterung der Bevölkerung von der Basis einer Alters-

pyramide, da jüngere Jahrgänge immer schwächer besetzt sind als ältere und dadurch der Anteil älterer Menschen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung ansteigt. Die fortschreitende Singularisierung leitet sich aus den Änderungen des Haushaltsbildungsverhaltens und auch aus der Bevölkerungsalterung ab. Die Ausdifferenzierung der Formen des Zusammenlebens hat eine fortschreitende Heterogenisierung der Bevölkerungsstruktur zur Folge, die auch von den Außenwanderungen bei gleichzeitiger Diversifizierung der Herkunftsländer von Migranten befördert wird.

Abbildung 5: Ursachen und Wechselwirkungen der Komponenten des demographischen Wandels[17]



Kennzeichen des gesellschaftlichen Wandels sind die wachsende Bedeutung nichtehelicher Lebensgemeinschaften und insbesondere der Bedeutungsrückgang traditioneller Familienbildung mit ge-

schlechtsspezifischer Aufgabenteilung innerhalb der Familie.[18] Die bis in die 1970er-Jahre vorherrschende arbeitsteilige Familienstruktur mit dem Ehemann als Haupternährer und der Ehefrau als fürsorgende Mutter brach in den folgenden Jahren immer mehr auf. Durch die Bildungsexpansion verlängerten sich die Ausbildungszeiten für Männer und Frauen. Deren Beschäftigungschancen vermehrten sich im Zuge der Tertiärisierung, was auch tatsächlich zu einer Zunahme der Erwerbsquote von Frauen führte. Die gesellschaftliche Akzeptanz des Zusammenlebens ohne Trauschein erhöhte sich ebenso wie der Anteil außerehelich geborener Kinder, der in Westdeutschland mit ca. 25 % einen im Vergleich zu anderen europäischen Ländern wie Frankreich oder Norwegen niedrigen Wert erreicht.

Der Bedeutungsverlust traditioneller Verhaltensweisen wurde begleitet von einer Hinwendung zu postmaterialistischen Wertevorstellungen, weg von der Orientierung am traditionellen Familienideal hin zu Einstellungen, die Selbstverwirklichung und Individualisierung, Emanzipation und Autonomie einen hohen Stellenwert zuordneten und die sich verstärkt von sozialen Autoritäten wie Eltern, Kirche, Staat oder Gewerkschaften lösten. Zudem ist das traditionelle „Haupternährer"-Modell mit hoher Beschäftigungssicherheit verknüpft, die jedoch nach der Ölkrise Anfang der 1970er-Jahre immer weniger gegeben war. Eine rationale Reaktion auf diese Entwicklung war die Zunahme von Doppelverdienerhaushalten, die vorhandenes Humankapital optimal in Wert zu setzen versuchen. Dadurch wurde die Realisierung gemeinsamer Lebensentwürfe erschwert. Der Wunsch, möglichst viele Optionen offen zu halten, führte dazu, dass die Heirat den Lebenslauf einer Person immer weniger vorbestimmte.[19] Die Konsequenzen des gesellschaftlichen Wandels sind in Deutschland sinkende Erstheiratsquoten, steigende Scheidungsquoten, Bedeutungszuwachs neuer Formen des Zusammenlebens und letztendlich – bei nach wie vor enger Koppelung zwischen Heirat und Geburt eines Kindes – niedrige Geburtenhäufigkeiten.

HERAUSFORDERUNGEN DES DEMOGRAPHISCHEN WANDELS IM BEREICH SCHULISCHE BILDUNG

Die quantitativen wie qualitativen Charakteristika des demographischen Wandels bewirken u. a. weitreichende Änderungen in der Nachfrage nach Infrastrukturen. In vielen kleinen Gemeinden in ländlichen Gebieten mit niedriger Bevölkerungsdichte spüren die Einwohner die Konsequenzen dieser Entwicklung für ihre alltägliche Lebenssituation schon seit langem. Es geht um Arbeitsplätze, um die Nahversorgung, um die Auslastung von Infrastrukturen, insbesondere auch um Angebote im Bildungsbereich, die für die regionale Entwicklung von großer Bedeutung sind. Sowohl für Familien bei der Auswahl eines Wohnstandortes als auch für Unternehmen als weicher Standortfaktor ist das Vorhandensein und die Qualität von Bildungsinfrastrukturen ein wesentlicher Faktor.

Bei Bildungsinfrastrukturen denkt man üblicherweise zuerst an Schulen. Deren Standorte orientieren sich an den Schülerzahlen, deren Entwicklung – gemessen durch die Zahl der 6- bis unter 19-Jährigen – von 2012 bis 2030 um gut 10 % auf 8,8 Mio. rückläufig sein wird. Die Veränderung der Schülerzahlen in den einzelnen Altersgruppen ist ein Abbild der Geburtenentwicklung und damit der unterschiedlichen Trends der Geburtenhäufigkeit in West- und Ostdeutschland in der Vergangenheit.[20]

Im früheren Bundesgebiet verringern sich die Schülerzahlen in den älteren Jahrgangsgruppen deutlich stärker als in den jüngeren. Ursache für die außerordentliche Abnahme bei den 16- bis unter 19-Jährigen ist der Geburtenrückgang zwischen 1965 und 1975 (Abb. 6). Die 16- bis unter 19-jährigen Schülerinnen und Schüler aus dem Jahre 2012 wurden zwischen 1993 und 1996 von Müttern geboren, von denen die Mehrzahl noch in den 1960er-Jahren – also in einer Phase mit hoher Fruchtbarkeit – zur Welt kamen (Abb. 6). Jahrgänge von Müttern zukünftiger Schülergenerationen zwischen 16 und 19 Jahren sind aufgrund des Geburtenrückgangs vor 1975 schwächer besetzt, so dass bei konstanter Fruchtbarkeit (Abb. 6) die Geburtenzahlen sinken und sich somit die Schülerzahlen deut-

lich verringern. Für die insgesamt jüngeren Mütter der 6- bis unter 10-jährigen Schülerinnen und Schüler ist der Rückgang der Jahrgangsstärke weniger ausgeprägt, und damit fällt die Abnahme merklich geringer aus.

Die negative Entwicklung der 6- bis unter 10-jährigen Schülerinnen und Schüler in Ostdeutschland basiert im Wesentlichen auf dem markanten Geburtenrückgang nach der Wende (Abb. 6). Dadurch ist die Zahl potenzieller Mütter für die 6- bis unter 10-Jährigen im Jahr 2030, die zwischen 2020 und 2024 geboren werden, sehr gering und dementsprechend wird die Abnahme der Schülerzahlen im Vergleich zur selben Altersgruppe 2012 hoch sein, da deren Mütter in den 1980er-Jahren in einer Phase mit relativ hoher Fruchtbarkeit (Abb. 6) geboren wurden.

Die Zunahme der 16- bis 19-jährigen Schülerinnen und Schüler ist auf die extrem niedrige Geburtenhäufigkeit Anfang der 1990er-Jahre zurückzuführen. Seit 1996 ist die Fruchtbarkeit kontinuierlich angestiegen (Abb. 6), und dementsprechend erhöhen sich auch die

Abbildung 6: Entwicklung der Geburtenhäufigkeit in Deutschland (1949-2011)[21]

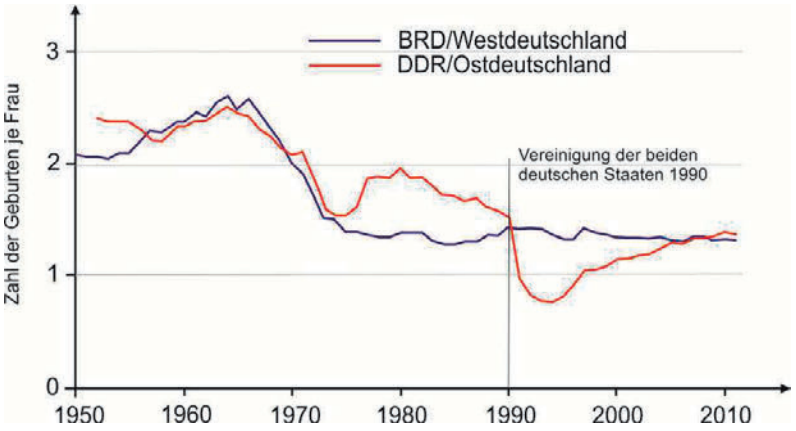


Tabelle 4: Entwicklung der Schülerzahlen nach Kreisen (2012-2030)[22]

Altersgruppe ... bis unter ... in Jahren	Westdeutschland ohne Berlin		Ostdeutschland mit Berlin	
	2030	Veränderung in % (2012-2030)	2030	Veränderung in % (2012-2030)
Alle Kreise				
6 bis 10	2.263.687	-1,5	426.621	-14,4
10 bis 16	3.395.080	-12,9	674.845	-7,3
16 bis 19	1.691.835	-18,3	357.289	+14,6
Großstädte				
6 bis 10	597.107	+1,8	188.581	-0,9
10 bis 16	871.571	-3,3	285.292	+9,5
16 bis 19	424.686	-8,8	142.921	+23,4
Ländliche Kreise				
6 bis 10	226.082	-5,9	75.731	-28,7
10 bis 16	345.118	-18,6	124.457	-22,7
16 bis 19	174.549	-23,8	69.347	+2,3

Schülerzahlen dieser Altersgruppe im Jahre 2030 – geboren in den Jahren von 2011 bis 2014 –, insbesondere da die Müttergeneration in einer Phase mit relativ hoher Fruchtbarkeit geboren wurde.

Das ausgeprägte Stadt-Land-Gefälle in Ost- wie Westdeutschland ist auf die Abwanderung junger Erwachsener aus ländlich geprägten Gebieten zurückzuführen. Der Trend in den Großstädten ist eher stabil bis sogar positiv, da sie Migrationsziel junger Erwachsener aus dem In- wie Ausland auf der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz sind. Als Konsequenz dieser Entwicklung bleibt festzuhalten, dass eine Gefährdung von Schulstandorten in ländlichen Räumen mit geringer Bevölkerungsdichte besonders hoch ist.

Die Schulstufen (Grundschule, Sekundarstufe I und II) lassen sich relativ eindeutig mit den Altersgruppen 6 bis unter 10, 10 bis unter 16 und 16 bis unter 19 Jahren verknüpfen. Die Entwicklung der jeweiligen Altersgruppe von Schülerinnen und Schülern im Zeitraum von 2012 bis 2030 nach Kreisen (Abb. 7 bis 9) verdeutlicht den ausgesprochenen Gegensatz zwischen Stadt und Land. Nur für die 16- bis unter 19-Jährigen liegt in Ostdeutschland aufgrund des einmalig niedrigen Geburtenniveaus zu Beginn der 1990er-Jahre und der anschließend steigenden Fruchtbarkeit eine flächenhafte Zunahme vor. Trotzdem belegen die Abbildungen 7 bis 9, dass der größte Handlungsbedarf auch zukünftig in ländlich geprägten Gebieten bestehen wird. Aber gerade dort ist schon heute aufgrund der negativen Bevölkerungsentwicklung in den vergangenen Jahren das Standortnetz insbesondere der Grundschulen ausgedünnt worden. Davon betroffen sind außer den ländlichen Gebieten mit niedriger Bevölkerungsdichte in Ostdeutschland (z. B. in Mecklenburg-Vorpommern, Teilen Brandenburgs und Sachsen-Anhalts) durchaus auch ländliche Räume in Westdeutschland wie in Nord- und Osthessen, in Oberfranken, im Südosten Niedersachsens oder in Teilen Schleswig-Holsteins. In Westdeutschland erreichen aber die prozentualen Abnahmen nur in wenigen Gebieten das Ausmaß wie in den peripheren ländlichen Räumen Brandenburgs oder Mecklenburg-Vorpommerns, da es sich in vielen westdeutschen Regionen um eine neue Entwicklung handelt, die erst in der jüngeren Vergangenheit an Dynamik gewonnen hat.[23]

Abbildung 7: Entwicklung der 6- bis unter 10-Jährigen in Deutschland nach Kreisen (2012-2030)[24]

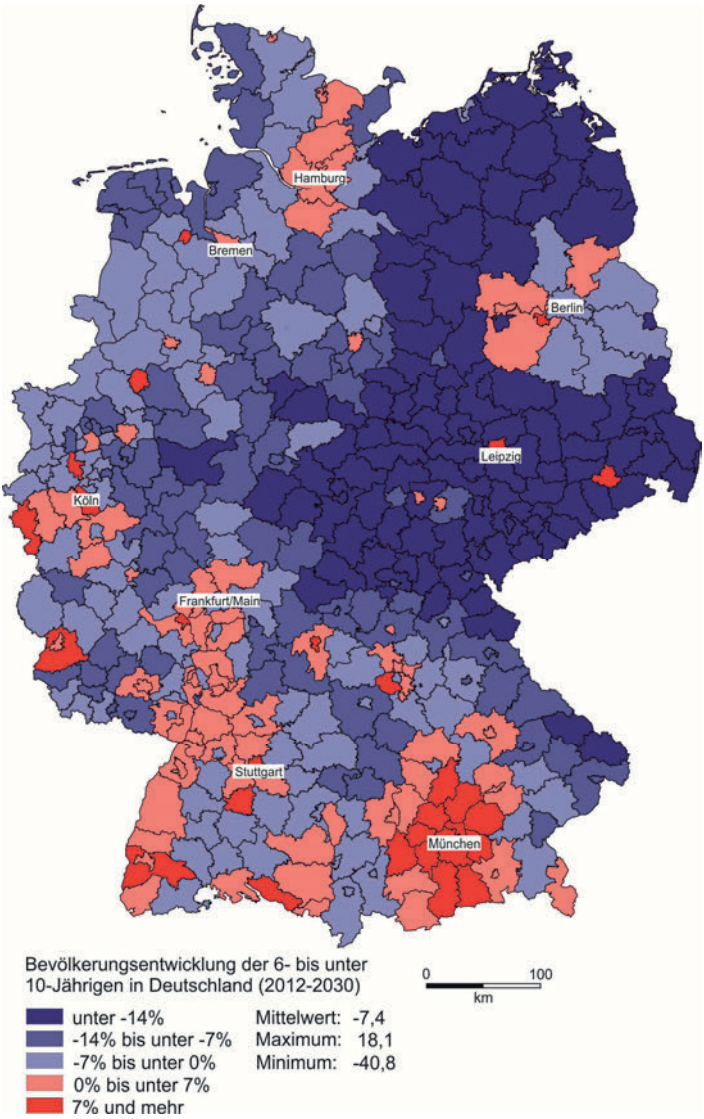


Abbildung 8: Entwicklung der 10- bis unter 16-Jährigen in Deutschland nach Kreisen (2012-2030)[25]

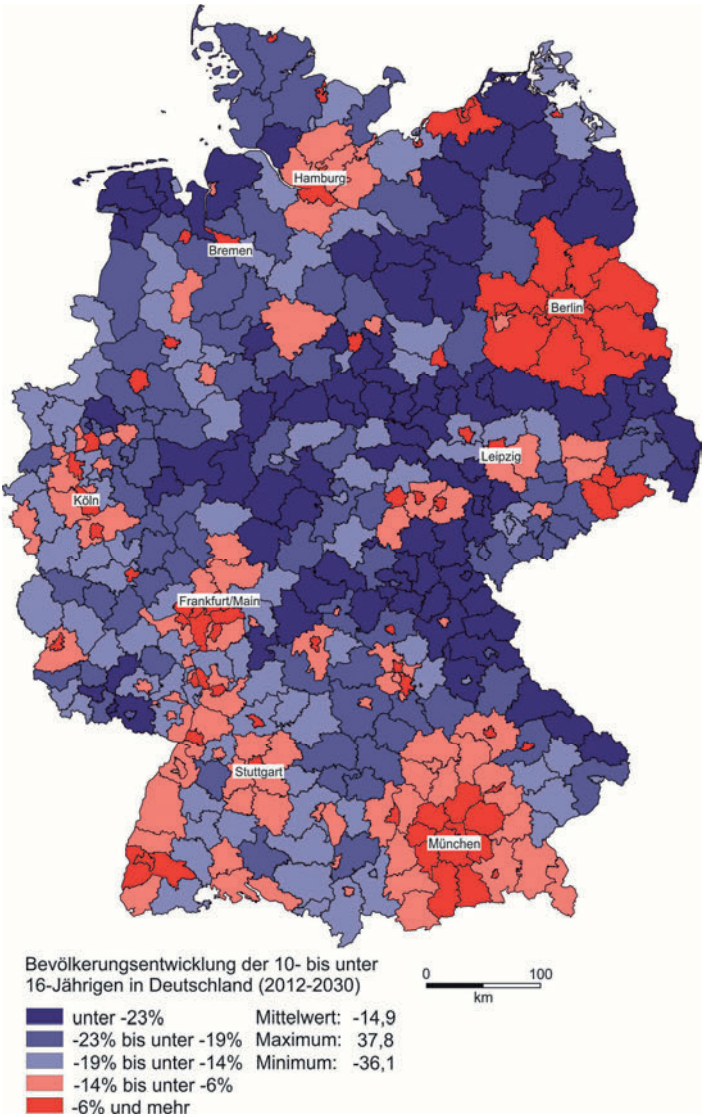
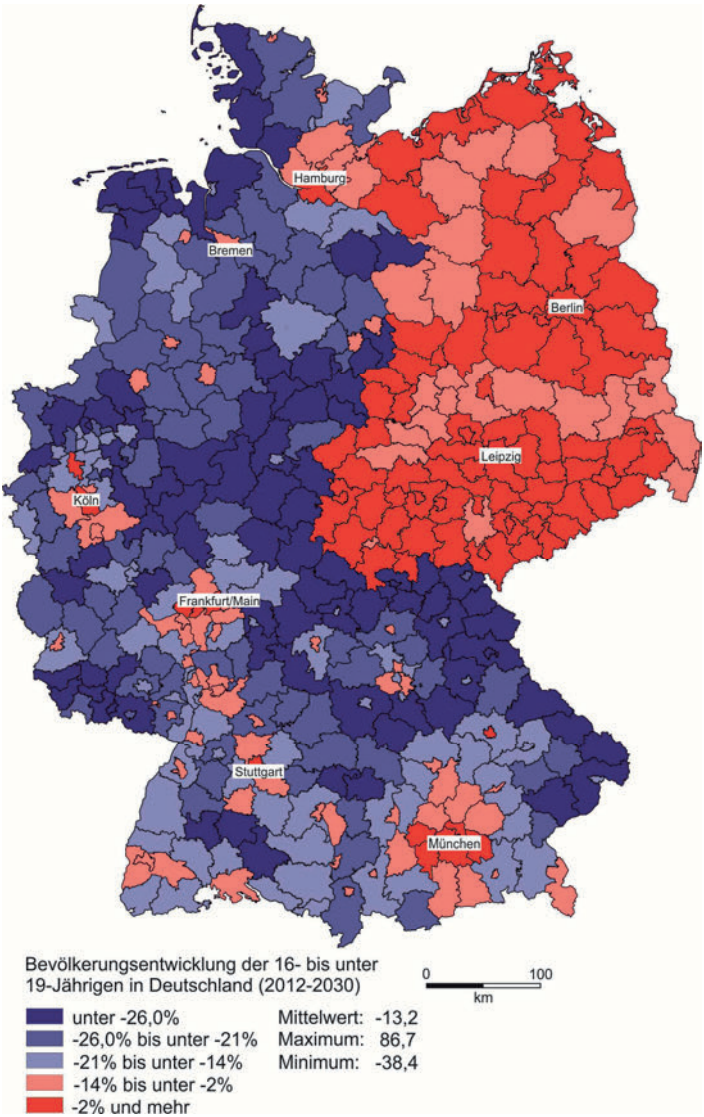


Abbildung 9: Entwicklung der 16- bis unter 19-Jährigen in Deutschland nach Kreisen (2012-2030)[26]



Grundsätzlich ist bzgl. der Schulstandorte zu bedenken, dass die jüngeren Altersgruppen auf den ÖPNV angewiesen sind. Lage und Erreichbarkeit von Schulstandorten sind besonders wichtig auch hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung von Gemeinden, da insbesondere Haushalte mit schulpflichtigen Kindern einen Wohnstandort bevorzugen, von dem aus Schulen der verschiedenen Stufen relativ leicht zu erreichen sind. Insgesamt wären vor allem ländlich geprägte Regionen mit der Notwendigkeit konfrontiert, Schulen zu schließen, um über größere Einzugsbereiche eine Mindestauslastung zu erreichen.

Die Verteilung der Schulstandorte ist, wie bei allen Punktinfrastrukturen, immer im Zusammenhang mit deren Erreichbarkeit im Verkehrssystem zu bewerten. Dazu haben Schlömer / Pütz[27] die Fahrzeit mit dem Pkw von den Gemeinden zur jeweils nächstgelegenen Schule der Sekundarstufe II berechnet. Das Überschreiten der Fahrzeit von 20 Minuten, die auch als Mindestfahrzeit für den Busverkehr interpretierbar ist, wird als unzureichende Versorgung eingestuft. Gegenwärtig wird in ländlichen Gebieten Ostdeutschlands wie in einzelnen westdeutschen Ländern dieser Wert überschritten. Dieser Versorgungssituation wird das Ergebnis eines Szenarios gegenübergestellt, das zeigt, wo der gewählte Schwellenwert von 20 Minuten Fahrtzeit überschritten werden würde, wenn nicht zum nächstgelegenen, sondern – wegen des Rückgangs der Schülerzahlen – zum jeweils zweitnächsten Schulstandort der Sekundarstufe II gefahren werden müsste.

Beim Wegfall eines Standortes würde sich die Versorgungsqualität vor allem in Brandenburg, in Mecklenburg-Vorpommern, im Norden Sachsen-Anhalts, aber auch in der Eifel, in Teilen Bayerns und Norddeutschlands verschlechtern.

Die Forderung nach Schulschließungen hängt damit zusammen, dass sich mit rückläufigen Nutzerzahlen die Gesamtausgaben nicht proportional verringern und sich damit die Pro-Kopf-Ausgaben erhöhen.[28]

Letztendlich basiert dieses Ergebnis darauf, dass:

- Infrastrukturen auf eine bestimmte Mindestzahl von Nutzern ausgelegt sind,
- der Fixkostenanteil vieler Infrastrukturen bis zu 80 % erreicht,
- ein Personalabbau parallel zum Rückgang der Nutzerzahlen z. B. aus kündigungsschutzrechtlichen Gründen schwierig ist und
- Einschränkungen der Angebote für Bürgerinnen und Bürger politisch nicht gewollt sind.

Allerdings muss man diesen Kostenargumenten entgegenhalten, dass eine Schulschließung in ländlichen Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte und schwach ausgebildetem Städtenetz nachhaltig negative Folgen für die jeweilige Gemeinde und ihrer Bevölkerung haben kann:

- Die Schuleinzugsbereiche werden größer, und die verfügbare freie Zeit von Kindern wird eingeschränkt.
- Die Kosten für die Schulpflichtigen zur Schule steigen und belasten in der Regel den Landkreis, der Träger der Schulbeförderung ist.
- Gebäudeleerstände beeinflussen die Wahrnehmung der Gemeinde negativ.
- Der Ort verliert an Attraktivität als Wohnstandort, und auch die emotionale Bindung der Einwohner an ihren Wohnort wird geringer.

Als Folge sind anhaltende Bevölkerungsverluste wahrscheinlich, die eine abwärts gerichtete Entwicklungsspirale antreiben.

Es gilt also zwischen Schulschließung und Alternativen abzuwägen. Michel / Schulz[29] schlagen z. B. vor:

- alternative Lehr und Lernkonzepte (z. B. jahrgangsübergreifende Klassen oder Nutzung der niedrigen Schüler-Lehrer-Relation zur Förderung von Kindern),
- Nutzung räumlicher Überkapazität durch die Bevölkerung des Ortes,

- Mehrfach- und Mehrzwecknutzungen (z. B. als Gemeindezentrum, Ortstreff, Internetcafé) für Schülerinnen und Schüler und Bewohner sowie
- Änderungen in der Trägerschaft.

„Schulen sind besonders im ländlichen Raum über ihre reine Bildungs- und Erziehungsfunktion fester Bestandteil des soziokulturellen Lebens, der Attraktivität und oftmals auch der Geschichte eines Ortes oder einer Gemeinde."[30]

FAZIT

Diese Lösungsvorschläge sind im Grundsatz Anpassungsstrategien: Ausgabenkürzungen umfassen Maßnahmen, Angebote vollständig oder teilweise abzubauen oder die Leistungserbringung effizienter zu gestalten. Die Neupositionierung versucht, z. B. Angebote zu erweitern oder zu verbessern und dadurch neue Gruppen anzusprechen. Der Umbau von Organisationsstrukturen soll das interne Management verändern, z. B. durch die Zusammenlegung von Verwaltungen. Anpassungsstrategien sind aber keine dauerhafte Lösung. Sie passen vorhandene Infrastrukturen an eine gegebene bzw. absehbare Situation an. Daher sollte die Schulverwaltung eine hohe Flexibilität auf der Basis dezentraler Organisation und somit weitgehende Eigenverantwortung der Schulleitung ermöglichen, um sich Änderungen auf lokaler bzw. regionaler Ebene rasch anpassen zu können.

Die Ausführungen zu den Herausforderungen im Bildungsbereich haben sich auf die Schulen konzentriert. Mit Blick auf den demographischen Wandel gibt es auch Herausforderungen in anderen Bereichen der Bildung. So werden Optionen für lebenslanges Lernen, kontinuierliche Weiterbildung in Unternehmen und höhere Ausschöpfung des Humankapitals noch an Bedeutung gewinnen.

||| **PROF. DR. PAUL GANS**
Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie,
Universität Mannheim

ANMERKUNGEN

1 Gans, Paul: Bevölkerung. Entwicklung und Demographie unserer Gesellschaft, Darmstadt 2011; Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2009.

2 Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2009, S. 13.

3 Eigene Darstellung nach Ergebnissen der Raumordnungsprognose des Bundesinstituts für Bau-, Stadt und Raumordnung (BBSR) für 2009 bis 2030, http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbeobachtung/UeberRaumbeobachtung/Komponenten/Raumordnungsprognose/Downloads/DL_uebersicht.html?nn=444934, Stand: 23.1.2014.

4 Bucher, Hansjörg / Mai, Ralf: Bevölkerungsschrumpfung in den Regionen Europas, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 3-4/2006, S. 311-343, S. 328.

5 Bucher, Hansjörg / Mai, Ralf: Die Bedeutung der Wanderungen für die Bevölkerungsentwicklung in den Regionen Europas, in: Informationen zur Raumentwicklung 3-4/2008, S. 141-151, S. 143.

6 Thane, Pat: Einführung – Der alte Mensch im Wandel der Zeit, in: Das Alter – eine Kulturgeschichte, hrsg. von Dems., Darmstadt 2005, S. 9-29, S. 17.

7 Ebd.

8 Gans, Paul: Bevölkerung. Entwicklung und Demographie unserer Gesellschaft, Darmstadt 2011, S. 66.

9 Eigene Berechnungen nach Ergebnissen der Raumordnungsprognose des BBSR für 2009 bis 2030.

10 Ebd.

11 Ebd.

12 Brüderl, Josef: Die Pluralisierung partnerschaftlicher Lebensformen in Westdeutschland und Europa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 9/2004, S. 3-10.

13 Statistisches Bundesamt: Zahlen und Fakten: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerung.html, Stand: 15.7.2013.

14 Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2012, Wiesbaden 2012; Raumordnungsprognose des BBSR für 2009 bis 2030; eigene Berechnungen.

15 Gans: Bevölkerung, S. 99; Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2012.

16 Bucher, Hansjörg / Schlömer, Claus: Räumliche Varianz des demographischen Wandels in Deutschland, in: Geographie und Schule 172/2008, S. 11-17, hier S. 12; Gans, Paul / Schmitz-Veltin, Ansgar / West, Christina: Bevölkerungsgeographie, Braunschweig 2009; Gans: Bevölkerung. Entwick-

lung und Demographie unserer Gesellschaft; Lesthaeghe, Ron: Der zweite demographische Übergang in den westlichen Ländern: Eine Deutung, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 3/1992, S. 313-354; Lesthaeghe, Ron / Neels, Karen: From the First to the Second Demographic Transition: An interpretation of the spatial continuity of demographic innovation in France, Belgium and Switzerland, in: European Journal of Population 4/2002, S. 225-260.

17 Gans: Bevölkerung, S. 100; verändert.

18 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Siebter Familienbericht, Deutscher Bundestag Berlin, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/1360/2006.

19 Gans / Schmitz-Veltin / West: Bevölkerungsgeographie; BMFSFJ: Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit.

20 Schlömer, Claus / Pütz, Thomas: Bildung, Gesundheit, Pflege – Auswirkungen des demographischen Wandels auf die soziale Infrastruktur, in: BBSR – Berichte KOMPAKT 11/2011.

21 Eigene Darstellung nach Daten aus Schwarz, Karl: 100 Jahre Geburtenentwicklung, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 4/1997, S. 485; ergänzt durch Angaben des Statistischen Bundesamtes, https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerung.html, Stand: 15.7.2013.

22 Eigene Berechnungen nach Ergebnissen der Raumordnungsprognose des BBSR für 2009 bis 2030.

23 Schlömer / Pütz: Bildung, Gesundheit, Pflege.

24 Eigene Berechnungen nach Ergebnissen der Raumordnungsprognose des BBSR für 2009 bis 2030.

25 Ebd.

26 Ebd.

27 Schlömer / Pütz: Bildung, Gesundheit, Pflege.

28 Killisch, Winfried / Siedhoff, Mathias: Probleme schrumpfender Städte, in: Geographische Rundschau 10/2005, S. 60-67.

29 Michel, Harald / Schulz, Volker: Demographischer Wandel und Anpassungsstrategien in strukturschwachen ländlichen Räumen Brandenburgs, in: Alterung im Raum. Auswirkungen der Bevölkerungsalterung unter besonderer Berücksichtigung regionaler Aspekte, hrsg. von Rembrandt Scholz und Hansjörg Bucher, Beiträge zur Jahrestagung 2006 = Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Demographie 2, Norderstedt 2007, S. 257-282.

30 Ebd., S. 275.

BILDUNG IM NIEMANDSLAND

Der Einfluss des demographischen Wandels auf die bayerische Bildungspolitik

PETER J. BRENNER ||| In den letzten Jahren hat das Schlagwort vom demographischen Wandel große Verbreitung in den Medien gefunden und eine große Rolle in politischen Argumentationen gespielt, auch in der Bildungspolitik. Zu fragen ist, wie zuverlässig die Voraussagen sind und ob in Bildungsfragen die rein quantitativ orientierte, demographische Betrachtung nicht besser von der Bevölkerungsgeographie ergänzt werde sollte, die auch die Wechselwirkungen zwischen Raum, Bevölkerung und Institutionen betrachtet.

DER „DEMOGRAPHISCHE WANDEL" – EINE DISKURSPOLITISCHE INSZENIERUNG

In der deutschen Bildungsdiskussion hat die Berufung auf den „demographischen Wandel" eine eigene diskurspolitische Dynamik entfaltet. Die Vorstellung einer unablässig schrumpfenden Bevölkerung ist nicht nur ein Gedankenspiel von Demographen, sondern sie hat handfeste praktische Konsequenzen. Aus ihr wird die Legitimation abgeleitet für weitreichende Etatkürzungen im Sozial- und Bildungsbereich. In vielen Fällen, in der Versicherungswirtschaft wie in der Bildungspolitik, ist es offensichtlich, dass der „demographische Wandel" nur als Vorwand benutzt wird, um ganz anders gelagerte Interessen durchzusetzen. Es ist erstaunlich – oder viel-

leicht auch nicht –, dass sich die deutsche Bildungspolitik erneut abhängig macht von einem Schlagwort, das seine Durchschlagskraft eher alarmierenden Presseschlagzeilen als seriöser wissenschaftlicher Diskussion verdankt.

Das Schlagwort des „demographischen Wandels" hat seine Wurzeln nicht in der Bildungspolitik, sondern in einem anderen, nicht minder brisanten Diskussionszusammenhang. 2002 wurde in Deutschland das gesetzliche Rentenversicherungssystem reformiert, indem das Nettorentenniveau gesenkt und eine staatliche Vorsorgezulage eingeführt wurde, mit der der Abschluss von Verträgen bei privaten Versicherungsunternehmen als „zweite Säule der Altersvorsorge" gefördert werden sollte. Im Vorfeld dieser Rentenreform machte der Begriff des „Demographischen Wandels" seine politische Karriere. Ende der neunziger Jahre wurde er als politisches Bedrohungsszenario in die Öffentlichkeit lanciert. Im Zentrum der Rentenreformdiskussion stand die Vorstellung, dass der klassische „Generationenvertrag" mit seinem Umlageverfahren angesichts der Schrumpfung und Alterung der deutschen Bevölkerung nicht mehr leistungsfähig sei und durch ein Kapitaldeckungsverfahren der privaten Versicherungswirtschaft ergänzt oder ganz ersetzt werden müsse. Aus dem wissenschaftlichen Fachbegriff wird ein politischer Kampfbegriff, der suggestive Assoziationen hervorruft. Im gleichen Jahr legt die Enquête-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik" ihren Abschlussbericht vor. Er hat maßgeblich dazu beigetragen, dass der Fachbegriff des „demographischen Wandels" neben den populären Vokabeln der „Überalterung" oder der „Vergreisung" seinen Platz in der öffentlichen Diskussion gefunden hat.[1]

Unterstützt wurde diese Diskursentwicklung durch die „10. Koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung" des Statistischen Bundesamtes, die am 6. Juni 2003 durch eine Pressemitteilung verbreitet wurde.[2] Am 5. Januar 2004 brachte das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" eine Titelgeschichte, das die einschlägigen Schlagwörter in

die breite Öffentlichkeit kommunizierte: „Der letzte Deutsche. Auf dem Weg zur Greisenrepublik". Der Artikel sah die „sozialen Sicherungssysteme in Schieflage" geraten und machte reichliche Vorschläge zur Verbesserung der Geburtenrate. Bereits hier drängte sich der Befund auf, dass „die aktuelle Dramatisierung des Geburtenrückgangs wesentlich ein Medienereignis" ist;[3] und wieder zeigte sich „die gefährliche Nähe von Demographie und Demagogie",[4] die schon immer eine Eigentümlichkeit der Bevölkerungsdiskussion war.

Die einfache Frage, ob die angenommene demographische Entwicklung wirklich ein „Anlass zur Sorge" sei, wurde hingegen nur selten gestellt.[5] Dabei kann durchaus gefragt werden, was denn daran so schlimm sein soll, wenn die deutsche Bevölkerung bis 2050 tatsächlich um 10 % zurückgehen wird.[6] Hondrich hat diese Überlegungen ausführlich entfaltet und auf die einfache Formel gebracht: „Weniger sind mehr".[7] Neben Hondrich gehört Gerd Bosbach zu den Kritikern der Mainstream-Deutung. Insbesondere sieht er das Altersversorgungssystem nicht durch den „demographischen Wandel" gefährdet, sondern eher durch politisches Handeln, das sich des demographischen Wandels als eines Vorwands bedient, unter dem ganz andere Ziele verfolgt werden.[8] Der „demographische Wandel" bietet jedenfalls, das macht ihn politisch so attraktiv, eine einfache Erklärung für unübersichtliche gesellschaftliche Problemlagen an.[9] Wenn als Ursache vieler Probleme in der Sozial- und Bildungspolitik eine eher bevölkerungstechnische, in Zahlen berechenbare Entwicklung unterstellt werden darf, dann bieten sich auch technische Lösungen an. Politische Entscheidungen können auf dieser Grundlage so dargestellt werden, dass sie „nicht mehr wie Entscheidungen, sondern nur noch wie unausweichliche Reaktionen auf äußere Zwänge wirken".[10]

In der modernen demokratischen Gesellschaft gehört zu diesen Sachzwängen auch die Eigendynamik von politischen Kommunikationsprozessen, die am Ende zu einem „Triumph der Kommunikationspolitik über die Sachpolitik" führten.[11] Denn die politischen Handlungen gehen nicht von der Realität aus, sondern von ihrer

medialen Darstellung.[12] Die Massenmedien bestimmen die Art, „wie die Welt gelesen wird".[13] Niklas Luhmann hat die Wirkungszusammenhänge in seiner klassischen Studie theoretisch beschrieben.[14] Auch die empirische Kommunikationswissenschaft hat mit anderen Instrumenten diese Vorgänge analysiert und herausgearbeitet, welche Merkmale entscheidend sind für den Erfolg politischer Massenkommunikation: Wesentlich ist zunächst der Anschluss an die Alltagskommunikation,[15] hilfreich sind statistische Angaben und die Häufung von Beispielen,[16] entscheidend ist schließlich die Emotionalisierung – in diesem Fall die Produktion von Zukunftsangst.[17] Diese Faktoren lassen sich leicht auch im aktuellen demographischen Diskurs erkennen. Dabei lassen sich die Teilnehmer an dieser Diskussion nicht sonderlich irritieren davon, dass es nicht nur unterschiedliche Deutungsmöglichkeiten und Prognoseoptionen angesichts der vorhandenen Datenlage gibt, sondern dass diese Daten selbst auf schwankendem Grund stehen. Dass Prognosen unsicher sein müssen, liegt in der Natur der Sache. Dass aber auch die Aussagen der Statistiker über vergangene Entwicklungen und über den Ist-Bestand der Bevölkerung keineswegs auf einfachen Zählungen, sondern auf methodisch mehr oder gesicherten Rechenmodellen beruhen, ist in der Öffentlichkeit kaum präsent. Mit großer Verblüffung wurde deshalb 2013 wahrgenommen, dass nach der Auswertung des Mikrozensus von 2011 die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik, die das Statistische Bundesamt am 31. Dezember 2012 noch auf die letzte Ziffer einer achtstelligen Zahl genau angegeben hatte, um 1,5 Mio. Einwohner nach unten korrigiert werden musste – was nicht auf dem „demographischen Wandel", sondern auf einem Rechenfehler beruhte.

Im Jahre 2011 musste eine andere, für die demographische Diskussion ebenso entscheidende Zahl korrigiert werden: In der öffentlichen Debatte hat jahrelang die Annahme eine zentrale Rolle gespielt, dass die „Fertilitätsrate" in Deutschland bei 1,4 liege und dass damit die Bundesrepublik am unteren Ende der europäischen Länder liege. Nach Neuberechnungen durch das Max-Planck-Institut

für demographische Forschung in Rostock wurde diese Zahl auf 1,6 für den Zeitraum von 2001 bis 2008 korrigiert. Auch diese Korrektur wurde nicht durch neue Zählungen oder Erhebungen veranlasst, sondern durch die Feststellung, dass den bisherigen Rechnungen ein methodischer Fehler zugrunde lag: Man hatte übersehen, dass das Gebäralter von Frauen gestiegen war.[18]

„Demographischer Wandel" wird praktisch ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Schrumpfung diskutiert. In der bevölkerungswissenschaftlichen Diskussion wurde jedoch von Anfang darauf aufmerksam gemacht, dass der „demographische Wandel" nicht nur „Schrumpfung" bedeutet, sondern auch eine Zunahme der Disparitäten in der Bevölkerungsstruktur.[19] Die aktuell absehbaren Trends des „demographischen Wandels" werden Folgen für die Gesamtarchitektur der Gesellschaft haben; sie lassen sich auf die Faustformel bringen: „Weniger, grauer, vereinzelter und bunter."[20] Die neu entstehende Gesellschaft wird einen neuen „Typus Mensch" hervorbringen, „den es in früheren Gesellschaften kaum gab."[21] Es wird eine Ausdifferenzierung der Formen des Zusammenlebens geben, bei der auch, aber nicht nur die Migration eine große Rolle spielen wird; es verstärken sich die Tendenzen zur Individualisierung, Pluralisierung, Heterogenisierung; Familien- und Haushaltsformen verändern sich, und schließlich, für die Schule besonders wichtig, ändert sich der Status und die Wahrnehmung des Kindes in der Gesellschaft.[22] Wer den demographischen Wandel gestalten will, muss deshalb weit ausgreifen in Gesundheits-, Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik; und vor allem müssen diese Handlungsfelder in ihrer Vernetzung begriffen werden.[23]

DER „DEMOGRAPHISCHE WANDEL" IN DER BILDUNGSDISKUSSION

Mit nur geringer Verspätung ist der „demographische Wandel" als ein Argumentationsmuster in der Bildungsdiskussion etabliert worden. Ganz neu ist das nicht: Bereits in den achtziger Jahren war die Hochschulplanung in der Bundesrepublik von der Vorstellung geprägt, dass ein kurzzeitiger, durch die Babyboomer verursachter

„Studentenberg“ bewältigt werden müsse und dass ab Ende der neunziger Jahre mit einem starken Absinken der Studentenzahlen gerechnet werden dürfe. Die Hochschulplanung hat sich deshalb damit begnügt, temporäre Maßnahmen zur „Untertunnelung“ des Studentenberges zu ergreifen.[24] Der weitere Verlauf der Dinge hat gezeigt, dass das eine massive Fehlplanung war. Das hätte ein deutlicher Hinweis darauf sein müssen, dass bildungsdemographische Entwicklungen sich keineswegs im Gleichklang mit allgemeinen demographischen Entwicklungen vollziehen müssen.

In der schulpolitischen Diskussion hat die erste Pisa-Studie eine gewisse Rolle beim Eindringen des demographischen Diskurses gespielt. Die Pisa-Studien befassen sich eigentlich mit der Ermittlung von Basiskompetenzen 15-jähriger Schüler. Prognosen über die Entwicklung von Schülerzahlen gehören nicht zu ihrem Kerngeschäft. Dennoch enthält die 2002 erschienene deutsche Zusatzauswertung „Pisa-E“ auch einen Abschnitt über „Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsentwicklung“. Die Kernaussage lautet, dass sich der „demographische Abschwung“ in den westlichen Bundesländern ab 2010, in den östlichen bereits früher bemerkbar machen werde. Die Prognose hat sich so nicht bestätigt, wie der Blick auf die Zahlen im Jahre 2010 zeigen kann.[25] Die These vom „Abschwung“ hat sich aber festgesetzt und ihre politischen Wirkungen entfaltet; sie hat in den Diskussionen um eine Neuordnung der Schulstruktur in einigen Bundesländern, wie sie um 2005 geführt wurden, eine erhebliche Rolle gespielt. In Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und im Saarland wurde das demographische Argument in der Diskussion über eine Schulstrukturreform genutzt, die übrigens stets zu Ungunsten der Realschule ausfiel.

Während sich die bildungspolitische Diskussion also gerne bei Argumenten aus der Demographie-Diskussion bedient, spielen in der demographiewissenschaftlichen Politikberatung Bildungsprobleme eine erstaunlich geringe Rolle. Die Enquête-Kommission, die dem Thema politisch die Bahn gebrochen hat, beschäftigt sich 2002 in ihrem Abschlussbericht „Demographischer Wandel – Herausforde-

rungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“ ausführlich mit Fragen der Migration und Integration sowie selbstredend mit der Alterssicherung und den erforderlichen Änderungen im Gesundheits- und Pflegewesen. Bildung hingegen kommt nur ganz peripher vor; die verstreuten Bemerkungen zum Thema münden in der treuherzigen „Handlungsempfehlung“: „Verbesserung von Bildung, Ausbildung; lebenslanges Lernen.“[26] Auch das „Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung“, das sehr wichtige Beiträge zu einer differenzierten Betrachtung des demographischen Wandels in der Bundesrepublik vorgelegt hat, steht dem Zusammenhang von demographischer Entwicklung und Bildungspolitik ziemlich ratlos gegenüber. 2004 hat das Institut 17 Thesen vorgestellt,[27] die in ähnlicher Form 2006 erneuert wurden.[28] Die 9. These trägt den Titel „Bildungssystem reformieren“ und fordert, nicht sonderlich inspiriert und vor allem ausgesprochen demographieunspezifisch: Senkung der Studienzeiten, Ganztagsschulen, „individuelle Förderung“, Verbesserung der Hauptschulen, und 2006 wurde noch die Forderung nach bundesweiten Bildungsstandards hinzugefügt.

Die Bildungsforschung und die demographische Forschung bewegen sich, das zeigen diese Beispiele, weitgehend in Paralleluniversen, die sich wechselseitig kaum wahrnehmen. Das ist nicht nur in Deutschland so. Dass Bildungssysteme eine sehr starke geographische Komponente haben, liegt eigentlich auf der Hand, spielt aber auch in der internationalen Forschung nur eine untergeordnete Rolle.[29]

BILDUNGSWISSENSCHAFT, DEMOGRAPHIE UND BEVÖLKERUNGSGEOGRAPHIE

Dabei bedürfte das Verhältnis von Bildungswesen und demographischer Entwicklung dringend einer Klärung. Der Blick auf die Fehlprognosen der vergangenen Jahrzehnte legt den Schluss nahe, dass der Bildungsstatistik nicht das Instrumentarium zur Verfügung steht, um den Besonderheiten ihres Zuständigkeitsbereiches gerecht

zu werden. Denn Bildungsbeteiligung und die allgemeine demographische Entwicklung verlaufen keineswegs im Gleichklang. Die Demographie ist eine weitgehend „mathematisch-statistisch orientierte Wissenschaft“,[30] die Auskunft gibt über Veränderungen in der Population und Modelle entwickelt, um diese Veränderungen zu erklären. Ihre Hauptaufgabe ist „to provide projection of the future population“.[31] Dass ein solches mathematisch-statistisch fundiertes Konzept nicht ausreichend ist, um die tatsächlichen Entwicklungen in der Bildungswirklichkeit nachzuvollziehen, geschweige denn zu prognostizieren, hat die Vergangenheit mit ihrer Kette von Fehlprognosen und daraus resultierenden Fehlplanungen eindrucksvoll gezeigt.

Die Bildungswissenschaft und Bildungsplanung wären deshalb gut beraten, wenn sie sich von ihrer allzu engen Bindung an die Demographie lösen und stattdessen die Nähe zur „Bevölkerungsgeographie“ suchen würden. Denn die „Bevölkerungsgeographie“ untersucht die „Wechselwirkungen zwischen Bevölkerung sowie Institutionen, Handlungen und Diskursen“ und ist damit den Problemlagen, die sich bei der Betrachtung von Bildungsentwicklungen stellen, wesentlich näher als eine dominierend quantitativ verfahrende Bevölkerungswissenschaft. Vor allem ist Bevölkerungsgeographie – der Name sagt es – am Raum orientiert; sie entwirft ihre Fragestellungen in Bezug auf raumzeitliche Dimensionierungen.[32] Hier müsste auch die Bildungsgeographie einen Platz erhalten, denn die wechselseitigen Bezüge zwischen Bildungsinstitutionen und ihrer Umgebung sind evident: „Education institutions are thus both geographically produced spaces and space forming.“[33]

Die neuere Bildungsdiskussion hat sich weitgehend auf die Frage nach den „sozialen Disparitäten“ konzentriert, aus der politische Handlungsimpulse generiert wurden. Dass auch geographische Disparitäten einen Einfluss auf die Bildungsbeteiligung und den Schulerfolg haben, ist dabei fast vollkommen in den Hintergrund getreten. In den sechziger Jahren hat Hansgert Peisert seine folgenreiche bevölkerungsgeographischen Untersuchungen zur „Bildungs-

dichte“ in Deutschland vorgelegt. Er verfolgte ausdrücklich das Ziel, eine „fast verschüttete Tradition“ wieder aufzunehmen: Seine Studien „rücken die *regionalen Bindungen* der Menschen in ihrem sozialen Gehalt wieder an den Platz, der ihnen gebührt.“[34] Die Zu- oder Abnahme von Schülerpopulationen, das zeigte diese frühe und bald wieder ad acta gelegte Studie, hängt von Voraussetzungen ab, die sich mit der Beschreibung großflächiger nationaler Trends in der Bevölkerungsentwicklung nicht erfassen lassen. Im Grundschulbereich reagiert die Bildungsdemographie sehr empfindlich auf regionale und lokale Binnenmigrationsbewegungen, und sie lässt sich keineswegs mit dem Blick auf Geburtenzahlen abarbeiten. Die Entwicklung der Schülerzahlen in einzelnen Schularten des Sekundarbereichs ist noch weniger an die allgemeine Entwicklung von Bevölkerungszahlen gekoppelt. Sie hängt wesentlich ab vom Schulwahlverhalten der Eltern und Schüler, und dieses wiederum ist bestimmt von allgemeinen gesellschaftlichen, politischen und mentalitätsgeschichtlichen Entwicklungen. Die erste Pisa-Studie drückt das so aus: Von entscheidender Bedeutung für das „Entscheidungsverhalten“ der Familie „sind hierbei die je nach Sozialschicht differenziellen Auswirkungen des Motivs des intergenerationellen Statuserhalts, unterschiedliche Erfolgserwartungen und die sozialschichtabhängigen Kosten-Nutzen-Relationen von Bildungsentscheidungen.“[35] Merkwürdigerweise wird in dieser Zusammenfassung internationaler Forschungsbefunde das grundlegende Motiv des sozialen Aufstiegs durch Bildung nicht berücksichtigt, das zumindest in der deutschen Bildungs- und Schulgeschichte einen maßgeblichen Einfluss auf das Bildungsverhalten hatte und hat – Schelsky hat schon vor Jahrzehnten darauf hingewiesen.[36] In diesem Sinne haben auch regionale Milieus einen maßgeblichen Einfluss auf die Lebenschancen von Individuen. Lebenslagen und Bildungschancen von Kindern werden maßgeblich durch die regionalen Besonderheiten bestimmt.[37]

Ein Blick in den „Nationalatlas“ macht diese Zusammenhänge deutlich: Das Bildungsverhalten ist regional sehr unterschiedlich; besonders die Gymnasialbeteiligung weist extreme regionale Unter-

schiede auf.[38] Das ist sicher wesentlich auf die örtliche Schulversorgung zurückzuführen. Der Zusammenhang zwischen „Schulangebot und Schulbesuchsquoten“ liegt nicht nur auf der Hand, sondern ist seit den sechziger Jahren auch empirisch belegt.[39] Dass aber die Schulversorgung allein nicht zu einer Anhebung der Bildungsbeteiligung führen muss, hat die Bildungsexpansion seit den sechziger Jahren gezeigt. Das Schulwahlverhalten und die Bildungsaspirationen orientieren sich in bestimmten, außerstädtischen Regionen offensichtlich gerne an den etablierten und als bewährt empfundenen schulischen Angeboten und bleiben reserviert gegenüber den Neuerungen. Die Folgen lassen sich an den Statistiken ablesen. „Ländliche Regionen zeigen einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Hauptschulabsolventen und einen unterdurchschnittlich großen Anteil an Abiturienten bzw. Fachhochschulzugangsberechtigten.“[40]

Das ist bis heute so geblieben. 2010 haben in Bayern 50 % der Grundschüler eine Gymnasialempfehlung erhalten; nur 40 % sind ihr gefolgt, während umgekehrt 17 % eine Realschulempfehlung erhalten haben, aber 28 % dann tatsächlich auf die Realschule übergetreten sind.[41] Die Diskrepanz zwischen Empfehlung und tatsächlicher Schullaufbahnentscheidung ist besonders stark im „ländlichen Raum“ aufgetreten – ein deutliches Signal dafür, dass bildungsgeographische Effekte nach wie vor eine große Rolle spielen. Der interessante Befund, dass ein nicht unerheblicher Teil der bayerischen Schüler den Schullaufbahnempfehlungen nicht folgt, hat bemerkenswerte bildungspolitische Reaktionen hervorgerufen. Es wurde der Vorwurf erhoben, dass die Lebensverhältnisse in Bayern „nicht verfassungsgemäß“ gestaltet seien.[42] Die Presse hat darüber berichtet unter der Überschrift „Die Kinder in Niederbayern sind sicher nicht dümmer“. Wahrscheinlich sind sie sogar schlauer. Denn es mehren sich die Stimmen, die mit guten Gründen vor einer „Überakademisierung“ der Ausbildung warnen.[43] Den Regionen wird es wahrscheinlich gut bekommen, wenn die Gymnasialquoten nicht allzu hoch sind. Denn auch wenn die OECD-Politik darauf hinausläuft, immer mehr immer höhere Bildungsabschlüsse zu produzie-

ren, sind die konkreten Folgen dieser Politik für die einzelne Region durchaus zwiespältig. „Mehr Gymnasiasten" müssen nicht unbedingt einen Gewinn für eine ländliche Region bedeuten. Die Migrationsforschung hat die naheliegende Beobachtung gemacht, dass Räume mit wenig attraktiven Billdungsangeboten negative Wanderungsbilanzen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufweisen, während hingegen Universitätsstädte Wanderungsgewinne aufweisen.[44] Gymnasial ausgebildete junge Leute verlassen also ihre Herkunftsregion, um ihr erworbenes Bildungskapital einzulösen. Gymnasiasten, das liegt in der Logik ihrer Bildungslaufbahnentscheidung, studieren und schließen sich vielleicht jenem internationalen Bildungsnomadentum an, das im Zuge der Bolognaisierung der höheren Bildung und der Globalisierung der Wirtschaft immer stärker anwächst.[45] Ob sie je zurückkommen in die Herkunftsregion, ist fraglich; Untersuchungen darüber scheint es nicht zu geben. Einen wirklichen Gewinn an kulturellem, intellektuellem, sozialem und ökonomischem Kapital bedeuten sie deshalb für die Region, in der sie ihre gymnasiale Ausbildung erhalten haben, nicht unbedingt. Solide ausgebildete Mittel- und Realschüler hingegen bleiben der Region in der Regel erhalten und tragen zur Stärkung vor allem der mittelständischen Wirtschaft bei – das jedenfalls wären naheliegende bildungsgeographische Hypothesen, die für die Bildungspolitik erhebliche Bedeutung haben.

HANDLUNGSFELDER DER BILDUNGSPOLITIK

Der „demographische Wandel" in seinen verschiedenen Facetten erzeugt bildungspolitischen und bildungsadministrativen Handlungsbedarf. Während die Bildungswissenschaft sich gerade anschickt, unter dem Druck internationaler Bildungsvergleichsstudien und OECD-induzierter Bildungsvorgaben die räumliche Bindung von Bildungs-, Erziehungs- und Sozialisationsprozessen zu ignorieren und sie zunehmend mehr als global einheitliche – und zu vereinheitlichende – Prozesse zu definieren, vollzieht sich die tatsächliche Entwicklung des Bildungswesens regional, kleinräumig und weit

unterhalb der Bildschirme des Bildungsmonitorings. Deshalb wäre die erste Lektion, welche die Bildungspolitik lernen muss, die Einsicht, dass sich die Zukunftsfähigkeit eines Bildungssystems weniger an seinem „globalen Erfolg" als an seiner „lokalen Angemessenheit" entscheidet.[46]

Untätigkeit

Die schwierigste Herausforderung für einen Bildungspolitiker angesichts der medial inszenierten demographischen Katastrophenstimmung ist zweifellos die Aufforderung zur Untätigkeit. Das wäre aber der Rat, den man zumindest der bayerischen Bildungspolitik geben kann. „Untätigkeit" bedeutet in diesem Fall, auf spektakuläre Maßnahmen wie Schulstrukturänderungen zu verzichten und sich stattdessen auf ein minimalistisches Handeln zu beschränken, das nur dort eingreift, wo es nötig ist. Es ist sicher richtig, dass eine Politik, die ihre Planungen jahrzehntelang ausschließlich auf Wachstum eingestellt hatte, nun auch das Schrumpfen als eine Option in ihr Kalkül aufnehmen muss.[47] Die Konzentration auf die Schrumpfungsplanung kann aber langfristig fatale infrastrukturelle Konsequenzen haben: Wenn etwa die Verkehrsinfrastruktur auf eine sinkende Bevölkerungszahl eingestellt wurde oder wenn Schulen geschlossen wurden, kann das nicht ohne weiteres rückgängig gemacht werden, sollten die Entwicklungen dann doch anders verlaufen, als die demographischen Prognosen es vorausgesagt haben – und damit muss man nach den bisherigen Erfahrungen immer rechnen.[48]

In vielen Fällen wird auch in der Bildungsplanung antizyklisches Handeln notwendig sein; nicht auf jeden Rückgang der Schülerzahl muss mit einer Schulschließung reagiert werden. Denn Schulen dienen nicht nur der Bildungsversorgung, sie haben auch einen enorm wichtigen Infrastruktureffekt. Schulpolitik muss in Hinblick auf den demographischen Wandel mit Landwirtschafts-, Verkehrs-, Sozial- und Steuerpolitik zu einem Gesamtkonzept zusammengefasst werden. Unter solchen integrativen, ressortübergreifenden Gesichts-

punkten stellt sich im Einzelfall die Rentabilität von örtlichen Schulstandorten anders dar als bei einer Kalkulation, die für jeden einzelnen Schulstandort eine Kosten-Nutzen-Rechnung aufstellt. Umgekehrt ist aber klar, dass die Bildungsinfrastruktur nicht unbedingt und immer die Priorität haben wird. Auch wenn es in der politischen Diskussion üblich geworden ist, Bildungsfragen absoluten Vorrang zuzuweisen, ist „Bildung" nur ein Bereich der öffentlichen Versorgung; sie konkurriert mit „Gesundheit, Sozialem, Energie, Verkehr, Wasser und Umwelt".[49]

Bildungsstatistik

Eine wesentliche und zurzeit noch stark unterschätzte Aufgabe wird es sein, ein bildungsstatistisches Instrumentarium zu entwickeln, mit dem demographische Entwicklungen und ihre Folgeerscheinungen erfasst und prognostiziert werden können. Die OECD-Staaten investieren sehr viel Geld, um Informationen zu sammeln, die niemand braucht. Wer wissen will, wie groß der „Anteil der Jugendlichen mit naturwissenschaftsbezogener Berufserwartung (in Prozent)" in Korea ist, kann das mit einem Blick einer internationalen Bildungsvergleichsstudie entnehmen. Der Kommunalpolitiker aber, der wissen will, mit welchen Schülerwanderungsbewegungen im Landkreis Tirschenreuth innerhalb der nächsten Dekade zu rechnen ist, wird von der Bildungsstatistik im Stich gelassen. In der Bildungsberichterstattung stehen Bevölkerungsentwicklung und Arbeitslosenzahlen, Gemeindesteueraufkommen und Schüler mit Migrationshintergrund und viele andere Informationen gerne in einem bunten Neben- und Durcheinander von Zahlen und Diagrammen aller Art, die mit gelegentlichen Hinweisen auf die „Herausforderungen" des demographischen Wandels dramatisiert werden.[50] Worin aber diese Herausforderungen bestehen und welche Handlungsoptionen sich für die Politik ergeben, bleibt hingegen ungesagt.

Es wird eine wesentliche Aufgabe der Bildungspolitik auch in Bayern sein, die Bildungsberichterstattung den neuen Problemlagen anzupassen. Unter den Bedingungen des demographischen Wan-

dels gewinnt die Region als Planungsebene entscheidende Bedeutung,[51] und das stellt die Bildungsstatistik vor die Herausforderung, neue Modelle zu entwickeln. Wenn die Informationen der Bildungsberichterstattung wirklich als „Steuerungsmittel genutzt werden" sollen,[52] müssen sie wesentlich kleinräumiger erhoben und ausgewertet werden, und sie müssen ein eigenständiges Raster von bildungsspezifischen Indikatoren entwickeln. Hierzu gibt es noch wenige Ansätze. Gerhard Bender konstatiert in den Kommunen „einen großen Bedarf an kleinräumigen demographischen Daten",[53] und er hat bedenkenswerte Vorschläge gemacht, wie ein System aussehen kann, das diesem Bedarf gerecht wird. Er bündelt mehrere „Beobachtungsfelder" zu einem „Indikatorenkatalog". Dazu gehören die Entwicklung der Einwohnerzahl, Geburten und Familiengründung, Altersstruktur und Lebenserwartung, Zuwanderung und Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen, die zum guten Teil aus vorhandenen Datenquellen bezogen werden können.[54] Im Bildungsbereich müsste man Indikatoren zum Bildungswahlverhalten, zur Bildungsmigration und zur Wahrnehmung von regionalen und lokalen Bildungs- und Weiterbildungsangeboten sowie zu weiteren bildungsrelevanten Aspekten der demographischen Entwicklung hinzufügen.

Bildungsversorgung

Dass es in bestimmten Regionen, vor allem in Ostdeutschland, einen dauerhaften Bevölkerungsrückgang geben wird, „periphere Räume" mit überdurchschnittlicher Alterung und Abwanderung,[55] darf man ohne allzu großes Risiko prognostizieren. Ob das auch für Bayern ein wirkliches Problem sein wird, kann man bezweifeln; jedenfalls wird es sich nicht so gravierend darstellen wie in einigen Regionen Brandenburgs oder Mecklenburg-Vorpommerns. Im Kern wird sich die Bildungspolitik oder besser noch die Bildungsadministration darauf konzentrieren müssen, die regional jeweils passenden Bildungsangebote bereitzustellen und weiterzuentwickeln. Das ist ein Befund, der trivialer klingt, als er ist.

In der aktuellen Bildungsdiskussion hat sich die Frage nach dem demographischen Wandel zur Debatte um die Schließung von Schulstandorten verdichtet. Das hat eine gewisse Logik, denn wenn man „demographischen Wandel" mit „Schrumpfung" gleichsetzt, dann folgt daraus auch ein geringerer Bedarf an Schulangeboten. Nun zeigt aber auch schon die oberflächlichste Betrachtung der demographischen Entwicklung, dass der generelle Rückgang der deutschen Bevölkerung, mit dem in den nächsten Jahrzehnten nach allen Prognosen zu rechnen ist, nicht flächendeckend und linear erfolgen wird. Das gilt auch für das Hauptsorgenkind der demographischen Fürsorgemaßnahmen, den „ländlichen Raum". Auch der ländliche Raum ist demographisch heterogen;[56] und auch hier zeigt sich ein „Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung",[57] das sich „wie ein roter Faden" durch alle Prognosen zieht.[58]

Die bayerische Staatsregierung hat im Jahre 2011 einen Kabinettsausschuss „zur Bewältigung des demographischen Wandels in den Regionen" eingesetzt. Dieser Ausschuss legte im Jahr darauf einen Maßnahmenplan mit dem etwas martialischen Titel „Aufbruch Bayern. Aktionsplan demographischer Wandel" vor. Hier werden auch bildungspolitische Maßnahmen beschrieben, die als Reaktion auf den demographischen Wandel erforderlich werden könnten. Die hier umrissenen Vorschläge für den Bildungsbereich bieten ein plausibles Rahmenprogramm für die Gestaltung der weiteren Entwicklung. Im schulischen Bereich werden sich die Hauptprobleme bei den Grundschulen, den Mittelschulen und der – in der allgemeinen Diskussion immer noch viel zu wenig beachteten – beruflichen Bildung stellen. Der Aktionsplan schlägt ein Bündel kleinteiliger, flexibler und standortbezogener Maßnahmen vor:[59] Änderung von administrativen und fiskalischen Rahmenvorgaben, Kooperationsmodelle sowohl im allgemeinbildenden wie im berufsschulischen Bereich sowie beim Ausbau der Mittelschulen sind erste Schritte zur Anpassung der Schulangebote an den Bedarf.

Als flexible Lösung bieten sich bei demographischen Problemen im ländlichen Raum die Weiterführung von Schulen als Filialstand-

orte und Qualitätssteigerungen der verbliebenen Schulen an, um deren Attraktivität zu steigern, falls sich nämlich mangelnde Attraktivität einer einzelnen Schule als Grund für Schülerabwanderung herausstellen sollte. Zur Steigerung der Bildungsattraktivität einer ländlichen Region gehören aber auch die Qualität des Berufsschulangebots und nicht zuletzt einfach die Verbesserung der Erreichbarkeit für entferntere Schulstandorte. Schließlich kann man daran denken, die – pädagogisch nicht ganz unumstrittenen – jahrgangsübergreifenden Klassen[60] und den Blockunterricht einzuführen, was den entfernten Lehrereinsatz erleichtert, oder E-Learning-Komponenten verstärkt zu implementieren.[61]

Neben der Schul- steht die Hochschulpolitik, die ebenfalls ihren Platz in dem „Aktionsplan" gefunden hat. Wahrscheinlich liegt hier das wichtigere Handlungsfeld. Exzellenzbereiche, die Ansiedlung von außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die Vernetzung von Hochschulen und Wirtschaftsunternehmen zu „wirtschaftlich technologischen Kristallisationspunkten" in strukturschwachen Regionen sind ein erfolgversprechender Weg, der teilweise auch schon, wie im Landkreis Deggendorf, eingeschlagen wurde.[62]

Strukturwandel der Bevölkerung

Langfristig viel gravierender als die kleinteiligen Anpassungen des Bildungsangebots in den Regionen werden die mittelfristigen und wenig spektakulär sich vollziehenden Strukturveränderungen sein, welche das deutsche Bildungssystem insgesamt erwarten darf. Die Diskussion über die Stabilität der Altersversorgungssysteme hat sich aus vielen Gründen, von denen intellektuelle Bequemlichkeit nicht der geringste ist, auf die Frage nach dem Renteneintrittsalter zugespitzt. Davon wird das Bildungssystem nicht berührt. Berührt wird es aber von der Frage, die Hondrich nicht ohne polemischen Zungenschlag, aber in der Sache sehr berechtigt, gestellt hat: „Nicht genug junge Leute konnten vom Arbeitsleben abgehalten und in die Universitäten gelenkt werden, wo sie dann gar nicht lange genug ihrem Erst-, Zweit- und Drittstudium frönen konnten. Das alles zum Null-

tarif ... unter Anrechnung der Studienzeiten auf ihre später zu erwartenden Renten- und Pensionsbezüge, so als ob sie nicht umsonst studiert, sondern während der Studienzeit ein Berufseinkommen erzielt und davon Beiträge in die Rentenkassen gezahlt hätten."[63]

Der Befund ist nicht verkehrt. Der Bericht „Schule und Bildung in Bayern" stellt fest: „Weit mehr als ein Drittel der 22-Jährigen und über ein Viertel der 24-Jährigen besuchen eine Schule oder eine Hochschule."[64] Das wird man sich auf Dauer nicht mehr leisten können. Aber umgekehrt ist absehbar, dass das schon längst zur Floskel gewordene Konzept des Lebenslangen Lernens in demographischen Zusammenhängen eine neue Bedeutung erlangen wird.[65] In „älter werdenden Gesellschaften ist ein wesentliches Ziel der Bildungspolitik die Erhöhung der Bildungsbeteiligung in allen Lebensphasen".[66]

Das wird dazu führen, dass die alten Strukturen des Bildungswesens sich langsam verändern. Sie werden wahrscheinlich sehr viel stärker auf regionale Bedürfnisse ausgerichtet sein und weit über die Bildungsangebote von Schule und Hochschule hinausgreifen. Die Tendenzen sind schon jetzt erkennbar: Versäulungen werden zu Vernetzungen; aus einzelnen Bildungsangeboten werden Bildungslandschaften; die Übergänge zwischen den Schularten des allgemeinbildenden, aber auch des beruflichen Schulwesens werden immer weiter erleichtert und am Ende auch strukturell fließend. Einen interessanten Ansatz dazu bietet die Bertelsmann Stiftung – deren Beiträge zur Bildungspolitik ansonsten nicht immer hilfreich sind – mit ihrem „Deutschen Lernatlas". Auch wenn er seine öffentliche Aufmerksamkeit wieder dem unseligen Ranking-Konzept verdankt – diesmal sind es die 413 Landkreise, die verglichen werden –, so ist der grundlegende bildungsgeographische Gedanke methodisch ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.[67] Die „vergleichende Betrachtung der regionalen Lernbedingungen" greift weit über die traditionellen und institutionalisierten Bildungsangebote hinaus; die „ganzheitliche Sichtweise" nimmt „sämtliche Lebensphasen, Lernformen und Lernorte in den Blick".[68]

Das ist ein Denkansatz, der nicht nur die Bildungsstatistik, sondern auch die Bildungspolitik künftig wird leiten müssen, wenn sie der Herausforderung gerecht werden will, die positiven Folgen des demographischen Wandels zu verstärken und die negativen abzuschwächen.

||| **PROF. PETER J. BRENNER**
Technische Universität München,
Munich Center for Technology in Society,
Carl-von-Linde-Akademie

ANMERKUNGEN

1 Bryant, Thomas: Alterungsangst und Todesgefahr – der deutsche Demografiediskurs (1911-2011), in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11/2001, S. 40-46, hier S. 44.

2 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Presseexemplar, Wiesbaden 2003, S. 31.

3 Beck-Gernsheim, Elisabeth: Die Kinderfrage heute, München 2006, S. 12.

4 Bryant: Alterungsangst, S. 46.

5 Bosbach, Gerd: Demographische Entwicklung – nicht dramatisieren!, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 55/2004, S. 96-103, hier S. 103.

6 Bryant: Alterungsangst, S. 45.

7 Hondrich, Karl Otto: Weniger sind mehr. Warum der Geburtenrückgang ein Glücksfall für unsere Gesellschaft ist, Frankfurt a. M. / New York 2007, S. 41-69.

8 Bosbach: Demographische Entwicklung; Bosbach, Gerd: Bevölkerungsentwicklung, in: Schwarzbuch Deutschland. Das Handbuch der vermissten Informationen, hrsg. von Gabriele Gillen und Walter van Rossum, Reinbek 2009, S. 116-12, hier S. 125.

9 Vgl. Rinke, Andreas / Schwägerl, Christian: Die 100-Millionen-Chance, in: Cicero, Magazin für politische Kultur, Juni 2013, S. 18-28, hier S. 20. Dieses „Cicero"-Titelthema ist einer der ganz wenigen Medienbeiträge, der die publizistische Chance genutzt hat, eine Gegenposition zum demographiepolitischen Mainstream einzunehmen, die aufgrund der Faktenlage mindestens genauso gut begründbar ist.

[10] Bussemer, Thymian: Die erregte Republik. Wutbürger und die Macht der Medien, Stuttgart 2011, S. 39 f.

[11] Münch, Richard: Dynamik der Kommunikationsgesellschaft, Frankfurt a. M. 1995, S. 118.

[12] Kepplinger, Hans Mathias: Wirkung der Massenmedien, in: Fischer-Lexikon Publizistik, Massenkommunikation, hrsg. von Elisabeth Noelle-Neumann, Winfried Schulz und Jürgen Wilke, Frankfurt a. M. 2009, S. 651-713, hier S. 658 f.

[13] Luhmann, Niklas: Die Realität der Massenmedien, Opladen, 2., erw. Aufl., 1996, S. 75, 143.

[14] Vgl. Luhmann: Realität der Massenmedien, S. 57-71; vgl. Münch: Dynamik der Kommunikationsgesellschaft, S. 112-129.

[15] Vgl. Luhmann: Realität der Massenmedien, S. 67.

[16] Kepplinger: Wirkung der Massenmedien, S. 676.

[17] Ebd.

[18] Die überraschende Entdeckung des Rostocker Instituts hätte man übrigens auch schon vorher machen können: Bereits 2004 hat Tomáš Sobotka in seiner Dissertation auf genau diesen methodischen Fehler der Fertilitätsstatistiken in Deutschland und anderen europäischen Ländern aufmerksam gemacht; vgl. Sobotka, Tomáš: Postponement of childbearing and low fertility in Europe, Amsterdam 2004, S. 161-163.

[19] Swiaczny, Frank / Graze, Philip / Schlömer, Claus: Spatial impacts of demographic change in Germany. Urban population processes reconsidered, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 2/2008, S. 181-205, hier S. 186.

[20] Vgl. Gans, Paul: Bevölkerung. Entwicklung und Demographie unserer Gesellschaft, Darmstadt 2011, S. 89.

[21] Hondrich: Weniger sind mehr, S. 14.

[22] Vgl. Gans: Bevölkerung, S. 48-51; auf diesen letzten, in seiner Bedeutung für die Bildungsdiskussion kaum zu überschätzenden Effekt hat Rainer Dollase in seinem Beitrag „Psychosoziale Folgen des demographischen Wandels“ in diesem Bd. verwiesen.

[23] Mayer, Tilman: Demografiepolitik – verwalten oder gestalten?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11/2001, S. 11-18, hier S. 14.

[24] Vgl. Wolter, Andrä: Noch lange nicht über den Berg – Hochschulbildung im Zeichen des demographischen Wandels, in: HIS Magazin 1/2007, S. 1-5, hier S. 3.

[25] Brenner, Peter J.: Grundzüge der Schulreform in Nordrhein-Westfalen. Eine Denkschrift, Düsseldorf 2007, S. 57.

[26] Schlussbericht der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik". Deutscher Bundestag. 14. Wahlperiode, Drucksache 14/8800, 28.3.2002, S. 82.

[27] Vgl. Kröhnert, Steffen / van Olst, Nienke / Klingholz, Reiner: Deutschland 2020. Die demografische Zukunft der Nation, Berlin [2004].

[28] Vgl. Dies.: Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? München, 3. Aufl., 2007, S. 27.

[29] Vgl. Lewis, Nicolas: Education, in: International encyclopedia of human geography, Bd. 3, hrsg. von Rob Kitchin und Nigel Thrift, Amsterdam 2009, S. 389-395.

[30] Wehrhahn, Rainer / Sandner LeGall, Verena: Bevölkerungsgeographie, Darmstadt 2011, S. 6.

[31] Vgl. Rees: Demography, in: International encyclopedia of human geography, Bd. 3, hrsg. von Rob Kitchin und Nigel Thrift, Amsterdam 2009, S. 75-90, hier S. 81; Rees gibt auch einen Überblick über die mathematisch-quantifizierenden Methoden der Demographie.

[32] Wehrhahn / LeGall: Bevölkerungsgeographie, S. 3 f.

[33] Lewis: Education, S. 392.

[34] Peisert, Hansgert: Soziale Lage und Bildungschancen in Deutschland, München 1967, S. 8.

[35] Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.): PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, Opladen 2001, S. 354.

[36] Schelsky, Helmut: Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Darstellung und Deutung einer empirisch-soziologischen Tatbestandsaufnahme, Stuttgart 1955, S. 191.

[37] Bertram, Hans / Hennig, Marina: Das katholische Arbeitermädchen vom Lande: Milieus und Lebensführung in regionaler Perspektive, in: Kinder in Deutschland. Lebensverhältnisse von Kindern im Regionalvergleich, hrsg. von Bernhard Nauck und Hans Bertram. Opladen 1995, S. 267-293, hier S. 269 f.; vgl. auch Diehm, Isabell / Radtke, Frank-Olaf: Erziehung und Migration. Eine Einführung, Stuttgart 1999, S. 190.

[38] Fickermann, Detlef / Schulzeck, Ursula / Weishaupt, Horst: Unterschiede im Schulbesuch, in: Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Institut für Länderkunde, Bd. 6: Bildung und Kultur, Heidelberg / Berlin 2002, S. 40-43, hier S. 41.

[39] Dies.: Schule als Standortfaktor, in: Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland, S. 26-29, hier S. 26.

[40] Bertram / Hennig: Arbeitermädchen, S. 282.

[41] Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus (Hrsg.): Bildungsbericht Bayern 2012, München 2012, S. 114.

[42] Vgl. Baier, Tina: „Die Kinder in Niederbayern sind sicher nicht dümmer", in: Süddeutsche Zeitung, 7.9.2012, S. 33, http://www.sueddeutsche.de/bildung/bildungschancen-in-bayern-die-kinder-in-niederbayern-sind-sicher-nicht-duemmer-1.1461772, Stand: 11.11.13.

[43] Wallerang, Lars: „Die Akademisierung breiter Schichten ist unsinnig", in: VDI-Nachrichten, 4.1.2013, S. 1; Nida-Rümelin, Julian: „Wir sollten den Akademisierungswahn stoppen", in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 1.9.2013. Nida-Rümelins Feststellung ist von besonderem Gewicht, weil er nicht nur Münchener Philosophieprofessor, sondern auch exponierter Bildungs- und Kulturpolitiker ist. Er war 1998-2001 Kulturreferent der Stadt München, 2001-2002 Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien. Seit 2010 leitet er die Grundwertekommission der SPD, ist Mitglied im Bundesvorstand dieser Partei und gehörte dem Beraterkreis des bayerischen Ministerpräsidentenkandidaten Christian Ude für den Themenbereich Kultur und Wissenschaft an.

[44] Vgl. Bähr, Jürgen: Bevölkerungsgeographie. Verteilung und Dynamik der Bevölkerung in globaler, nationaler und regionaler Sicht, Stuttgart, 5., völlig neu bearb. Aufl., 2010, S. 305 f.

[45] Vgl. Bilecen, Basak: Lost in Status? Temporary, Permanent, Potential, Highly Skilled: The International Student Mobility, in: COMCAD Working Paper 63, Bielefeld 2009, S. 5-7.

[46] Münch, Richard: Globale Eliten, lokale Autoritäten. Bildung und Wissenschaft unter dem Regime von Pisa, McKinsey & Co., Frankfurt a. M. 2009, S. 87.

[47] Vgl. Gatzweiler, Peter / Kocks, Martina: Demographischer Wandel. Modellvorhaben der Raumordnung als Handlungsfeld des Bundes, in: Raumforschung und Raumordnung 62/2004, S. 133-148, hier S. 137 f.

[48] Rinke / Schwägerl: Die 100-Millionen-Chance, S. 23.

[49] Kocks, Martina: Konsequenzen des demographischen Wandels für die Infrastruktur im ländlichen Raum, in: Geographische Rundschau 2/2007, S. 24-31, hier S. 24.

[50] Bildungsbericht Bayern 2012, S. 19.

[51] Kocks: Konsequenzen des demographischen Wandels, S. 30; Gans: Bevölkerung, S. 113.

[52] Bildungsbericht Bayern 2012, S. VI.

[53] Bender, Gerhard: Konzept eines kleinräumigen Indikatoren- und Prognosesystems zur Beobachtung des demographischen Wandels. Das Beispiel der Hansestadt Lübeck, Kiel 2009, S. 10.

[54] Vgl. ebd., S. 204-209.

[55] Kocks: Konsequenzen des demographischen Wandels, S. 26.

[56] Ebd., S. 24.

[57] Gatzweiler / Kocks: Demographischer Wandel, S. 135.

[58] Bender: Konzept eines kleinräumigen Indikatoren- und Prognosesystems, S. 1.

[59] Bayerische Staatsregierung (Hrsg.): Aufbruch Bayern. Aktionsplan Demographischer Wandel, München 2012, S. 24-30; vgl. auch Kocks: Konsequenzen des demographischen Wandels, S. 28.

[60] In Ostthüringen hat man kleine Schulen mit weniger als einer Klasse pro Jahrgang aufrechterhalten und ist bei einer Evaluation zu dem Ergebnis gekommen, dass solche Lösungen weder wirtschaftlich noch pädagogisch zu schlechteren Erträgen führen; vgl. Gatzweiler / Kocks: Demographischer Wandel, S. 144.

[61] Winkel, Rainer: Der demographische Wandel, heimatliche Region als Zukunftsperspektiven für die Jugend im ländlichen Raum – Bildungsangebot und Lebensraum, in: Politische Studien 410/2006, S. 54-66, hier S. 59-62.

[62] Bayerische Staatsregierung: Aufbruch Bayern, S. 22-24.

[63] Hondrich: Weniger sind mehr, S. 89.

[64] Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus (Hrsg.): Schule und Bildung in Bayern 2012. Zahlen und Fakten, München 2012, S. 24.

[65] Schwentker, Björn / Vaupel, James W.: Eine neue Kultur des Wandels, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11/2001, S. 3-10, hier S. 9.

[66] Gans: Bevölkerung, S. 53.

[67] Allerdings nicht der erste: Auch der „Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland“ hat mit seinem Bd. 6: „Bildung und Kultur“ bereits 2002 ähnliche Analysen vorgelegt, die aber im Pisa-Trubel untergegangen sind.

[68] www.deutscher-lernatlas.de, Nutzerleitfaden (nur online), http://www.deutscher-lernatlas.de/fileadmin/user_upload/Home/Publikationen/Lernatlas_Nutzerleitfaden17.11.11.pdf, Stand: 11.11.13.

DER DEMOGRAPHISCHE WANDEL AUS DER PERSPEKTIVE DES BILDUNGSWESENS IN ÖSTERREICH

GERHARD RIEGLER ||| Der demographische Wandel hat auch nicht vor den Grenzen Österreichs und den Toren seiner Schulen Halt gemacht. Mit diesem Beitrag werde ich einige Einblicke in die Gegebenheiten Österreichs geben und das seit Jahrzehnten in starker Bewegung sich befindliche demographische Gefüge der österreichischen Gesellschaft aufzeigen.

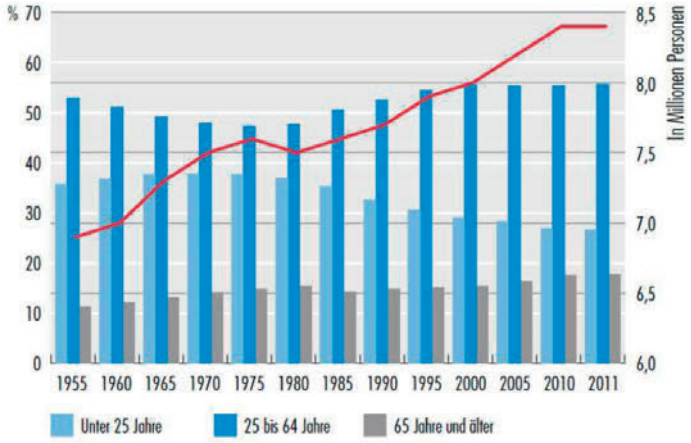
EINFÜHRUNG

Österreichs Bevölkerung befindet sich im Wachsen, die Anzahl der in Österreich Lebenden steigt seit 30 Jahren kontinuierlich. Dieses Wachstum ist aber nicht auf eine hohe Fertilität meiner Landsleute zurückzuführen. Ganz im Gegenteil: „Die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau ging von 2,8 Kindern im Jahr 1961 auf 1,4 Kinder im Jahr 2011 zurück."[1]

Das Bevölkerungswachstum ist in erster Linie auf ein zügiges Ansteigen der Lebenserwartung einerseits und einen massiven Zuzug von Migrantinnen und Migranten andererseits zurückzuführen – mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben.

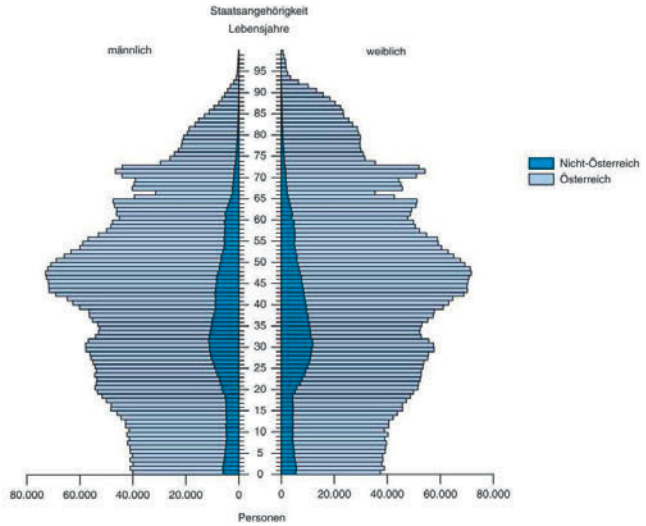
Es nimmt in Österreich nicht nur der Anteil der Menschen, die ihren 25. Geburtstag noch nicht gefeiert haben, rapide ab – innerhalb der letzten 30 Jahre von etwa 37 % auf etwa 27 %. Es leben auch in absoluten Zahlen gemessen deutlich weniger junge Menschen in unserem Land, als wir es noch vor 20 Jahren gewohnt waren (Abb. 1).

Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung Österreichs, 1955-2011[2]



Q: STATISTIK AUSTRIA, 1955 bis 2001: Bevölkerungsfortschreibung. Ab 2002: Statistik des Bevölkerungsstandes, Jahresdurchschnitt.

Abbildung 2:
Bevölkerung Österreichs am 1.1.2012 nach Staatsangehörigkeit[3]



Was Abbildung 2 mit ihrer Verjüngung nach unten hin vermittelt, sei anhand eines Beispiels konkretisiert: Im schulpflichtigen Alter, bei uns das Alter zwischen 6 und 15, lebten in Österreich zur Jahrtausendwende 949.000 Menschen. Elf Jahre später (2011) waren es nur mehr 849.000[4], exakt 100.000 weniger. Die Anzahl der Schulpflichtigen ist seit der Jahrtausendwende um mehr als ein Zehntel zurückgegangen.

In intensiver Farbe hervorgehoben ist in dieser Grafik übrigens der Anteil der Menschen, die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, ein schmaler Anteil im Vergleich zu dem der Menschen, die Migrationshintergrund aufweisen. Darauf wird noch später eingegangen.

Mit Abstand am stärksten traf der Schülerschwund die Volksschule – so nennen wir in Österreich die Schule der 6- bis 10-Jährigen. Die Anzahl ihrer Schülerinnen und Schüler ist seit der Jahrtausendwende um 17 % zurückgegangen.[5]

Im Bereich der 10- bis 15-Jährigen war der Schülerrückgang nicht einmal halb so groß. Dies nicht deshalb, weil der Geburtenrückgang die Sekundarstufe I noch nicht in vollem Umfang erfasst hat, sondern weil Österreich einen nennenswerten Zuzug junger Menschen aus dem Ausland verzeichnet. Diese jungen Menschen erreichen unser Land erst irgendwann im Lauf ihrer Schulpflicht – mit allen Konsequenzen für deren Bildungserfolg und das schulische Geschehen rund um sie.

Der extreme Rückgang bei den 6- bis 10-Jährigen hat zu keinem massenweisen Schulsterben geführt. Österreichs Politik ist dem Prinzip der wohnortnahen Pflichtschule treu geblieben:

- Die verbliebenen 328.000 6- bis 10-Jährigen verteilen sich auf über 3.100 Schulen,
- im Mittel zählt eine österreichische Volksschule also nur knapp über 100 Schülerinnen und Schüler, die in fünf bis sechs Klassen unterrichtet werden,
- die durchschnittliche Volksschulklasse wird von 18 Schülerinnen und Schülern besucht.

Seit der Jahrtausendwende sind nur knapp 8 % der Volksschulen geschlossen worden. Die durchschnittliche Klassengröße hat sich um 2 Schüler von 20 auf 18 reduziert. So wurde den demographischen Gegebenheiten im Bereich der Primarstufe Rechnung getragen. Die Nahtstelle im Alter von 10 bringt in Österreich ebenso wie in den meisten Ländern Deutschlands die erste Differenzierung.

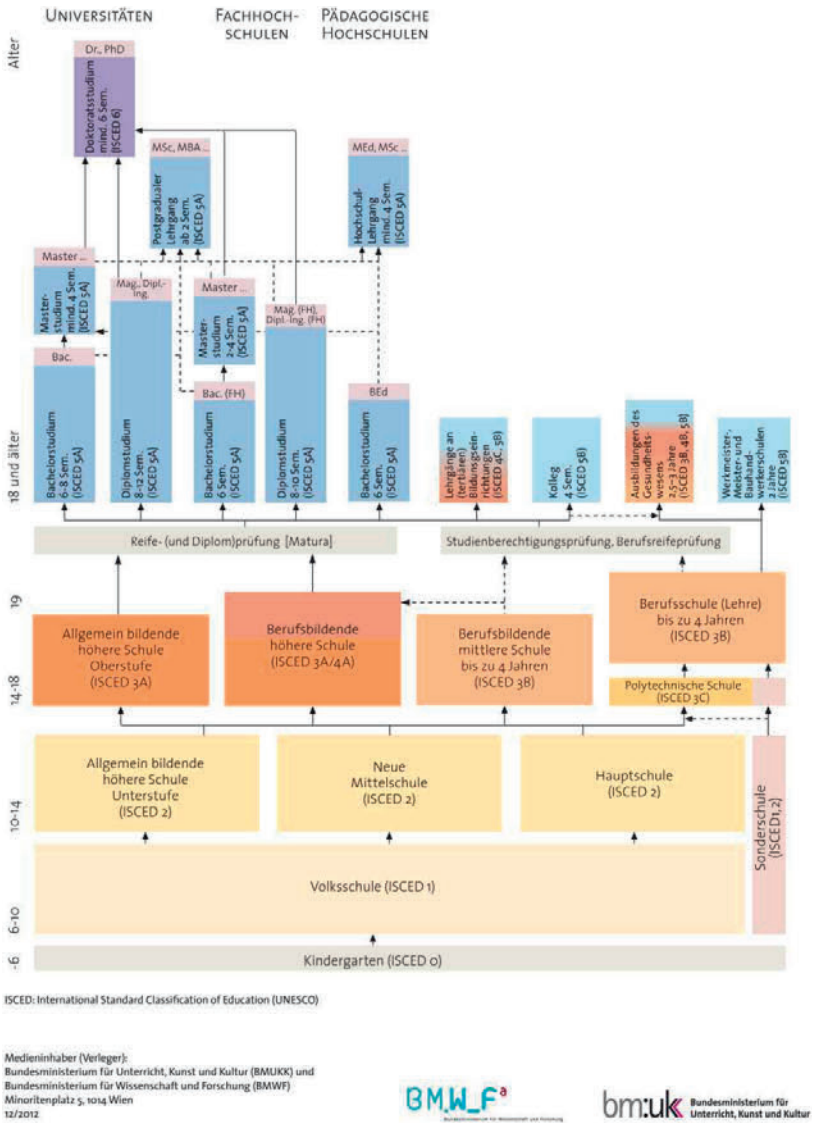
EIN BLICK AUF DIE STRUKTUR DES ÖSTERREICHISCHEN SCHULWESENS

Die 10-Jährigen verteilen sich in Österreich – anders als es Abbildung 3 suggeriert – abgesehen von Sonderschulen für junge Menschen mit besonderen Handicaps nur aus formalen Gründen vorübergehend auf drei Ströme.

Zur Erklärung: Als Ergebnis massiver politischer Versuche, das differenzierte Schulwesen im Bereich der Sekundarstufe durch ein Einheitsschulwesen zu ersetzen, wurde in den letzten Jahren eine neue Schulart namens „Neue Mittelschule“ geschaffen. Die Gymnasien werden aber vom Gesetz nicht dazu gezwungen, zu „Neuen Mittelschulen“ zu werden. De facto werden somit die Hauptschulen in einem mehrjährigen Prozess in „Neue Mittelschulen“ umgewandelt, die Gymnasien, die in Österreich „allgemeinbildende höhere Schulen“, kurz „AHS“, heißen, bleiben erhalten. Die Neuen Mittelschulen und die Hauptschulen können also als eine Einheit betrachtet werden.

Ein zentrales Novum ist es, dass in Hauptschulen nach ihrer Mutation zur Neuen Mittelschule in wöchentlich 6 Unterrichtsstunden 2 Lehrkräfte im Teamteaching unterrichten. Der Zweitlehrer sollte eigentlich ein Gymnasiallehrer sein, was in den wenigsten Klassen der Fall ist. Für dieses Zweitlehrerprinzip entsteht pro Schüler der Neuen Mittelschule ein finanzieller Mehraufwand von 1.000 Euro pro Schuljahr – in Summe über 300.000 Euro pro Jahr.

Abbildung 3: Österreichisches Bildungssystem[6]



ISCED: International Standard Classification of Education (UNESCO)

Medieninhaber (Verleger):
Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) und
Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMWF)
Minoritenplatz 5, 1014 Wien
12/2012

Zurück zur Nahtstelle mit 10 Jahren: Beim Übertritt in die Sekundarstufe I wechseln derzeit bundesweit 33 % in ein Gymnasium, 3 % in die Sonderschule und die mit Abstand größte Gruppe von 64 % in Hauptschulen bzw. Neue Mittelschulen.[7] Die Hauptschule wurde und wird also in Österreich ihrem bisherigen Namen gerecht. Sie ist die Haupt-Schule, die von nahezu zwei Dritteln der 10- bis 14-Jährigen besucht wird. Neben ihr gibt es das Gymnasium, in dem ein Drittel des Jahrgangs unterrichtet wird. Politik und vom Unterrichtsministerium mit Inseraten verwöhnte Medien wollten Stimmung gegen das differenzierte Schulwesen machen, indem sie die Hauptschule als „Restschule" diffamierten. Ich überlasse es dem Leser zu beurteilen, ob die Bezeichnung „Restschule" für die Schulart, in der zwei Drittel der Jugendlichen unterrichtet werden, zutrifft.

Die im Lauf des letzten Jahrzehnts rapide schlanker werdenden Jahrgänge haben zu einer nur geringen Veränderung der Schülerströme geführt: Die Unterstufe der AHS hat ihren Anteil seit der Jahrtausendwende von 30 % auf 33 % erhöht. Diese Verschiebung ist in erster Linie in den allerletzten Jahren erfolgt, weil die gebetsmühlenartige Wiederholung der These, Österreich brauche Einheitsschulen statt Hauptschulen und Gymnasien, das Vertrauen der Bevölkerung in die Hauptschule (jetzt „Neue Mittelschule") erschüttert hat. Die „Neue Mittelschule", die das Ende der AHS-Langform hätte bringen sollen, wäre es nach dem Willen der österreichischen Unterrichtsministerin gegangen, hat die AHS-Langform nicht liquidieren können, sondern zu einer Verunsicherung der Eltern und damit zu einem erhöhten Drang in Richtung AHS geführt.

Der gymnasiale Anteil – im Bundesschnitt ein Drittel des Jahrgangs – weist jedoch zwischen den neun Bundesländern Österreichs erhebliche Schwankungen auf. Insbesondere gibt es eklatante Unterschiede zwischen dem städtischen Ballungsraum und ländlichen Regionen. In der Bundeshauptstadt Wien wechselt die Hälfte der 10-Jährigen in die AHS, während dies im westlichsten Bundesland Österreichs Vorarlberg nicht einmal für jeden vierten 10-Jährigen zutrifft.

In Summe ist die Schülerzahl im Bereich der Sek I seit der Jahrtausendwende um etwa 11 % von 384.000 auf 343.000 zurückgegangen. Durch das relative Anwachsen der AHS hat dieser Schülerrückgang ausschließlich die Hauptschulen mit umso größerer Wucht getroffen: Sie haben fast jeden fünften Schüler verloren, während in der AHS-Unterstufe derzeit sogar etwa 2.000 Schüler mehr unterrichtet werden, als dies um die Jahrtausendwende der Fall war. Fast 20 % weniger Schüler und Schülerinnen haben aber – ebenso wie bei den Volksschulen – auch bei den Hauptschulen zu keinen massenweisen Schulschließungen geführt. Auch für die Hauptschulen gilt in Österreich das ungeschriebene „Gesetz der wohnortnahen Schule", das infolge der Topographie Österreichs zu vielen Klein- und Kleinstschulen führt: Hauptschulen zählen im Mittel nur zehn Klassen, hunderte Hauptschulen sind deutlich kleiner und haben einen Lehrkörper mit weniger als zwanzig Lehrkräften.

Der Schülerrückgang in den Hauptschulen von fast einem Fünftel binnen eines Jahrzehnts wurde weitestgehend durch eine deutliche Verkleinerung der Klassen abgefangen. Die Anzahl der Klassen ist im selben Zeitraum um nicht einmal 5 % reduziert worden. Über 40 % der Hauptschulklassen zählen weniger als 20 Schülerinnen und Schüler. In der AHS-Unterstufe ist dies nur in jeder fünfzigsten Klasse der Fall.[8]

Klarerweise sind diese kleinen Klassen in Kombination mit dem Zweitlehrer in sechs Stunden pro Woche mit erheblichen Zusatzkosten verbunden: Ein Schüler der Hauptschule bzw. NMS kommt den Steuerzahler inzwischen um über 25 % teurer als ein AHS-Unterstufenschüler.[9] Diese Mehrkosten betreffen – im Bewusstsein, dass der Begriff „Hauptschule" in Deutschland anders besetzt ist – zwei Drittel aller 10- bis 14-Jährigen.

EIN BLICK AUF DIE NAHTSTELLE IM ALTER VON 14 JAHREN UND DARÜBER HINAUS

In der Sekundarstufe II werden Österreichs Jugend vier Schularten angeboten (siehe Abb. 3), die in sich wiederum in verschiedene Schulformen aufgefächert sind. Zwei der vier Stränge, die AHS-Oberstufe und die mit 14 Jahren beginnenden „berufsbildenden höheren Schulen", kurz „BHS", führen zum Abitur, in Österreich „Reifeprüfung" genannt, und erteilen eine allgemeine Hochschulberechtigung.

Österreichs Sekundarstufe II ist geprägt durch eine im internationalen Vergleich schmale gymnasiale Schiene. Der gymnasiale Schüleranteil auf der neunten Schulstufe, also unmittelbar nach der Nahtstelle mit 14 Jahren, ist seit der Jahrtausendwende von etwa 22 % auf etwa 27 % angewachsen. Der Anteil der berufsbildenden höheren Schulen, die in fünf Jahren wie gesagt ebenfalls zur allgemeinen Hochschulberechtigung führen, ist bei etwa 33 % konstant geblieben. Dazu anzumerken ist, dass sich der Anteil der BHS-Schülerinnen und -Schüler im Lauf der Sekundarstufe II sehr schnell reduziert, weil nicht wenige ihrer Schüler schon nach dem ersten Jahr auf berufsbildende mittlere Schulen oder Berufsschulen wechseln.[10]

Der Sektor der berufsbildenden mittleren Schulen ist seit der Jahrtausendwende wie der der AHS um etwa 3 Prozentpunkte angewachsen. Dieses Mehr an Schülerinnen und Schülern an den mittleren und höheren Schulen ging zu Lasten der Berufsschulen als schulischer Teil der dualen Bildung, dieses so wichtigen Bausteins im österreichischen wie deutschen Schulwesen, um den wir angesichts der in vielen EU-Staaten explodierenden Jugendarbeitslosenzahlen immer mehr beneidet werden.

So wie die Hauptschule durch die Gesamtschulpropaganda unter Druck kam, steht in Österreich die duale Bildung unter dem Druck und in der Kritik derer, die der OECD folgend eine möglichst hohe Maturantenquote und darauf aufbauend eine möglichst hohe Anzahl von Akademikerinnen und Akademikern als Weg in die Zukunft sehen.

Wenn politisch Verantwortliche und wirtschaftsnahe Organisationen die „Matura für alle“ predigen und sich gleichzeitig über mangelnde Quantität und Qualität der Lehranfänger beklagen, wird die Sache meines Erachtens bemerkenswert, um nicht „skurril“ zu sagen. In absoluten Zahlen konnte die Berufsschule ihren Stellenwert seit der Jahrtausendwende halten, ja sogar minimal erhöhen, was aber nicht zuletzt auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass es in Österreich einen Trend von der 3-jährigen zur 4-jährigen dualen Ausbildung gibt.

Außerdem ist die gesamte Schülerschaft der Sekundarstufe II im letzten Jahrzehnt deutlich angewachsen – als Folge

- der massiven Zuwanderung und daraus resultierender starker Jahrgänge,
- nur mehr sehr weniger junger Menschen, die ihre Schullaufbahn mit der Erfüllung der Schulpflicht beenden und
- eines deutlichen Trends hin zu längeren Bildungswegen.

Wie sich die Verteilung der Schülerströme in den nächsten Jahren entwickeln wird, in denen sich deutlich schlankere Jahrgänge der Nahtstelle mit 14 nähern, bleibt abzuwarten und wird sicher auch ein heißes schul- und bildungspolitisches Thema in Österreich sein.

Österreich weist mit derzeit 40 % eine im internationalen Vergleich noch sehr niedrige Maturantenquote auf.[11] Die Quote der Studierenden des tertiären Bildungswesens liegt übrigens – auf den ersten Blick einigermaßen überraschend – viel höher. Hier liegt Österreich sogar über dem EU-Mittelwert.[12] Zurückzuführen ist dies auf die Attraktivität, die Österreichs Universitäten aus verschiedenen Gründen auf junge Menschen vieler anderer Staaten ausüben. 32 % der Studierenden haben ihre Matura nicht in Österreich erworben. „Insgesamt machen ausländische Studierende 35,1 % der Studienanfängerinnen und -anfänger 2011/12 aus.“[13]

SCHLUSSBETRACHTUNG

Bisher hat die demographische Entwicklung in Österreichs Schulwesen von außen betrachtet relativ geringfügige Verschiebungen und Verwerfungen mit sich gebracht. Demographisch bedingte Umbrüche wurden durch eine in den letzten Jahren relativ großzügige Budgetpolitik, was das Bildungswesen anbelangt, abgefangen.

Der Blick ins Klassenzimmer zeigt aber dramatische Veränderungen. Der extrem starke Zuzug, insbesondere aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei, und die Tatsache, dass Österreichs Politik die für ein Einwanderungsland unverzichtbare Integrationspolitik – nicht nur schulpolitisch – sträflich vernachlässigt hat und sie erst in den allerletzten Jahren als Aufgabe realisiert und beim Namen nennt, stellt Österreichs Lehrkräfte vor extreme Aufgaben, die mit den gebotenen Mitteln kaum erfolgreich zu bewältigen sind:

- Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Unterrichtssprache nicht als Umgangssprache sprechen, ist über alle Schularten und Schulstufen hinweg gerechnet auf über 19 % gestiegen,[14]
- in der Volksschule beträgt dieser Anteil österreichweit gerechnet bereits 25 %,[15]
- in Wiens Volksschulen sprechen nicht einmal mehr 50 % der Schülerinnen und Schüler Deutsch als Umgangssprache.[16]

Mit dieser gesellschaftspolitisch brandheißen Thematik habe ich mich im Jahr 2011 in einer fünfteiligen Artikelserie auseinandergesetzt, die auf der Website der ÖPU (www.oepu.at) eingestellt ist.

||| **MAG. GERHARD RIEGLER**
Vorsitzender der Österreichischen Professoren-Union (ÖPU)

ANMERKUNGEN

1 Statistik Austria: Bildung in Zahlen 2011/12, Wien 2013, S. 10.
2 Ebd., S. 11.
3 Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch Österreich, Wien 2013, S. 60.
4 Statistik Austria: Bildung in Zahlen 2011/12, S. 10.
5 Statistik Austria: „Seit der Jahrtausendwende ist die Anzahl der Volksschülerinnen und -schüler von fast 394.000 im Jahr 2000 auf 328.000 im Jahr 2011 zurückgegangen", Bildung in Zahlen 2011/12, S. 24.
6 Österreichisches Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, http://www.bmukk.gv.at/medienpool/19002/bildungssystem_grafik.pdf, Stand: 25.7.2013.
7 Statistik Austria: Bildung in Zahlen 2011/12, S. 27.
8 Bruneforth, Michael / Lassnigg, Lorenz (Hrsg.): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2012, Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung BIFIE, Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, Wien 2013, Bd. 1, S. 52.
9 Ebd., S. 41.
10 Statistik Austria: Bildung in Zahlen 2011/12, S. 29.
11 Ebd., S. 40.
12 Ebd., S. 35.
13 Ebd., S. 56.
14 Ebd., S. 10.
15 Ebd., S. 25.
16 Bruneforth / Lassnigg: Nationaler Bildungsbericht Österreich 2012, Bd. 1, S. 36.

DIE REFORMDEBATTE IN DER NICHTAKADEMISCHEN BERUFSAUSBILDUNG

Auf der Suche nach den Tugenden in der Not

VERENA EBERHARD / JOACHIM GERD ULRICH ||| Der chronische Geburtenrückgang erschwert die betriebliche Rekrutierung des Fachkräftenachwuchses. „Stille Reserven" bilden benachteiligte Jugendliche, die bislang ohne Ausbildungsabschluss blieben. Gegenwärtig entfacht sich eine Debatte, wie ihnen der Ausbildungszugang geebnet werden kann. Eine Einigung fällt nicht leicht, zumal in die Steuerung der dualen Berufsausbildung viele Akteure mit zum Teil stark divergierenden Interessen eingebunden sind.

DEUTSCHLAND IN DER DEMOGRAPHISCHEN FALLE

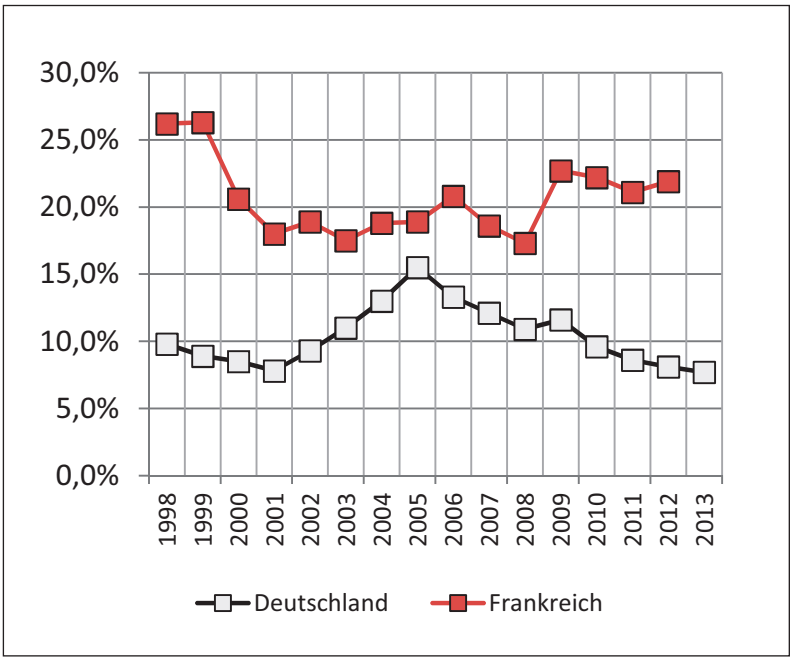
2012 sparte der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy im Wahlkampf nicht mit Lob für sein östliches Nachbarland: Er könne sich, so der damalige Bericht bei FAZ-Online, für „so ziemlich alles begeistern, was Deutschland in den vergangenen Jahren vollbracht hat". Dazu zählte er u. a. Arbeitsmarktreformen, Lehrstellenprogramme sowie flexible Arbeitszeitmodelle. Eine explizite Ausnahme machte er jedoch: Sie betrifft die negative demographische Entwicklung in Deutschland.[1] Ähnlich argumentierte der französische Demographieforscher Emmanuel Todd. Er lobte in einem SPIEGEL-Interview zwar die „handwerklichen und industriellen Fähigkeiten"

Deutschlands, in denen Deutschland Frankreich bei weitem übertreffe, bezeichnete aber Deutschlands Geburtenrate als schlichtweg „katastrophal".[2] Der Oppositionsführer der französischen Linken, Jean-Luc Mélenchon, bestritt deshalb in einem Interview mit der deutschen Tageszeitung Die Welt vehement die Vorbildrolle Deutschlands für die Reform der französischen Wirtschaft und Gesellschaft: „Es ist ... nicht zutreffend, dass die deutsche Lage so rosig wäre. Die Geburtenrate ist außerordentlich niedrig. Wenn man keine Kinder mehr zeugt oder sich nicht imstande fühlt, sie zu zeugen, dann sind das Alarmsignale."[3]

Es ist auffallend, dass die demographische Entwicklung Deutschlands im Nachbarland intensiver diskutiert wird als hier. Aus französischer Sicht handelt es sich bei der eher verhaltenen Diskussion hierzulande um Verdrängung. Dementsprechend polemisch resümierte der Politologe Henri Ménudier im September 2013 den deutschen Wahlkampf auf den Internetseiten des Radio-Senders WDR: „Die Deutschen glauben, es gehe ihnen gut." Französische Beobachter wunderten sich dagegen, so Ménudier weiter, „dass die Folgen der schwachen Geburtenrate und des demographischen Wandels so wenig thematisiert wurden".[4]

Kurze Zeit zuvor hatte der französische Präsident François Hollande in einem Fernsehinterview die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich auf die hohe Geburtenzahl in seinem Land zurückgeführt.[5] In Frankreich beträgt die Geburtenziffer gegenwärtig 2,03 Kinder je Frau, in Deutschland nur noch 1,36 Kinder. Zwar hat Frankreich mit rd. 65 Mio. Einwohnern zurzeit noch eine deutlich geringere Bevölkerungszahl als Deutschland mit rund 80,5 Mio. Doch werden in Frankreich Jahr für Jahr viel mehr Kinder geboren (2011: rd. 830.000) als hier (rd. 662.000). Dementsprechend gibt es in Frankreich in Relation zur Zahl der aktuellen Erwerbstätigen deutlich mehr Kinder und Heranwachsende als in Deutschland, und dies führt nach Ansicht des französischen Präsidenten dazu, dass die Integration der nachwachsenden Generation in das Beschäftigungssystem deutlich schwerer falle.

Abbildung 1: Entwicklung der Jugendarbeitslosenquote (15-24 Jahre) von 1998 bis 2013 in Deutschland und Frankreich (gemessen jeweils im 2. Quartal; Frankreich 1998-2002: 1. Quartal)[6]

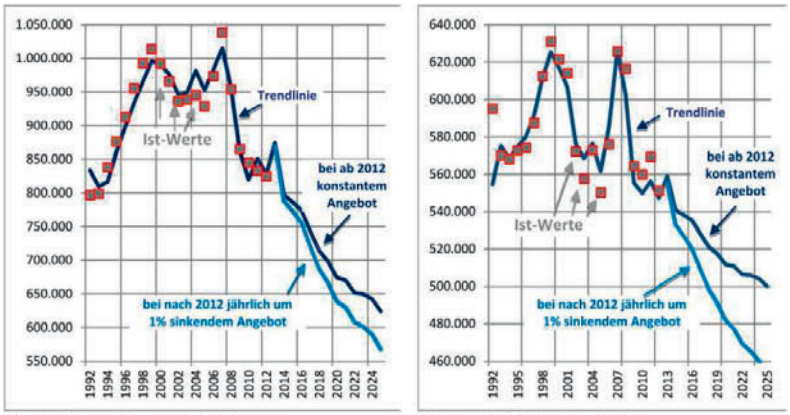


Das Argument Hollandes ist insofern korrekt, als der Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland vor allem demographische Gründe hat. Mitte der Zweitausendnuller-Jahre wurden hier noch mehr als 700.000 nichtstudienberechtigte Schulabgänger registriert. Sie bilden die Hauptklientel der nichtakademischen Berufsausbildung. Damals blieben sehr viele Jugendliche bei ihrer Lehrstellensuche erfolglos, und die Jugendarbeitslosigkeit lag mit 15,5 % kaum niedriger als in Frankreich mit 18,9 % (siehe Abb. 1). Bis 2012 brach die Zahl der nichtstudienberechtigten Schulabgänger in Deutschland jedoch auf nur noch 540.000 ein, und die Versorgungslage mit

Ausbildungsplätzen verbesserte sich ebenso, wie die Jugendarbeitslosigkeit sank – obwohl das Ausbildungsplatzangebot im dualen Berufsausbildungssystem ungeachtet einiger stärkerer Schwankungen weitgehend stagnierte.

Auch wenn der Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit begrüßenswert ist, stellt sich die Frage, ob es sich hierbei nicht um einen Pyrrhussieg handelt. Denn bei einer Geburtenziffer von nur 1,36 halbiert sich der Geburtenbestand in nur zwei Generationen. Aus dem Geburtsjahrgang 2009, der ab 2025 die allgemeinbildenden Schulen verlassen wird, kann bei *unverändertem* Bildungsverhalten das bisherige Niveau an Lehrverträgen keinesfalls mehr gehalten werden. Fällt die Nachfrage der Betriebe nach Auszubildenden künftig ähnlich hoch wie heute aus (2012 rd. 560.000), lässt sie sich bereits in einigen Jahren zu weiten Teilen nicht mehr decken (siehe Abb. 2).

Abbildung 2: Zahl der ausbildungsinteressierten Personen und der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge: Rückblick der Entwicklung von 1992 bis 2012 und Vorausschätzungen für die Jahre 2013 bis 2025[7]



a) ausbildungsinteressierte Personen

b) neue Ausbildungsverträge

Erschwerend kommt hinzu, dass Deutschland überaltert und in naher Zukunft eine große Zahl von Verrentungen zu verkraften hat. Die geburtenstarken Jahrgänge scheiden aus dem Erwerbsleben aus. Nach den BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen stehen den 8,4 Mio. Erwerbstätigen mit abgeschlossener Berufsausbildung, die zwischen 2010 und 2025 die Verrentungs- bzw. Pensionsgrenze erreichen, nur knapp 5,5 Mio. Neueintritte gegenüber. Das Negativsaldo umfasst demnach -2,9 Millionen.[8]

ANSATZPUNKTE ZUR LINDERUNG DES NACHWUCHSMANGELS

Der Mangel an Fachkräftenachwuchs lässt sich im Kern wohl nicht mehr verhindern. Gegenwärtig wird somit nur noch nach Maßnahmen gesucht, ihn zu lindern. Dabei stehen drei Ansatzpunkte im Mittelpunkt.

Zunächst wirbt die Wirtschaft darum, mehr Abiturienten für eine nichtakademische Berufsausbildung zu gewinnen – ungeachtet der OECD-Forderung nach einer Erhöhung des Akademikeranteils in Deutschland. Denn der Trend zur Höherqualifizierung lässt selbst noch für 2025 eine Abiturientenzahl erwarten (247.200), die höher liegt als zwanzig Jahre zuvor (2005: 225.200) – im Gegensatz zur Entwicklung bei den nichtstudienberechtigten Schulabgängern (2005: 703.400 und 2025: 442.400). Dabei wird auch an die gezielte Anwerbung von Studienabbrechern gedacht, und auch der Ausbau dualer Studiengänge soll vorangetrieben werden, die berufliche und akademische Bildung miteinander verbinden.

Darüber hinaus soll der Bestand der zur Verfügung stehenden Fachkräfte durch ein rascheres Einmünden der Nichtstudienberechtigten nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule in die Berufsausbildung erhöht werden. Das Potenzial hierzu ist relativ groß, wenn man bedenkt, dass das Eintrittsalter in die duale Berufsausbildung hierzulande auf über 19 Jahre angewachsen ist, während es in Österreich bei nur 16 Jahren liegt. Gelänge es, das Eintrittsalter um ein Jahr zu senken, stünden rund 300.000 bis 400.000 Fach-

kräfte mehr zur Verfügung. Hierzu müssten jedoch die Einmündungsquoten nichtstudienberechtigter Schulabgänger in teilqualifizierende Bildungsangebote weiter gesenkt werden. Zwar verringerten sich die jährlichen Einmündungszahlen in das so genannte „Übergangssystem" im Zuge der Besserung auf dem Ausbildungsmarkt gegenüber 2005 bereits um rd. 30 %. Doch zeigte sich im Zuge von Projektionen zur weiteren Entwicklung bis 2025, dass die teilqualifizierenden Bildungsgänge des „Übergangssystems" auch eine genuine, von der Höhe des vollqualifizierenden Ausbildungsplatzangebots unabhängige Nachfrage besitzen.[9] Denn ein Teil der nichtstudienberechtigten Abgänger und Absolventen aus den allgemeinbildenden Schulen strebt danach, in diesem Segment zunächst einen höheren Schulabschluss zu erwerben, um die Chancen auf eine „höherwertigere" Berufsausbildung zu verbessern. Diese Strategie ist, so zeigen Ergebnisse der BIBB-Übergangsstudie 2011, aus Sicht der Jugendlichen durchaus zweckmäßig.[10]

Vor allem aber geht es darum, jene Personen in das duale Ausbildungssystem zu integrieren, die bislang ohne Berufsabschluss blieben. Zu dieser „stille Reserve" gehörten im Jahr 2010 immerhin 15 % der Personen im Alter von 20 bis 34 Jahren.[11] Hierzu zählen insbesondere schulisch leistungsschwächere und sozial benachteiligte Jugendliche, aber auch marktbenachteiligte Ausbildungsstellenbewerber. Das Potenzial dieser Gruppe ist groß; allein für den Zeitraum zwischen 2010 und 2025 wird mit über 1,5 Mio. Personen gerechnet, die ohne Ausbildungsabschluss in ihr Erwerbsleben starten. Gelänge es, diese Zahl zu halbieren, gäbe es bis 2025 knapp 770.000 qualifizierte Fachkräfte mehr. Die Hürden zur Integration dieser jungen Menschen in die duale Berufsausbildung sind jedoch nicht so leicht zu überwinden.

Da sich in einem Betrieb sehr viele „Welten" vereinigen – der Schweizer Soziologe Christian Imdorf spricht von der „industriellen Welt", der „häuslichen Welt" und der „Welt des Marktes"[12] – muss ein Bewerber aus Sicht der Personalverantwortlichen nicht nur über ausreichende schulische Basiskenntnisse, sondern auch über Arbeits-

und Sozialtugenden (z. B. Zuverlässigkeit, Einsatzbereitschaft, Kommunikations-, Kritikfähigkeit) sowie bei Kundenkontakt bisweilen auch über ein normiertes Äußeres verfügen. Dass Jugendliche keinen Zugang zu diesen Welten finden, hängt dennoch nur zum Teil an mangelnder Eignung. Vielmehr trägt auch die institutionelle Ordnung der dualen Berufsausbildung dazu bei. Wie ist das zu verstehen?

DER INSTITUTIONELLE RAHMEN DES ZUGANGS IN BERUFSAUSBILDUNG

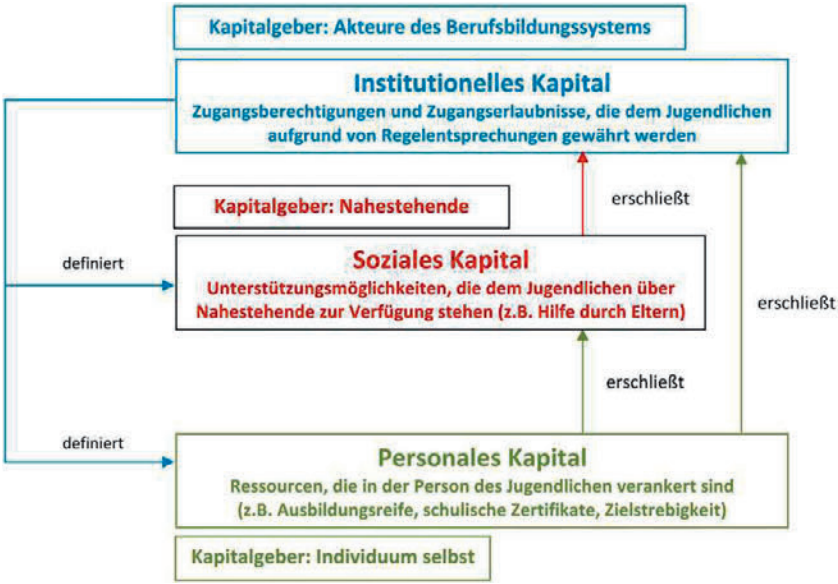
Im Gegensatz zum Hochschulzugang, der regelförmig erfolgt, wird der Zugang zum dualen Berufsausbildungssystem fast vollständig über einen Markt organisiert, der in seinen Logiken stark dem Arbeitsmarkt ähnelt. Betriebe (Praxen und Verwaltungen sind hier eingeschlossen), welche Interesse daran haben, Fachkräftenachwuchs auszubilden, suchen aus einem Kreis von Bewerbern nach den für sie passenden Auszubildenden. Die Betriebe entscheiden somit über Umfang und Art der angebotenen Ausbildungsplätze (Beruf) ebenso wie über die Eignungskriterien, Auswahlkriterien und Auswahlinstrumente, die sie bei der Rekrutierung nutzen wollen. Damit ist vorrangig der Bedarf der Betriebe maßgeblich für die Zahl der angebotenen Plätze und nicht der Ausbildungswunsch der Jugendlichen.

Das in Abbildung 3 dargestellte Modell zum Übergang in die Ausbildung veranschaulicht die Logik des Übergangsgeschehens aus einer ressourcentheoretischen Perspektive: Über welche Ressourcen (Soziologen sprechen auch in Anlehnung an den Pierre Bourdieu von „Kapitalien“) muss ein Jugendlicher verfügen, um sich einen Zugang in Berufsausbildung zu verschaffen? Unterschieden werden drei Kapitalformen:

- das *personale Kapital*, welches aus den individuellen Ressourcen der Jugendlichen hervorgeht (z. B. Schulabschlüsse, soziale Kompetenzen),

- das *soziale Kapital*, das aus den Netzwerkressourcen der Jugendlichen resultiert (z. B. emotionale Unterstützung durch Eltern), sowie das
- *institutionelle Kapital*, das von denjenigen Akteuren bereitgestellt wird, die über die konkreten Zugangsregeln vor Ort bestimmen (Betriebe, im Falle von außerbetrieblicher Berufsausbildung auch Arbeitsverwaltungen) bzw. auf übergeordneten Ebenen (im Rahmen des staatlich-korporatistischen Steuerungsverbundes) die allgemeine Zugangsordnung festlegen.[13]

Abbildung 3:
Der institutionelle Rahmen des Zugangs in Berufsausbildung[14]



Dem *institutionellen Kapital* kommt eine Sonderstellung zu. Es wird demjenigen gewährt, der eine Zugangsberechtigung erhält. Die Bereitstellungslogiken des institutionellen Kapitals definieren zugleich jene sozialen und personalen Ressourcen, über die Jugendliche verfügen müssen, um sich einen Zugang in die duale Berufsausbildung zu verschaffen. Folgen Betriebe im Rahmen ihrer Einstellungspolitik zum Beispiel der Regel, Mitarbeiterkinder zu bevorzugen, besitzen diejenigen Jugendlichen wertvolles *soziales Kapital*, deren Eltern in dieser Firma arbeiten. Legen die Betriebe auf gute Umgangsformen wert, verfügen jene Jugendlichen über das entsprechende *personale Kapital*, die in ihren Elternhäusern diese Umgangsformen eingeübt haben und beherrschen.

Da die Betriebe in der Festlegung der Auswahlkriterien frei sind, variieren die Zugangsregeln in die Berufsausbildung beträchtlich. Sie variieren aber auch dann, wenn sich die Akteure im Rahmen der staatlich-korporatistischen Steuerungsverbünde – auf der obersten Ebene Bund, Länder, Arbeitgeber, Gewerkschaften im Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung; Bundesregierung, Wirtschaftsverbände, Bundesagentur für Arbeit, Kultusministerkonferenz im Rahmen des Ausbildungspaktes – auf institutionelle Veränderungen einigen. Die Einführung einer betrieblichen Einstiegsqualifizierung als neue Form praxisorientierter Ausbildungsvorbereitung ist hierfür ein jüngeres Beispiel.

Ob und zu welchen Veränderungen es kommt, hängt dabei nicht nur von den Bedürfnissen der Jugendlichen ab, sondern vor allem von den Interessen der „institutionellen Kapitalgeber", also jener Akteure, die an der Durchführung und Steuerung der dualen Berufsausbildung beteiligt sind. Diese Interessen sind weder über die verschiedenen Akteure noch über die Zeit hinweg identisch. Dies wird deutlich, wenn wir uns im Folgenden mit den Fragen beschäftigen, was getan werden könnte, um den Zugang der Jugendlichen in Berufsausbildung zu verbessern, und wie die verschiedenen Akteure auf die unterschiedlichen Reformvorschläge reagieren.

WELCHE REFORMEN SIND ERFORDERLICH?

Reformvorschläge: Versuch einer Systematik

Inzwischen liegen viele Reformvorschläge auf den Tisch, wie der Ausbildungszugang derjenigen Jugendlichen verbessert werden könnte, die unter den bisherigen Rahmenbedingungen ohne Berufsabschluss bleiben. Sie sind so zahlreich, dass es sich lohnt, sie zu systematisieren und in drei Gruppen zu unterteilen:[15]

- Eine erste, recht radikale Gruppe von Vorschlägen zielt darauf, den marktförmigen Zugang in Berufsausbildung (Soziologen sprechen von Marktinklusion) zu relativieren und die Entscheidungsautonomie der Betriebe bei der Bewerberauswahl einzuschränken. Damit sollen Zugangsbarrieren für benachteiligte Jugendliche durchbrochen werden (z. B. durch Quotenvorgaben zugunsten von Jugendlichen mit Migrationshintergrund).
- Eine zweite Gruppe von Vorschlägen verfolgt das Ziel, die Entscheidungsautonomie der Betriebe nicht anzutasten, doch neben dem marktförmigen Zugang verstärkt regelförmige Inklusionsmechanismen zu etablieren (Soziologen beziehen den Inklusionsbegriff nicht nur auf Menschen mit Behinderungen). So soll z. B. durch die Bereitstellung zusätzlicher außerbetrieblicher Berufsausbildungsplätze eine Ausbildungsgarantie für „ausbildungsreife" Jugendliche ermöglicht werden, und durch die Etablierung modularer Ausbildungsangebote (unter Beibehaltung des Berufsprinzips) soll ein niedrigschwelliges Einstiegsangebot für nicht ausbildungsreife Jugendliche geschaffen werden.
- Im dritten Teil der Reformvorschläge geht es darum, die bisherigen Zugangsmechanismen weitgehend unberührt zu lassen. Durch eine Steigerung des Ausbildungsnutzens für die Betriebe sollen dennoch mehr Jugendliche in Berufsausbildung gebracht werden. Beispiele hierfür sind verstärkte Bildungsanstrengungen in den allgemeinbildenden Schulen, um die Eintrittsqualifikation der Ausbildungsanfänger (und damit deren Produktivität) zu steigern, oder institutionalisierte Assistenzen von Auszubildenden, um deren Lernerfolg und zugleich die subjektive Wahr-

scheinlichkeit für die Betriebe zu steigern, dass es zu keinem Ausbildungsabbruch kommt und Investitionen in Berufsausbildung mit keinem übermäßigen Risiko behaftet sind.

Ergebnisse einer Befragung von rund 500 Berufsbildungsfachleuten im Rahmen des BIBB-Expertenmonitors 2010 zeigen nun, dass sich die breite Zustimmung der Fachleute im Wesentlichen auf Reformvorschläge der dritten Gruppe beschränkt, also auf solche Maßnahmen, die weder die Entscheidungsautonomie der Betriebe noch die vorherrschende Stellung eines marktgesteuerten Zugangs in die Ausbildung antasten. Dagegen besteht keine Einigkeit dahingehend, ob und / oder welche Reformen umgesetzt werden sollten, die die gegenwärtige Zugangsordnung modifizieren. Das Ausmaß der Zustimmung und Ablehnung zu solchen Vorschlägen hängt stark von der Organisationszugehörigkeit der Fachleute ab (u. a. Betriebe, Schulen, Kammern, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Forschung, staatliche Verwaltung).[16]

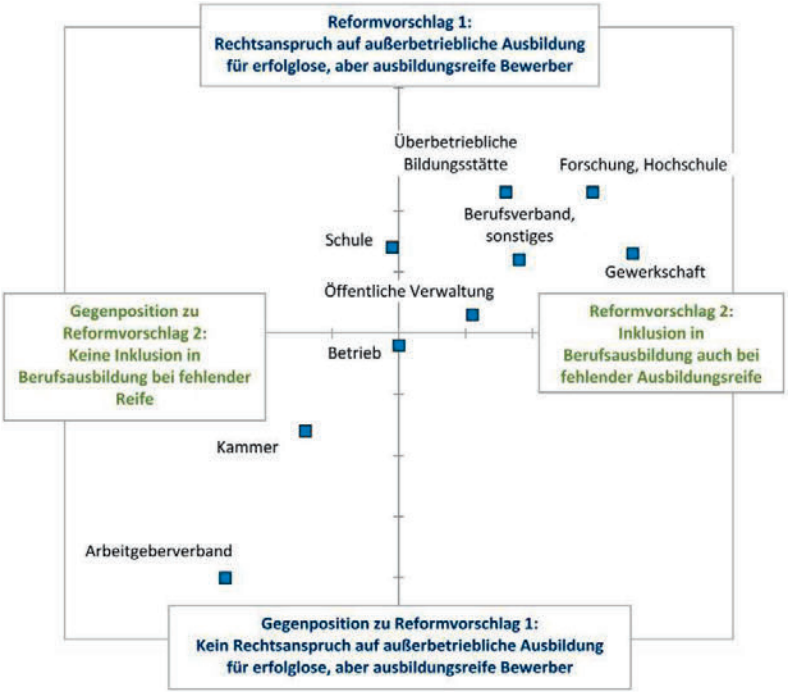
Organisationale Interessen bestimmen Reformgedanken

Diesen Aspekt wollen wir im Folgenden ein wenig vertiefen. Anhand von zwei Beispielen aus dem Katalog der Reformvorschläge wollen wir aufzeigen, wie stark die Ansichten der Akteure bisweilen von ihrer organisationalen Herkunft geprägt werden.

- Der erste Reformvorschlag beinhaltet den Rechtsanspruch auf Ausbildung und damit die Erweiterung des marktgeregelten Zugangs. Demnach sollen ausbildungsreife Jugendliche eine außerbetriebliche Ausbildungsstelle erhalten, falls sie keine betriebliche Ausbildungsstelle finden konnten.
- Der zweite Vorschlag geht einen Schritt weiter und fordert selbst für nicht ausbildungsreife Jugendliche den unmittelbaren Übergang in vollqualifizierende Ausbildung nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule. Defizite der Jugendlichen, so der Ansatz, sollten durch längere Ausbildungszeiten oder eine bessere personelle Betreuung aufgefangen werden.

In Abbildung 4 ist die kombinierte Positionierung der Befragten zu den beiden Reformvorschlägen in Abhängigkeit ihrer Organisationszugehörigkeit dargestellt. Demnach äußern sich insbesondere Kammer- und Arbeitgebervertreter (tendenziell auch die Vertreter von Betrieben) kritisch gegenüber beiden Vorschlägen. Relativ positiv werden die Vorschläge dagegen von den Experten aus Forschung und Hochschulen sowie von den Fachleuten aus Gewerkschaften aufgenommen.

Abbildung 4: Reaktionen auf zwei Reformvorschläge: Ergebnisse des BIBB-Expertenmonitors[17]



Die Positionen der Wirtschaft sind nicht überraschend. Denn beide Vorschläge schwächen die vorherrschende Stellung eines

marktgeregelten Zugangs in Ausbildung und schränken womöglich auch die Entscheidungsautonomie der Betriebe ein. Um ihren Selbstverwaltungsanspruch zu bewahren, müssen sich die Vertreter der Wirtschaft von solchen Ansätzen distanzieren.

Wie hier am Beispiel der Wirtschaftsvertreter aufgezeigt, so scheinen auch bei den übrigen Expertengruppen die vermuteten Konsequenzen der Reformen für die eigene Organisation meinungsbildend zu sein. Somit lässt sich auch die eher distanzierte Haltung der Schulvertreter hinsichtlich des zweiten Reformvorschlags erklären (Inklusion aller Jugendlichen in Ausbildung). Denn die Umsetzung des Vorschlags würde zur Folge haben, dass alle Schulabsolventen – unabhängig von ihrem Ausbildungsreifegrad – in Ausbildung übergehen könnten, ohne vorher eine Maßnahme des Übergangssystems besuchen zu müssen. Damit würde aber der Bedarf an berufsvorbereitenden Bildungsgängen in beruflichen Schulen schrumpfen oder gar ganz verschwinden. Dies könnte letztlich die Existenz von manchen Schulen bedrohen. Würde hingegen „nur“ der Rechtsanspruch auf Ausbildung für ausbildungsreife Jugendliche umgesetzt (Vorschlag 1), würden zusätzliche außerbetriebliche Stellen an Schulen und bei überbetrieblichen Bildungsträgern eingerichtet werden. Möglicherweise ist dies der Grund, warum Bildungsträger und Schulen dem ersten Vorschlag positiv gegenüberstehen. Auch Gewerkschaften könnten Vorteile durch die Umsetzung beider Reformen erlangen, indem ein schneller Übergang der Jugendlichen in Ausbildung und damit in ein Beschäftigungsverhältnis zu einem steigenden Potenzial an neuen Mitgliedern führen könnte.

Differenzen in den bildungspolitischen Grundüberzeugungen

Die Differenzen zwischen den verschiedenen Gruppen sind somit bisweilen durchaus beträchtlich. Eine Annäherung wird dadurch erschwert, dass bereits die Problemlagen und -ursachen beim Übergang Schule / Berufsausbildung sehr unterschiedlich und auch hier erkennbar interessenabhängig gedeutet werden.

Abbildung 5:
Unterschiede in den bildungspolitischen Grundüberzeugungen[18]

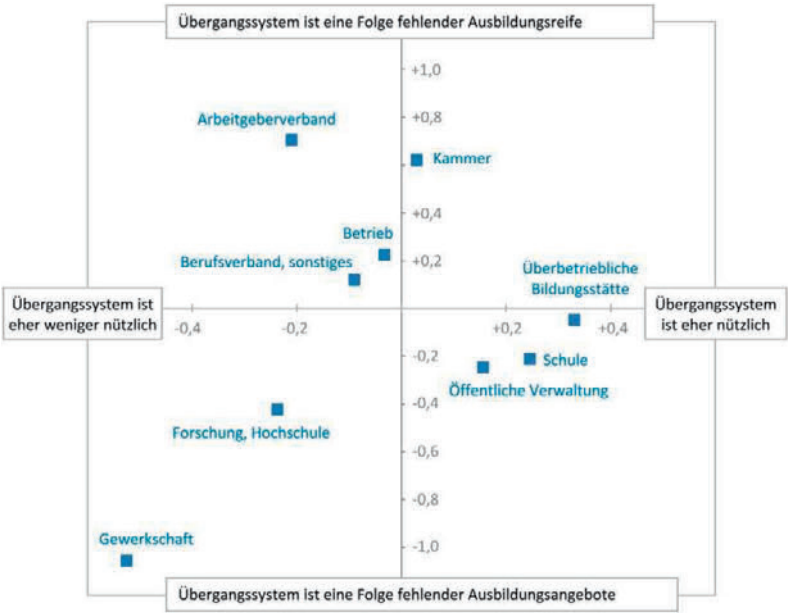


Abbildung 5 illustriert dies anhand zweier Kernthesen zum „Übergangssystem", also zu jenem der Berufsausbildung vorgeschalteten Bildungssektor, in denen die Jugendlichen zunächst ihre Eintrittsqualifikation verbessern sollen.[19] Die erste These bezieht sich auf dessen Genese. Während die Wirtschaft davon überzeugt ist, dass die Ausweitung des Übergangssystems auf die gesunkene Ausbildungsreife der Jugendlichen zurückzuführen ist, gehen Vertreter der Gewerkschaften davon aus, dass ein Mangel an Ausbildungsstellen der maßgebliche Grund ist.[20] Was den Nutzen der Übergangsmaßnahmen betrifft, sind sich Wirtschaft (Vertreter von Betrieben und Arbeitgeberverbänden) und Gewerkschaften jedoch weitgehend einig. Im Gegensatz zu den Organisationen, die selbst Teil des

Übergangssystems sind (Schulen, überbetriebliche Einrichtungen und öffentliche Verwaltung), schätzen sie die Effizienz gering ein.

Auch diese Haltungen dürften den organisationalen Interessen der Befragten folgen. Zudem erlauben sie es den Organisationen, ihre Positionen zu institutionellen Reformen des Übergangssystems zu verteidigen. Würden etwa die Bildungsanbieter ihre eigenen Angebote als ineffizient einstufen, würden sie ihre eigene Existenz in Frage stellen. Würden die Gewerkschaften wiederum die Ausweitung des Übergangssystems mit der mangelnden Ausbildungsreife der Jugendlichen erklären, würden Forderungen nach Veränderungen des marktgeregelten Zugangs (z. B. Ausbildungsgarantie) nicht nachvollziehbar sein. Und würden Vertreter der Wirtschaft den Ausbildungsplatzmangel als Ursache des Übergangssystems betrachten, würden sie zugleich eingestehen, den Mangel verursacht zu haben. Damit würden sie zudem ein Einfallstor gegenüber Forderungen der Gewerkschaften öffnen, durch die Einführung einer Umlagefinanzierung bzw. Abgabe für nichtausbildende Betriebe müsse die Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft stimuliert werden.

Somit korrelieren in den verschiedenen Expertengruppen die Deutungen von Problemen auf dem Ausbildungsstellenmarkt mit ihren Haltungen gegenüber verschiedenen Reformvorschlägen, und dabei spielen die jeweils eigenen organisationalen Interessen stets eine maßgebliche Rolle.[21]

FAZIT: WIE GEHT ES NUN WEITER?

Um den Fachkräftenachwuchsmangel zu lindern, sind größere Erfolge beim Übergang Schule / Berufsausbildung unabdingbar. Eine schnelle und problemlose Umsetzung von Reformen erscheint aber aus zweierlei Gründen schwierig: Zum einen ist eine Vielzahl von Akteuren an der Gestaltung der Berufsbildung beteiligt, so dass grundsätzlich eine Konsensbildung nicht einfach ist. Zum anderen bestimmen die Interessenslagen der einzelnen Akteursgruppen stark ihre Haltung zu verschiedenen Reformvorschlägen. All dies hat zur

Folge, dass nicht zwangsläufig jene Reformen präferiert werden, die den Zugang in Ausbildung optimieren, sondern jene, die den organisationalen Interessen derjenigen Akteure am besten entsprechen, die auch politisch durchsetzungsfähig sind.

Was die politische Durchsetzbarkeit von Reformvorschlägen angeht, gehen die Experten von einer starken Stellung der Wirtschaft aus. Weil die Wirtschaft Träger des praktischen Ausbildungsteils ist, seien Maßnahmen, die nicht von ihr unterstützt werden, kaum umzusetzen. Aus diesem Grund halten sie auch die Realisierung der beiden hier vorgestellten Reformvorschläge für eher unwahrscheinlich, da sie von den Wirtschaftsvertretern abgelehnt werden. Wahrscheinlicher seien Veränderungen, die auf eine Verbesserung der Berufsorientierung in der allgemeinbildenden Schule abzielten. Hier wurde in den letzten Jahren vieles auf den Weg gebracht.

Seit dem Expertenmonitor 2010 sind jedoch inzwischen mehrere Jahre vergangen, und es zeigt sich, dass der damalige Pessimismus in Hinblick auf die Reformierbarkeit des Ausbildungszugangs vielleicht überzogen war. In einigen Ländern wie Hamburg oder Nordrhein-Westfalen wurde inzwischen vereinbart, „ausbildungsreife", aber erfolglose Bewerber auf außerbetrieblichem oder schulischem Wege auszubilden.[22] Diese Schritte mögen von der Hoffnung getragen sein, angesichts sinkender Schulabgängerzahlen nur noch wenige Jugendliche auf diesem für die öffentliche Hand kostspieligen Wege zu einer Berufsausbildung führen zu müssen. Es mögen aber auch bildungsökonomische Berechnungen eine Rolle gespielt haben, nach denen sich eine Ausbildungsplatzgarantie für die öffentliche Hand langfristig rechne.[23] Mit zunehmender Verknappung der Zahl der Jugendlichen dürfte sich diese Überzeugung immer stärker durchsetzen. Zugleich dürfte auch das Interesse an einer betrieblichen Berufsausbildung sozial benachteiligter oder lernbeeinträchtigter Jugendlicher zunehmen. Gerade das Handwerk sieht sich hier offenbar in einer Vorreiterrolle.[24] Um die Betriebe nicht zu überfordern, werden neue Unterstützungsformen wie die assistierte Ausbildung ins Spiel gebracht, bei der pädagogische

Fachleute über- und außerbetrieblicher Bildungsträger die betriebliche und schulische Ausbildung der Jugendlichen begleiten.

„Wir brauchen hier jeden, hoffnungslose Fälle können wir uns nicht erlauben“: Die demographische Entwicklung in Deutschland könnte dazu führen, dass Jukka Sarjalas Aussage – Präsident des finnischen Zentralamtes für Unterrichtswesen – auch hierzulande nicht mehr nur ein nettes Bonmot politischer Sonntagsreden ist, sondern zur zentralen handlungsleitenden Maxime der beruflichen Bildung wird.

||| **DIPL.-PSYCH. DR. VERENA EBERHARD**
Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich
„Berufsbildungsangebot und -nachfrage / Bildungsbeteiligung“
des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) in Bonn

||| **DIPL.-PSYCH. DR. JOACHIM GERD ULRICH**
Wissenschaftlicher Direktor im Arbeitsbereich
„Berufsbildungsangebot und -nachfrage / Bildungsbeteiligung“
des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) in Bonn

ANMERKUNGEN

1 Vgl. http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/frankreich-sarkozys-deutschlandobsession-11631486.html, Stand: 30.10.2013.

2 Der Spiegel 20/2011, S. 142.

3 Die Welt, 15.6.2013.

4 Vgl. http://www.wdr5.de/sendungen/politikum/s/d/23.09.2013-19.05/b/die-deutschen-glauben-es-gehe-ihnen-gut.html, Stand: 25.9.2013.

5 Vgl. http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/frankreich-hollande-macht-viele-kinder-fuer-arbeitslosigkeit-verantwortlich-12576117.html, Stand: 30.10.2013.

6 EUROSTAT.

7 Eigene Berechnungen.

8 Helmrich, Robert u. a.: Engpässe auf dem Arbeitsmarkt, in: BIBB Report 18/2012.

[9] Maier, Tobias / Ulrich, Joachim Gerd: Prognosen zur weiteren Entwicklung des Übergangsbereichs, in: Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012, hrsg. von Bundesinstitut für Berufsbildung, Bielefeld 2012, S. 381-386.

[10] Beicht, Ursula / Eberhard, Verena: Ergebnisse empirischer Analysen zum Übergangssystem auf Basis der BIBB-Übergangsstudie, in: Die Deutsche Schule 105/2013, S. 10-27.

[11] Braun, Uta / Schandock, Manuel / Weller, Sabrina: Junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung, in: Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2013, hrsg. vom Bundesinstitut für Berufsbildung, Bielefeld 2013, S. 291-293.

[12] Vgl. Imdorf, Christian: Zu jung oder zu alt für eine Lehre? Altersdiskriminierung bei der Ausbildungsplatzvergabe, in: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung 1/2012, S. 79-98.

[13] Eberhard, Verena: Der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung. Ein ressourcentheoretisches Modell zur Erklärung der Übergangschancen von Ausbildungsstellenbewerbern, Bielefeld 2012.

[14] Ebd., S. 56.

[15] Gei, Julia / Krewerth, Andreas / Ulrich, Joachim Gerd: Reformvorschläge zum Übergang Schule / Berufsausbildung nur bedingt konsensfähig, in: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 2/2011, S. 9-13.

[16] Vgl. dazu ausführlich Frieling, Friederike / Ulrich, Joachim Gerd: Die Reformdebatte zum Übergang Schule / Berufsausbildung im Spiegel divergierender Interessen, in: Übergänge in eine neue Arbeitswelt?, hrsg. von Maja S. Maier und Thomas Vogel, Wiesbaden 2013, S. 69-93.

[17] BIBB-Expertenmonitor 2010.

[18] BIBB-Expertenmonitor 2010.

[19] Berichtet werden in der Abbildung die mittleren Faktorwerte. Sie geben die relative Abweichung der durchschnittlichen Meinung einer Expertengruppe von der mittleren Meinung aller Befragten wieder.

[20] Vgl. Ulrich, Joachim Gerd: Wer ist schuld an der Ausbildungsmisere?, in: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 3/2004, S. 15-19.

[21] Frieling / Ulrich: Die Reformdebatte zum Übergang Schule / Berufsausbildung im Spiegel divergierender Interessen, S. 69-93.

[22] Vgl. Christe, Gerhard: Länderstrategien zur Reform des Übergangssystems, in: Die Deutsche Schule 105/2013, S. 66-84.

[23] Klemm, Klaus: Was kostet eine Ausbildungsgarantie?, Gütersloh 2012.

[24] Vgl. z. B. http://www.augsburger-allgemeine.de/wirtschaft/Handwerk-sucht-Nachwuchs-id23564906.html, Stand: 30.10.2013.

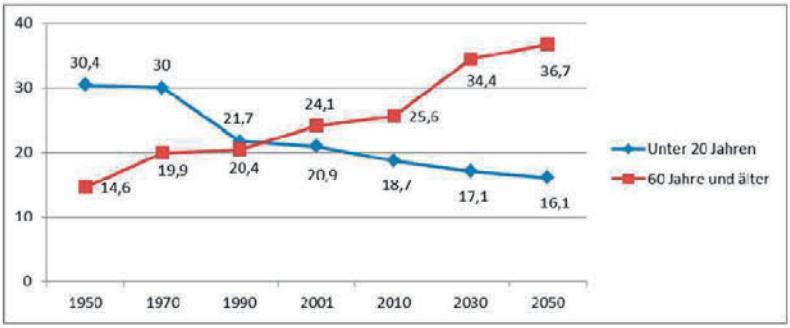
PSYCHOSOZIALE FOLGEN DES DEMOGRAPHISCHEN WANDELS

RAINER DOLLASE ||| Die quantitativen Veränderungen des demographischen Wandels werden sichtbar und in gewissem Maß lässt sich ableiten, welche Auswirkungen die Zunahme von älteren und die Abnahme von jüngeren Menschen für die Gesellschaft haben. Es kommt nun darauf an, welche Strategien eine älter werdende Gesellschaft entwickelt, um mit den Veränderungen auf der psychosozialen Ebene umzugehen.

Karl Valentin (oder Mark Twain / Winston Churchill / Niels Bohr) soll den folgenden Satz geprägt haben: „Prognosen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen." Was den demographischen Wandel anbelangt, kann man den gegenteiligen Eindruck haben. Ziemlich genau ist bekannt, wie sich die Bevölkerungspyramide entwickelt, und unumstößlich ist die Tatsache, dass es weniger Kinder geben wird und mehr alte Menschen. Bereits im Jahre 1990 gab es gleich viele Menschen über 60 Jahre wie unter 20. Im Jahre 2030 wird es laut Schätzungen des Statistischen Bundesamtes 34,4 % Menschen geben, die älter als 60 Jahre sind, und nur 17,1 %, die unter 20 Jahre alt sind. Die quantitativen demographischen Prognosen sind so zuverlässig, dass es Unternehmen im Internet gibt, zum Beispiel „Novafeel", die die Lebenserwartung in Abhängigkeit von einem eingegebenen Geburtsdatum berechnen und auch die ungefähre Wahrscheinlichkeit für einen Todestag angeben können. Der statistische Durchschnitt ist verlässlich – „the frequent is lawful", schrieb Miriam Lewin schon 1979.[1] Im Einzelfall muss nichts zutreffen.

Abbildung 1: Alt und Jung in Deutschland, 1950-2050

Altersgruppen unter 20 Jahren und über 60 Jahren in Prozent der Gesamtbevölkerung



Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Darstellung

Was aber auch „im Schnitt" unsicher ist und nicht bekannt sein kann, sind die zukünftigen psychosozialen Folgen des demographischen Wandels. Der Mensch passt sich zwar verändernden Bedingungen immer an – aber wie, das kann nicht genau bekannt sein. In der folgenden Abhandlung werden die psychosozialen Folgen aus der Situation der Forschung extrapoliert, es geht zum Beispiel darum, wie sich die Seltenheit von Jugend in einer Gesellschaft auswirkt, wie sich Bildung verändert, wie Zuwanderung und wie sich der Einsatz der alten Menschen im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen Leben verändern könnte.

MÖGLICHE PSYCHOSOZIALE FOLGEN DES DEMOGRAPHISCHEN WANDELS

Wir werden in Zukunft mehr alte Menschen als junge Menschen haben – bisher hatten wir mehr junge Menschen und wenig alte. Daraus folgt mit ziemlicher Sicherheit, dass sich das wechselseitige Verhältnis und die Kontakte zwischen jungen und alten Menschen ändern werden. Und weiterhin folgt daraus, dass die Aufgabenverteilung zwischen Jugend und Alter sich verändern wird. Die Größe einer Generation und der ihr folgenden Kohorten hat, wie eine

historisch-demographische Analyse schon vor Jahren belegte,[2] massive Folgen für Glück, Bildung und Wohlstand.

Aus der Seltenheit der Jugend ergeben sich Folgen für die Kontakte zwischen Jung und Alt, für die Subkulturen der Kinder, Jugendlichen, Erwachsenen und Alten, für die aktive und retroaktive Sozialisation (die umgekehrte Sozialisation durch den Einfluss der Jungen auf die Alten), aber auch für Generationenkonflikte. Die Bildung wird unter den Druck der Effizienz geraten: Wenn nämlich wenige junge Menschen viele Alte finanzieren müssen, dann muss die Ausbildung und Bildung der jungen Menschen besonders effektiv sein, damit ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit größer wird. Die Kompetenzen eines Menschen werden sich in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Bedarfslage in der Wertschätzung verändern. Ohne Zuwanderung wird der demographische Wandel nicht bewältigt werden können, also muss es eine Einstellungsveränderung gegenüber Menschen mit Zuwanderungshintergrund geben. Schließlich und endlich muss überlegt werden, wie ältere Menschen in den beruflichen Alltag integriert werden können bzw. wie ihre Lebensarbeitszeit sinnvoll verlängert werden kann.

SELTENHEIT DER JUGEND: AKTIVE UND RETROAKTIVE SOZIALISATIONSWIRKUNGEN

In der Vergangenheit wurde die Gefahr von zu vielen „verpäppelten" Einzelkindern ohne Rücksicht auf die empirische Befundlage an die Wand gemalt. So, als ob die psychosozialen Folgen des demographischen Wandels alleine darin beständen, dass wir zu viele Einzelkinder hätten und diese dann „verwöhnt" (also nicht belastbar) würden. Schon lange ist in der empirischen Forschung bekannt,[3] dass sich Einzelkinder von Geschwisterkindern kaum unterscheiden. Das „hässliche" Einzelkind („Nasty-only-child"-Syndrom) hat seine Wurzeln in pronatalistischen Gesellschaften, die durch Bevölkerungswachstum Machtansprüche gegen ihre Nachbarn begründen wollten. Deshalb hat Hitler Mütter mit vielen Kindern mit dem „Ehrenkreuz der Deutschen Mutter" ausgezeichnet.

Dennoch ist durch den demographischen Wandel und den Seltenheitswert des Nachwuchses mit dem Druck von Erziehungsberechtigten, Eltern und Verwandten zu rechnen, die sich voll bewusst und mit der Hoffnung auf Erfolg für ein Kind entscheiden. Wenn die Eltern die Karriere des seltenen Nachwuchses durch schlechte Noten gefährdet sehen, kann dies auch heute schon zu erheblichen, teilweise juristischen Auseinandersetzungen zwischen den Eltern und den Institutionen Schule und Universität führen.[4] Mit den Begriffen overprotection, overparenting, Helikopter- oder Curling-Eltern wird die Einmischung und übertriebene (evtl. lebenslange) Sorge moderner Eltern (auch um die Uni-Karriere) ihrer längst volljährigen Kinder beschrieben. Auch könnten sich Subkulturen von Eltern gegen Kinderlose bilden. Wenn man „Kinderhasser"-Blogs im Internet sucht, wird man auch welche finden, d. h., eine solche Auseinandersetzung ist längst im Gange.

Weniger Kinder und Jugendliche bedeuten aber auch gleichzeitig Veränderungen in der Schulstruktur. Sattsam bekannt ist, dass mit dem demographischen Wandel die Tendenz zum Einheitsschulsystem bzw. zum Zwei-Säulen Modell gefördert wurde. Ob diese Wende sinnvoll war und ist, bleibt abzuwarten. Es hätte auch anders gehen können. In den USA, etwa in den Weiten des amerikanischen Westens, gibt es längst Zwergschulen, auch wird über home schooling und „loopings" (derselbe Lehrer kommt jedes Schuljahr wieder, er macht einen „Looping") in den Fachjournalen diskutiert bzw. erforscht. In anderen Ländern hat man offenbar weniger Hemmungen, auch Schulgrößen unterhalb der bei uns als effizient geltenden Größe zu tolerieren. Manche Länder sind geographisch gezwungen, dieses zu tun.

Der Zwang zur doppelten Erwerbstätigkeit von Eltern, der auch auf den demographischen Wandel zurückzuführen ist, wird Druck auf weitere Angebote in separierten Bildungswelten für Kinder und Jugendliche erzeugen. Wie man leicht nachweisen kann, reicht eine Ganztagsschule mit einem wöchentlichen Aufenthalt von 40 bis 45 Stunden – länger ist für kleine Kinder zum Beispiel ungünstig –

auf keinen Fall aus. Wir benötigen ein *drittes Betreuungssystem*. Neben Familie und Ganztagsschule muss also ein hoch flexibles, für flexible Arbeitszeiten geeignetes, weiteres Betreuungssystem entwickelt werden. International spricht man häufig von after school programs. Frage einer Journalistin im Mai 2013: „Passen die 90 Tage Ferien, die in den Ganztagsschulen angeboten werden, zu den 31 Ferientagen der Erwerbstätigen? Müssen hier nicht weitere öffentliche Betreuungsangebote für rund 60 Tage gemacht werden?" Solche Fragen, die heute schon gestellt werden, zeigen, dass der Ganztagsbetrieb für die Betreuungserfordernisse der Zukunft nicht ausreichend ist. Die OECD hat übrigens für internationale Verhältnisse errechnet, dass trotz Ganztagsschule nur 14 % der Lebenszeit zwischen 4 und 18 Jahren in der Schule verbracht wird. Die wöchentliche Wachzeit der Kinder und Jugendlichen plus Ferien machen insgesamt mehr Zeit aus, als die moderne Ganztagsschule bieten kann.

Die Frage, ob man eine solche Entwicklung gutheißt bzw. ihr entgegenarbeitet, soll hier zunächst nicht beantwortet werden. Für einen Entwicklungspsychologen ist allerdings die Vorstellung, dass es neben einem Ganztagsschulbetrieb auch noch ein weiteres Betreuungssystem gibt, eine Horrorvision. Sie läuft im Endeffekt darauf hinaus, dass die Reproduktion aus dem Kontext ihrer Entstehung herausgerissen wird und es nur auf die Betreuung befruchteter Eizellen in künstlichen Lebens- und Berufswelten ankommt. Manche Zukunftsfilme (z. B. „Die Zeitmaschine" von 1960) haben diese Horrorvision ja schon illustriert: Eltern gab es darin in den zukünftigen Zeiten der Eloi und Morlocks schon nicht mehr.

In der Zusammenstellung von Metaanalysen zur Wirkung von Bildung und Erziehung durch Hattie[5] kann man überdies erkennen, dass die außerschulischen Einflüsse auf die schulische Leistung auch in Ganztagsschul- und Gesamtschulsystemen außerordentlich stark sind. Der Effekt der intellektuellen Stimulation durch das Elternhaus, erlebnispädagogische Programme, Hausarbeiten bei älteren Schülern, Sport nach der Schule, Ferien und Fernsehen haben

starke Effekte bzw. sogar negative Werte (z. B. das Maß des Medienkonsums durch Fernsehen). Das Versprechen, durch eine Gesamtschule mit Ganztagsbetrieb soziale Unterschiede einebnen zu wollen, wird mit Sicherheit scheitern. Auch bisher konnte etwa ein kompensatorischer Effekt von Gesamtschulen nicht nachgewiesen werden.[6]

Für die Entwicklungspsychologie ist die Verdünnung des Kontaktes älterer Menschen mit jüngeren Menschen vermutlich mit deutlichen psychosozialen Folgen verbunden. Der Kontakt mit jüngeren Menschen hält alte Menschen jung und auf diese Freude werden viele verzichten müssen. Aber es gibt neben der Sozialisationswirkung der Erwachsenen auf den Nachwuchs auch die (umgekehrte) retroaktive Sozialisationswirkung, d. h., Kinder verändern Erwachsene. Diese Forschungsrichtung, die sich mit dem child effect beschäftigt,[7] hat schon sehr frühzeitig darauf hingewiesen, dass auch der Erwachsene durch den Umgang mit Kindern im positiven Sinne verändert werden kann. Sybille Escalona hat schon 1968 geschrieben: „Kinder – auch Neugeborene – haben die Macht, ihre Umwelt zu beeinflussen und zu verändern."[8]

Theoretisch und empirisch ist eindeutig, dass eine funktionierende Gesellschaft auf einen intensiven personalen Austausch zwischen Erwachsenen und dem Nachwuchs angewiesen ist. Kleine Kinder können in einer Gruppe von Gleichaltrigen ihr Sprachverhalten keineswegs so perfektionieren, wie das eigentlich wünschenswert wäre, weil sie ein erwachsenes, vollgültiges Sprachmodell zum Lernen, Nachahmen und zur Rückmeldung benötigen. Nach allen Zusammenfassungen von erziehungs- und unterrichtspsychologischer Literatur ist für die intellektuelle Entwicklung von kleinen Kindern und auch von Jugendlichen der Kontakt zu Erwachsenen absolut notwendig. Der Kontakt mit Experten macht schlau. Gleichaltrige allein reichen nicht: Nuthall[9] hat empirisch zeigen können, dass in modernen Schulen mit starker Betonung von selbstständigem Lernen und Lernen in Gruppen 80 % der Rückmeldungen durch Gleichaltrige erfolgen, dass aber von diesen Rückmeldungen rund 80 %

falsch sind. Das heißt: Gleichaltrige können sich nicht durch kollegiales, selbstständiges Lernen „von selbst“ so weiterbilden, dass sie einen Experten, einen Lehrer oder eine Lehrerin, ersetzen könnten.

Umgekehrt sind die Einflüsse des Nachwuchses auf die Erwachsenen nicht zu unterschätzen. Der Nachwuchs erzeugt Anpassungswirkungen an die Persönlichkeiten, Kommunikationssignale und Eigenheiten des Nachwuchses, er unterzieht den Erwachsenen einem Lernprozess. Er wird quasi einer Therapie unterzogen, damit er funktioniert, seine „individuozentrische Identität“ wird entwickelt, aber auch seine gesellschaftlich-verantwortliche Haltung wird verbessert, seine so genannte „soziozentrische Identität“.[10] Und schließlich und endlich wird er in Kompromisse, also auch zum Nachgeben gezwungen, er soll tun, was das Kind will, und er soll sich mit ihm auseinandersetzen.[11] Das hinterlässt psychische Folgen. Die Methoden, die der Nachwuchs anwendet, sind nach allen empirischen Untersuchungen außerordentlich subtil und ähneln denen, die Erwachsene anwenden, um den Nachwuchs zu sozialisieren.[12]

Für diesen Vorgang sind zahllose Begriffe im Gebrauch: retroaktive Sozialisation, bilaterale Sozialisation, intergenerationale Beziehungen, intergenerationale Sozialisation, reversed socialization und child effect.[13] Dieses Forschungsgebiet ist zurzeit nicht im Feuilleton aktuell, weshalb sich offenbar auch Forschungsinstitutionen der weiteren Aufklärung dieser Prozesse nicht annehmen.

Der Nachwuchs hat also individualisierende Wirkungen für den Erwachsenen, z. B. Lockerung rigider Moralvorstellungen, er steigert die Frustrationstoleranz, er verbessert die Spontaneität und Kreativität, er macht sensibler und festigt dadurch die personale Identität. Gleichzeitig aber hat der Umgang mit dem Nachwuchs auch sozialisierende Wirkung: Er verstärkt das Verantwortungsbewusstsein, die Akzeptanz gesellschaftlicher Normen und führt auch dazu, dass das Interesse an der Politik eine völlig andere Dimension bekommt. Der Sinn der retroaktiven Sozialisation ist die Verbesserung des Austausches zwischen den Generationen, dadurch wird ein gemäßigter Wandel durch den Kompromiss zwischen Innovation und

Beharrung möglich, der dafür sorgt, dass es einen informellen, natürlichen Bildungsaustausch gibt.

Was könnte man politisch und pädagogisch daraus folgern? Wir brauchen Bildungsangebote und Austauschaktionen zwischen jungen und erwachsenen Menschen, um den child effect, der für eine Gesellschaft offenbar wichtig ist, zu kompensieren. Ob so etwas mit Kursen erreichbar ist, wage ich zu bezweifeln. Möglicherweise muss man damit rechnen, dass die zukünftigen Erwachsenen aufgrund eines Mangels des Umgangs mit jungen Menschen weniger reif erscheinen werden.

BILDUNG: VERÄNDERUNG DER WERTSCHÄTZUNG VON INDIVIDUELLEN KOMPETENZEN

Der demographische Wandel wird sicher von der Beantwortung der Frage abhängen: „Was für Kompetenzen benötigt eine Gesellschaft, in der wenige Junge viele Alte versorgen müssen?“ Die erfolgreiche Beantwortung dieser Frage wird sein: Der Druck auf die Bildungseffizienz muss stärker werden („früher rein – früher raus“ – aber besser als früher). Es muss das stärker gefördert werden, was unmittelbar für den Erhalt und das Wachstum der Volkswirtschaft unverzichtbar notwendig ist. Man wird also nicht nur effizienter und schneller bilden wollen, sondern auch effizient bezogen auf die Verwertbarkeit dessen, was man in der Schulausbildung macht. Das Berufseintrittsalter wird nach vorne vorverlagert, die Postadoleszenz also verkürzt – andererseits wird auf die Verwertbarkeit von Bildung stärker geachtet werden müssen.

Längst kann man in Umfragen feststellen, dass diese Überlegungen an der Basis angekommen sind. In einer eigenen Untersuchung bei 6.500 Bundesbürgern konnte ich zeigen, dass auf die Frage „Welche Art von Information ist wichtig, um andere Menschen zu beurteilen?“ der Bildungsstand als Eigenschaft deutlich vor dem Beruf, vor dem Alter, vor dem Geschlecht, vor der Nationalität und vor der Religionszugehörigkeit genannt wird. Die Wichtigkeit guter Bildung ist also längst in der Bevölkerung angekommen.

Nicht angekommen ist allerdings, dass wir nach allen Voraussagen nicht nur Akademiker in der Zukunft brauchen werden. Durch die Krisen in Griechenland, Portugal, Spanien, Italien und Irland hat die Bevölkerung zwar nebenher erfahren, dass in diesen Ländern um die 80 % der Menschen ein Abitur besitzen, dass dieser Prozentsatz Studierter aber nicht unbedingt zu wirtschaftlicher Prosperität führt. Das „Institut für die Zukunft der Arbeit" (IZA, Bonn) hat schon vor Jahren prognostiziert, dass wir im Jahre 2020 nur etwa ein Viertel Menschen mit Fachhochschul- oder Universitätsabschluss brauchen, 12-15 % als Meister oder Techniker mit Fachschulabschluss und immer noch über 50 % mit einem Berufsabschluss und sogar 7-9 % ohne Berufsabschluss. Es gibt also nach wie vor einen Markt für Hilfsarbeiter. Dennoch hat sich in der Bundesrepublik Deutschland eine ziemliche Bildungshysterie entwickelt, und die Fragen, die man heute noch als ketzerisch empfindet, werden nicht gestellt: Ist die Bildung, die unsere Schulen vermitteln, wirklich gesellschaftlich (nicht nur: wirtschaftlich) relevant? Wer ist für die Gesellschaft wichtiger: ein Dachdecker oder ein promovierter Anglist? Womöglich jemand, der über die Gebärde des Weinens in der mittelenglischen Literatur promoviert hat? Wer ist wichtiger: ein PR-Manager, ein Pressesprecher, Communication Manager, QA-Experte oder ein tüchtiger Elektriker?

Man kann die Meinung vertreten, dass durch Nachfrage und Bezahlung der Nachwuchs in die entsprechenden Berufe strömen wird. Es gibt allerdings innerhalb der Bildungsforschung in Entwicklungsländern auch den bösen Begriff einer „parasitären Bildungselite"[14], die etwas tun, was die Gesellschaft nicht braucht, und dafür eine hohe Entlohnung haben möchten. Vor allen Dingen müssen die Erwartungen derjenigen gedämpft werden, die ein Abitur (im französischen bac poupelle – Müllabitur) erworben haben in der Hoffnung, dass sie, wie es früher bei 10 % bis 15 % Abiturienten üblich war, einen privilegierten, akademischen Job bekommen könnten. Die Enttäuschung über die nicht einlösbaren Versprechungen und Illusionen, die politische Parteien und Bildungsforscher mit höherer

Bildung verbinden, wird sich in der Realität massiv entwickeln. Tatsache wird sein, dass viele Hochschulabsolventen anschließend in Berufen landen werden, für die sie nach der mittleren Reife bzw. nach dem Hauptschulabschluss das Schulsystem hätten schon verlassen können. Natürlich war die Abschaffung des gegliederten Schulsystems ein Fehler – bestenfalls eine „problemproduzierende Problemlösung".

Trautwein und andere haben 2007 geschrieben: „An Hauptschulen konzentrieren sich solche Schülerinnen und Schüler, denen die relativ abstrakten akademischen Anforderungen, wie sie generell die modernen Schulen kennzeichnen, prinzipiell keine adäquaten Entwicklungsaufgaben und Kontexte bieten."[15] Jetzt (2013) würden die Hauptschüler dringend gebraucht. Eine schonungslose und radikale Aufklärung der Bevölkerung über die gesunkenen Chancen, einen Staat aus 100 % Akademikern bestehen zu lassen, von denen keiner in einem handwerklichen oder sonstigen Beruf arbeitet, sollten schleunigst in Angriff genommen werden. Man könnte auch schärfer formulieren: Verantwortungslose Ideologen treiben die Bevölkerung in die Illusion eines bequemen akademischen Lebens und nehmen in Kauf, dass lebenswichtige Arbeiten in unserer Gesellschaft verwaisen.

ZUWANDERUNG: DIE KATEGORISIERUNG UND REKATEGORISIERUNG

Für viele Akademiker scheint klar: Die handwerklichen und dreckigen Arbeiten müssen zugewanderte Menschen leisten. Vermutlich schwebt ihnen eine Zweiklassengesellschaft vor: hier die bundesdeutschen Akademiker aus bildungsnahen Schichten, dort die Zugewanderten, bestenfalls geeignet für einfachste Hilfsarbeiten und alles, was handwerkliches Geschick und harten Einsatz erfordert („Maloche"). Der Akademiker wähnt, dass er von diesen Zugewanderten keine Konkurrenz zu fürchten hat, weshalb er sich empört über Fremdenfeindlichkeit und Rassismus der anderen – für ihn ist Zuwanderung ja kein Problem. Die Integrationsleistung

obliegt bislang der Unterschicht, den armseligen einheimischen Bildungsverlierern – nach der Melodie, die jene pfeifen, die damit praktisch nichts zu tun haben. Horizontale Einwanderung (von unten nach unten) schont die Belastbarkeit der Mittelschicht. Erst eine vertikale Einwanderung (in allen Schichten) macht allen deutlich, welche psychosozialen Probleme die Lösung des Demographieproblems durch Einwanderung erzeugen könnte.

Die Zuwanderungsproblematik wurde über viele Jahre und Jahrzehnte immer unter dem Fremdheitskonstrukt diskutiert, d. h. Fremdheit ist das Problem. Tatsache ist aber, dass die hier lebenden Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund den einheimischen schon hochgradig ähnlich sind. Sie sind nicht fremd, weil sie hier sozialisiert wurden – und das hat Effekte bzw. sie passen sich schneller an als die Erwachsenen. Fremdheit ist nicht das Problem, mit dem Zuwanderung zu kämpfen hat. Auch wenn Menschen aktuell und neu in Industriestaaten zuwandern, so ist die Weltkultur mittlerweile so homogen, dass ein Kulturschock eher unwahrscheinlich wird – auch für die zugewanderten Menschen.

In einer eigenen Studie an insgesamt 941 deutschen und 194 türkischstämmigen Schülern und Schülerinnen konnte ich zeigen, dass die Präferenz für türkische Musik, auch modernen türkischen Pop, auf etwa maximal 2,5 % beschränkt ist und dass die große Mehrheit der Jugend mit Migrationshintergrund alltagskulturelle Vorlieben hat, die völlig identisch sind mit denen der deutschen Schülerinnen und Schüler. Das betrifft Farben, Speisen, Fußballvereine, TV Serien, Filme, Popmusik usw. – die alltagskulturellen Präferenzen zwischen Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher Herkunft sind nahezu identisch (siehe Tab. 1).[16]

Wenn überhaupt, dann hat man es mit dem Problem der Ausgrenzung von ähnlichen Menschen zu tun, und dies ist schlimmer als die Ausgrenzung von Fremden. Bürgerkriege (Kriege zwischen Ähnlichen) überall auf der Welt zeichnen sich durch besondere Brutalität aus – Fremdheit ist in nahezu allen Bürgerkriegen nicht das Problem. So gibt es denn trotz alltagskultureller Ähnlichkeit

Tabelle 1: Spontane Musikpräferenzen deutsch- und türkischstämmiger Schülerinnen und Schüler, Rangreihe der ersten zehn Nennungen

(N = 941 deutsche; N = 194 türkische; SI) Quelle: Rainer Dollase

TOP 10 deutsche Schülerinnen und Schüler	% der deutschen Schülerinnen und Schüler	% der türkischen Schülerinnen und Schüler	**TOP 10** türkische Schülerinnen und Schüler
Backstreet Boys	**16,7**	**16,5**	**Backstreet Boys**
Caught in the Act	**4,4**	8,8	Michael Jackson
Kelly family	3,9	5,2	Fugees
Ärzte	3,8	**4,6**	**Hip Hop**
Hip Hop	**3,6**	4,1	Soul
Tote Hosen	3,4	**3,6**	**Rap**
Spice Girls	2,3	**3,1**	**Caught in the Act**
Rap	**2,1**	2,1	Pop
Techno	2,0	1,5	Scooter
House	1,9	1,5	2Pac

immer noch eine institutionelle Diskriminierung. Vor allen Dingen durch die „sozialräumliche Polarisierung" der Wohnviertel (Sollen wir die Zugewanderten in die Wohnviertel der Bildungsschicht integrieren?) kommt es zu Ghettobildungen, es gibt Schulleistungs- und Sprachdefizite, die immer wieder beklagt werden, an deren Überwindung aber so gut wie niemand wirklich durchgreifend Interesse zu haben scheint – im Kontakt mit perfekt Deutsch sprechen-

den Erwachsenen lässt sich die Sprache am besten verbessern –, und es gibt Probleme in der informellen sozialen Integration. Zuwanderung – die scheinbare Optimallösung – wird einen Pulk von psychosozialen Problemen erzeugen, deren Lösung nicht zum gesellschaftlichen Nulltarif zu haben ist.

Die moderne sozialpsychologische Forschung hat Bedingungen und Maßnahmen zuhauf erforscht, über die eine Integration von zugewanderten Menschen, die durch den demographischen Wandel zwangsläufig wird, zu bewerkstelligen wäre. Für die psychosoziale Integration wären folgende Strategien wesentlich:[17]

1. Zunächst einmal spielt *Wissen* über die zugewanderten Menschen eine bedeutsame Rolle. Allerdings nicht ein eher trennendes Kultur- und Geschichtswissen, sondern das Wissen, das aus einer persönlichen Bekanntschaft mit einem zugewanderten Menschen stammt. Gewissermaßen ein persönliches, subjektives Wissen über einzelne Vertreter aus den zugewanderten Bevölkerungsgruppen.

2. Ein systematischer *Kontakt* ist notwendig – dieser trägt zur Integration am besten bei, wenn man kooperativ an gemeinsamen Zielen mit anderen arbeitet. Dann verlieren sich Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit.

3. Es empfiehlt sich nicht, wenn man dauernd die Unterschiedlichkeit und kulturelle Eigenständigkeit betont. Besser ist es, wenn man *dekategorisiert*, d. h. die Bedeutung sozialer Kategorien minimiert, die Bedrohung von Identität vermeidet und *rekategorisiert*, d. h. neue Identitäten, neue Gruppen, neue Identifikationsmöglichkeiten für Deutsche *und* Zugewanderte kreiert, um die Integration zu befördern.

4. Und schließlich hat sich erwiesen, dass ein *positives sozial-emotionales Klima*, Zufriedenheit, wirtschaftliches Wohlergehen, gute Laune, die Integration erleichtert.

5. Normen der Toleranz sind ebenfalls geeignet, die Integration zu stabilisieren.

Die Phantasielosigkeit von Politikern, aus solchen Befunden politische Maßnahmen zu konstruieren, ist selbstverständlich. Es

kommt eher darauf, an den Schulen und am Arbeitsplatz solche Verhaltensweisen zu kennen und umzusetzen. Lehrer, aber auch Vorgesetzte in Betrieben und Unternehmer kann man durch Fortbildung besser erreichen, als wenn man solche Botschaften nur medial (etwa Plakate) und mit ungewissem Ausgang streut.

Zuwanderung als Folge des demographischen Wandels ist unausweichlich. Damit sie gelingen kann und soziale Spannungen vermieden werden, sind in erster Linie solche Kontaktstrategien vor Ort in Wohnort, Schule und Betrieb notwendig. Für eine öffentliche Steuerung bleiben dann Vereine, das Erziehungs- und Bildungssystem, aber auch die Betriebe und Arbeitsstellen die richtigen Ansprechpartner.

„ALTENBILDUNG“: DIAGNOSTIK UND PLATZIERUNG STATT TRAINING

Der Nestor der international bedeutsamen, deutschen Alterspsychologie war Paul Baltes (1939-2006), vormals u. a. Leiter des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in Berlin. Er hat in einem seiner letzten Interviews gesagt: „Mental gesunde Hochbetagte sind extrem beeinträchtigt, was das Erlernen neuer Inhalte anbelangt“, und „jenseits von 85 Jahren liegt die Zahl derer, die unter chronischer Belastung leiden und niedrige Funktionswerte zeigen, fast fünfmal höher als bei den 70- bis 85-Jährigen“ und weiter „unter den 70-Jährigen leiden weniger als 5 % unter Demenz, unter den 80-Jährigen 10-15 %, unter den 90-Jährigen bereits jeder zweite“. Baltes bringt damit die Altersforschung wieder auf den Boden der Realität. Es ist nicht alles möglich und deshalb wurde ein drittes und viertes Lebensalter innerhalb der Entwicklungspsychologie der Lebensspanne konstruiert. Solange der Mensch im „dritten“ Lebensalter ist – zwischen ungefähr 60 und 80 – ist mehr möglich als danach. Man kann die Tatsache des Altersabbaus durch keine noch so geschickte Maßnahme verhindern. Ältere Erwachsene lernen einfach schlechter als jüngere, wenn es um das Erlernen neuer Inhalte geht. Auf der anderen Seite wird der Mangel an fluider In-

telligenz bei den Älteren durch die kristalline Intelligenz kompensiert. Kristallin ist Erfahrungswissen und fluide Intelligenz ist ein Basisprozess der Informationsverarbeitung. Kristallin ist festgefügt, ist Weisheitswissen, ist emotionale Intelligenz, ist berufliche Expertise, ist Problemlösen durch Erfahrung – und fluide Intelligenz ist Geschwindigkeit und Genauigkeit der Informationsverarbeitung, Erlernen neuer Sprachen, Problemlösen durch Denken usw.

Wenn überhaupt, dann geht es darum, die kristalline Intelligenz der Alten für den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozess zu nutzen. Es geht um erfahrungsspezifisches Wissen, um Problemlöse-Heuristiken, soziale Kompetenz, Führungserfahrung und Netzwerkbildung. Diese Fähigkeiten haben gesellschaftliche Relevanz und müssen in Zukunft genutzt werden.

Es geht also keinesfalls darum, dass man durch viel Training, Bildung und Lernen im Alter, also durch Veränderung der Alten den Herausforderungen der Zukunft begegnet, sondern es geht eher um eine Art Platzierung, um das Entdecken der Fähigkeiten, die im Alter nicht abnehmen, sondern die im Alter erhalten bleiben. Deswegen kein Training, sondern Diagnose der Stärken und dann eine angemessene Platzierung in der Gesellschaft, um die Stärken der Alten für den gesellschaftlichen Prozess zu nutzen.

Baltes und Baltes[18] haben ein interessantes Modell, das so genannte SOK-Modell entwickelt, unter dem sie eine Kunst verstehen, mit den enger werdenden Grenzen und dem Verlustgeschäft des Alters fertig zu werden. S heißt *Selektion*: Man wählt aus den vorhandenen Leistungsmöglichkeiten diejenigen aus, die man noch verwirklichen kann. Man tut im Alter das, was man am besten kann. O steht für *Optimierung*: Man sucht geeignete Mittel, um das gewählte besonders gut zu tun. K steht für *Kompensation*: Wenn Mittel wegfallen, reagieren wir darauf flexibel, man sucht neue Wege, um den Zielen näher zu kommen. Baltes hat das Beispiel von Arthur Rubinstein, einem bekannten Pianisten, der noch im hohen Alter Konzerte gegeben hat, zur Verdeutlichung gewählt: Selektion hieß bei Rubinstein: Er hat sein Repertoire verringert und spielt nur

noch die Stücke, die ihm besonders liegen. Optimierung hieß: Er hat diese Stücke öfter geübt als früher, weil natürlich der Altersabbau auch vor Rubinstein nicht Halt machte. Und Kompensation hieß für Rubinstein: Vor schnellen Passagen verlangsamte er das Tempo. Weil er die schnellen Passagen nicht mehr so schnell spielen konnte wie früher, ergaben sich dadurch ein Kontrast und eine Wirkung beim Publikum, die der Wirkung von früher ähnlich war.

Auch als Vortragender im Alter von 70 Jahren (2013) benutze ich dieses Modell: Selektion heißt – ich rede nicht mehr über jedes Thema. Optimierung heißt – ich bereite mich besser auf Vorträge vor als früher – und Kompensation heißt – ich rede nur frei im Zusammenhang mit einer elektronischen Präsentation: Die mit dem Beamer an die Wand geworfenen Folien ersetzen meinen Notizzettel. Ohne diese Folien könnte ich nicht so strukturiert reden, wie ich das gerne möchte, weil der inhaltliche Ablauf eines Vortrags von 1 bis 2 Stunden natürlich auch von meinem Gehirn nicht mehr so gespeichert werden kann wie noch vor 20 oder 30 Jahren.

||| **PROF. (EM) DR. RAINER DOLLASE**
Abteilung für Psychologie, Universität Bielefeld

ANMERKUNGEN

1 Lewin, Miriam: Understanding Psychological Research, New York 1979.

2 Easterline, Richard A.: Birth and Fortune. The impact of numbers on personal welfare, Chicago 1987.

3 Falbo, Toni / Polit D. F.: Quantitative review of the only child literature: research evidence and theory development, in: Psychological Bulletin 100/1986, S. 176-189.

4 Kraus, Josef: Ist die Bildung noch zu retten? Eine Streitschrift, München 2009; Kraus, Josef: Bildung geht nur mit Anstrengung: Wie wir wieder eine Bildungsnation werden können, Hamburg 2011; Kraus, Josef: Helikopter-Eltern, Reinbek bei Hamburg 2013.

[5] Hattie, John A. C.: Visible Learning, A synthesis of over 800 Meta-Analyses relating to achievement, London / New York 2009; Ders.: Visible Learning for Teachers, London 2011; Ders.: Lernen sichtbar machen, Hohengehren 2013; Ders. / Anderman, Eric M. (Hrsg.): International guide to student achievement, New York / London 2013.

[6] Fend, Helmut / Berger, Fred u. a.: Lebensverläufe, Lebensbewältigung, Lebensglück. Ergebnisse der Life Studie, Wiesbaden 2009.

[7] Bell, Richard. Q. / Harper, Lawrence V.: The effect of children on parents, Hillsdale 1977.

[8] Escalona, Sybille: The roots of individuality, Chicago 1968.

[9] Nuthall, Graham A.: The hidden lives of learners, Wellington 2007.

[10] Doehlemann, Martin: Von Kindern lernen. Die Position des Kindes in der Welt der Erwachsenen, München 1979.

[11] Klewes, Joachim: Retroaktive Sozialisation – Einflüsse Jugendlicher auf ihre Eltern, Weinheim 1983.

[12] Pauls, Helmut / Johann, Arno: Wie steuern Kinder ihre Eltern? in: Psychologie in Erziehung und Unterricht 31/1984, S. 22-32.

[13] Dollase, Rainer: Entwicklung und Erziehung. Angewandte Entwicklungspsychologie für Pädagogen, Stuttgart 1985.

[14] Hanf, Theodor / Ammann, Karl u. a.: Erziehung – ein Entwicklungshindernis?, in: Zeitschrift für Pädagogik 23/1977, S. 9-23.

[15] Trautwein, Ulrich / Baumert, Jürgen u. a.: Hauptschulen = Problemschulen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 28/2007, S. 3-9.

[16] Dollase, Rainer: Die multikulturelle Schulklasse – oder: Wann ist der Ausländeranteil zu hoch? Fremdenfeindlichkeit in Deutschland, in: Zeitschrift für Politische Psychologie 9/2001, S. 113-126; Ders.: Fremdenfeindlichkeit verschwindet im Kontakt von Mensch zu Mensch. Zur Reichweite der Kontakthypothese, in: Diskurs 2/2001, S. 16-21; Ders.: Von der eigentlichen Unwichtigkeit ethnischer, kultureller, religiöser und nationaler Zugehörigkeiten, in: Dialog zwischen den Kulturen in Zeiten des Konflikts, hrsg. von Peter Gräf, Osnabrück 2003, S. 41-50; Ders.: Abschied vom Mythos Multikulturalität: Kultur als individuelles Merkmal, in: welt@musik – Musik interkulturell, 44/2004, S. 87-95.

[17] Oskamp, Stuart (Hrsg.): Reducing prejudice and discrimination, Mahwah 2000.

[18] Baltes, Paul B. / Baltes, Magret Maria: Optimierung durch Selektion und Kompensation: Ein psychologisches Modell erfolgreichen Alterns, in: Zeitschrift für Pädagogik 35/1989, S. 85-105.

Verantwortlich

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Herausgeber

Josef Kraus
Präsident des Deutschen Lehrerverbands (DL), Berlin;
Schulleiter am Maximilian-von-Montgelas-Gymnasium, Vilsbiburg bei Landshut

Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair
Staatsminister a. D., Senator E. h., Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung, München

Hanns Seidel Stiftung

Akademie für Politik und Zeitgeschehen

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Akademie für Politik und Zeitgeschehen
Lazarettstraße 33 | 80636 München
E-Mail: info@hss.de | Online: www.hss.de